Die Politik

des

Fürstbischofs von Würzburg und Bamberg

Adam Friedrich Grafen von Seinsheim

während des

Siebenjährigen Krieges.

Nach archivalischen Quellen bearbeitet.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer hochl. philosophischen Fakultät, Sektion I, der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt am 1. Mai 1903

von

Wilhelm Hofmann, Redakteur in München.

Druck von J. Schön, München.

Die Politik

des

Fürstbischofs von Würzburg und Bamberg

Adam Friedrich Grafen von Seinsheim

während des

Siebenjährigen Krieges.

Nach archivalischen Quellen bearbeitet.

ACAD. LUGD. BAT. BIBL.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer hochl. philosophischen Fakultät, Sektion I, der
Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt am 1. Mai 1903

von

Wilhelm Hofmann, Redakteur in München.

Druck von J. Schön, München.

Der Fürstbischof von Würzburg und Bamberg Adam Friedrich Graf von Seinsheim war einer derjenigen Reichsfürsten, die am energischsten auf Seite Oesterreichs in den 7jährigen Krieg eingegriffen haben. Diese Tatsache, sowie die schwere Bedrängnis, in welche der Bischof hiedurch seine Untertanen brachte, da die Hochstifte Bamberg und Würzburg den wiederholten Einfällen preussischer Truppen ausgesetzt waren, haben den Fürstbischof und seine Lande für die Zeit des 7jährigen Krieges in den Vordergrund der Kriegsereignisse gestellt, soweit hier süddeutsche Fürsten und Landesteile in Betracht kommen. Die Geschichtsschreibung hat sich mit den preussischen Einfällen in Franken mehrfach beschäftigt, auch der Person des Fürstbischofs wurde hin und wieder gedacht, freilich nicht in der Art und mit der Gründlichkeit, wie sie es meines Erachtens verdiente; nur ganz nebenbei wurden auch die Beweggründe erwähnt, die den Fürstbischof zu der raschen und unerschütterlichen Parteinahme für das Erzhaus Oesterreich veranlassten. Die Persönlichkeit Adam Friedrichs, vor Allem aber die Beweggründe für sein Verhalten während des 7jährigen Krieges sind noch so wenig behandelt, dass ich es für eine dankbare Aufgabe hielt, mich mit diesem Thema zu beschäftigen und vornehmlich zu versuchen, die Politik des Fürstbischofs während der Jahre 1756—1763 in ihren Hauptzügen darzustellen.

Was die Person Adam Friedrichs betrifft, so waren die wenigen Angaben, die ich darüber fand, nur geeignet, den Wunsch in mir rege zu machen, sein Bild zu vervollkommnen. Dr. Franz Oberthür, der sich bei der Charakterisierung des

Bischofs, wie er sie in seiner Abhandlung: »Die Bayern in Franken und die Franken in Bayern, ein Parallelogramm, Nürnberg 1804«, giebt, auf die persönliche Bekanntschaft mit dem Fürsten beruft, ist ein Lobredner Adam Friedrichs, er preist dessen milde und kluge, friedliche und freundliche Regierung, er bezeichnet ihn als den geliebtesten Fürsten, den vielleicht Franken je hatte, und der es auch zu sein verdient habe, er sagt von ihm, dass er »eine ganz eigene Gewandtheit in Geschäften« besessen, »um sie glücklich zu endigen, so kritisch sie auch immer sein mochten«, er bemerkt ferner, dass der »allgemeine Ton« unter seiner Regierung der »der Zufriedenheit und des Frohsinns« gewesen sei. (S. 101 u. 104). Oberthür zeigt sich hier aber als einseitiger Schilderer, denn er hat vergessen, die wichtige Periode von 1756—1763, die für die Lande des Fürstbischofs und seine Untertanen eine Unglücksära war, sowie die sich daraus ergebenden Folgerungen für die Persönlichkeit Adam Friedrichs in Berücksichtigung zu ziehen. Der Verfasser des Werkes »Die Seinsheims und ihre Zeit, eine Familien- und Kulturgeschichte von 1155 - 1890, mit urkundlichen Belegen und Illustrationen, nach historischen Quellen und Archivalien bearbeitet von Eberhard Graf von Fugger, München 1893«, beschränkt sich darauf, den Grafen Adam Friedrich als einen Mann von grossen Eigenschaften zu bezeichnen (S. 239), über seine Charakterschwächen — und deren besass er, wie ich nachweisen werde — geht er liebevoll hinweg, einige harmlose Liebhabereien verteidigt er. In dem Buche; »Geschichte, Namen, Geschlecht, Leben, Taten und Absterben der Bischöfe von Würzburg und Herzöge von Franken, von Magister Lorenz Fries, Würzburg 1848», macht der Herausgeber, Thomas Bauer, die Bemerkung, Adam Friedrich habe den redlichsten Willen gehabt, sein Land zu beglücken (S. 500). So unvollständig diese Charakteristik auch ist, so halte ich sie doch noch für die zutreffendste von den angeführten.

Was den zweiten Teil, die Politik des Fürstbischofs während des 7jährigen Krieges bezw. die Motive seiner Parteinahme für Oesterreich anbelangt, so konnte mich auch das hierüber in der Litteratur vorgefundene nicht befriedigen. Bitterauf meint in seinem von der massgebenden Kritik als wertvoll anerkannten

Quellenwerke: »Die kurbayerische Politik im 7jährigen Kriege«, Adam Friedrich habe sich in dem Augenblick, als er als erster Reichsfürst seine Truppen der Kaiserin zur Verfügung stellte, nur von der Rücksicht auf seinen ökonomischen Vorteil leiten lassen, da er sonst Kavallerie und noch mehr Infanterie liefern zu müssen fürchtete. (S. 69). Ich kann Bitterauf hierin nicht beistimmen, denn dem Fürstbischof, der doch auch sein dreifaches Kontingent zur Reichsarmee stellte, wäre wohl nichts leichter gewesen als den Nachweis zu führen, dass er mehr als die beiden Subsidien-Regimenter für Oesterreich zu liefern gar nicht in der Lage sei; und tatsächlich strengte er sich mit dieser Truppenstellung schon über seine Kräfte an. Bitterauf sagt an derselben Stelle, der Fürstbischof habe, indem sich der Abmarsch des 2. Subsidien-Regiments von Würzburg verzögerte, Vorwände gesucht, um den Winter hindurch die Mobilmachung hinzuhalten, da er bis zum Frühjahr (1757) auf Wiederherstellung des Friedens gehofft. Auch hierin bin ich anderer Ansicht, denn Adam Friedrich war, nachdem am 16. Januar der Reichsexekutionskrieg gegen Friedrich II. beschlossen war, einer der Eifrigsten in den Kriegsvorbereitungen, wie er denn auch seinem Unmute über das schläfrige Wesen, mit welchem die Fertigstellung des 2. Regiments durch seine Hofkammer betrieben wurde, Ausdruck verlieh. Letztere Angabe entnehme ich dem Quellenwerke: »Die Würzburger Hilfstruppen im Dienste Oesterreichs 1756—1763 von L. Frhr. v. Thüna, Würzburg 1893« (S. 7). Diesem Buche verdanke ich mit die Anregung zu meiner Arbeit, und zwar nicht zuletzt in Folge der von dem Verfasser (auf S. 75) ausgesprochenen Meinung, der Fürstbischof habe im Sommer 1758, wo es ihm allerdings sehr schlecht erging, Verbindungen mit dem Prinzen Heinrich, dem Bruder König Friedrichs II., gesucht. Ueber diesen Punkt Aufklärung zu geben, hielt ich für eine besonders wichtige Aufgabe, da die Antwort auf die Frage, ob der Fürstbischof diese Verbindung gesucht hat oder nicht, von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung seiner Politik sein musste. Meine Forschungen führten mich, um das vorweg zu nehmen, zu dem Resultate, dass die Vermutung Thüna's unbegründet ist.

Das Material zu meinen quellenmässigen Studien fand ich

im k. Kreisarchiv Würzburg unter den Akten über den 7jährigen Krieg. Der Fürstbischof von Würzburg entsandte nach Abschluss der Subsidien-Konvention mit Oesterreich, wovon Hoheitssache 876 Fasc. 50 handelt, den Domdechant Frhrn. Gross von Trockau an den Bischof von Bamberg (dessen Nachfolger er im folgenden Jahre wurde), damit er mit diesem über die bei Ausbruch des Krieges mit Preussen gemeinschaftlich zu ergreifenden Massnahmen berate — Fasc. 4 Nr. 73. In dem Schreiben des Bischofs von Würzburg vom 19. September 1756 heisst es, er, der Bischof, hoffe das markgräflich Ansbachische Haus auf die Seite der Verbündeten Oesterreichs herüberzubringen, während er vom Bischof von Bamberg das Gleiche hinsichtlich des Brandenburgisch-Kulmbachischen Hofes erwarte. Mit der Ansbachischen Angelegenheit beschäftigt sich auch ein Bericht des Frhrn. v. Fechenbach an den Bischof von Würzburg — Hoheitssache 40/567 — und die Korrespondenz des Fürstbischofs mit dem Reichstagsgesandten Baron Widmann — Fasc. 4 Nr. 75. In der Korrespondenz mit dem Bischof von Bamberg gedenkt Adam Friedrich besonders der Bemühungen des kurhannöverischen Gesandten Baron Gemmingen, den fränkischen Kreis zur Neutralität zu bewegen, er mahnt seinen bambergischen Nachbar zur Standhaftigkeit gegenüber den »einschläfernden Insinuationen« Gemmingens. In der Korrespondenz mit Baron Widmann treten die Schwierigkeiten zu Tage, die dem Fürstbischof bei seinen Bemühungen, den Ansbachischen Hof zu gewinnen, begegnen. Adam Friedrich erwartet von dem Durchzuge der aus den Niederlanden heranrückenden kaiserlichen Völker insofern eine günstige Wirkung, als dadurch manche Fürsten des Reiches zu offener Sprache veranlasst würden, ohne dass es nötig sei, ihren guten Willen teuer zu erkaufen. Die Korrespondenz mit dem Reichshofrat Baron Borié in Wien, die über die Dauer des ganzen Krieges sich erstreckt, liefert wichtige Momente für die Beurteilung des Charakters wie der Politik Adam Friedrichs, denn gerade diesem Manne brachte der Fürstbischof besonderes Vertrauen entgegen. Auch Borié erwähnt die Ansbachische Angelegenheit — Fasc. 4 Nr. 80 — in der tätig zu sein er Adam Friedrich ermuntert. Bei Fortsetzung der Korrespondenz im Jahre 1757 fordert Borié den

Bischof auf, die Truppenaufstellung des Kreises energisch zu betreiben, dann das Mayer'sche Freikorps aufzusuchen und zu vernichten. In seinen sehr flüchtig geschriebenen und daher oft schwer leserlichen Briefen an den Fürstbischof wundert sich Borié im Jahre 1758 über die Kühnheit des Feindes, der zum zweiten Male in Franken eingefallen war, und verspricht für den zukünftigen Schutz der bischöflichen Lande zu wirken. Aus dem Schreiben Borié's im Monat Juni geht hervor — die Briefe des Fürstbischofs an Borié sind in Würzburg nicht vorhanden — dass die Klagen Adam Friedrichs über die Schutzlosigkeit seiner Hochstifte sich stets wiederholen, dass sie aber auch von Brief zu Brief stärker werden. Borié rät dem Bischof, er möge den Feind in Franken erzwingen lassen, was er kann, aber nichts bewilligen (bezieht sich auf die Kontributionen), dabei stellt er stets Hilfe in Aussicht. Die Korrespondenz des Bischofs mit den Grafen Colloredo und Kaunitz aus dem Jahre 1758 — Fasc. 6 Nr. 98 — ist mit Klagen auf der einen, Versprechungen auf der anderen Seite angefüllt. Kaum aber hat Adam Friedrich die Nachricht vom Siege Dauns bei Hofkirch erhalten, so richtet er sich wieder auf und ergeht sich sogar in sanguinischen Betrachtungen über die Zukunft. In demselben Jahre ermuntert auch Baron Widmann — Fasc. 6 Nr. 99 — den Fürstbischof zum Ausharren und rühmt seine Grossmut und Standhaftigkeit. Der Bischof sieht sich veranlasst, einen Aufruf an seine Untertanen betreffs einer Anleihe zu erlassen — Miscelle 4122. Das schlimmste Jahr für Adam Friedrich und seine Hochstifte nach dem Jahre 1762 ist das Jahr 1759. Hier spricht er sich namentlich in der Korrespondenz mit seinem Nachbar, dem Kurfürsten von Mainz, offen und ungeschminkt über sein Unglück aus, wobei er scharfe Kritik an mancherlei Zuständen übt — Fasc. 7 Nr. 113. Er zweifelt an der Fähigkeit der Kommandierenden und macht den Eigensinn, die Gemächlichkeit und Unerfahrenheit gewisser Privatpersonen für den schlechten Stand der Dinge verantwortlich. In seiner Korrespondenz mit Baron Widmann — Fasc. 8 Nr. 120 — klagt er bitter, dass alle schönen Verheissungen des Wiener Hofes unerfüllt bleiben und dass es von Tag zu Tag schlimmer wird. Er weist auf das Misstrauen und den Hass hin, denen er sich bei Fürsten und Ständen durch

Betreiben der kaiserlichen Anordnungen aussetze, und ist unglücklich darüber, dass er, von allen Seiten verlassen, stets mit Vertröstungen abgespeist wird und nun gar noch fremde Truppen zu seinem angeblichen Schutze in seine Festungen aufnehmen soll. Ueber die Absicht des Bischofs, sich von seinen Verpflichtungen gegenüber Oesterreich loszumachen, wozu in diesem Jahre, soweit die Subsidien-Konvention in Betracht kommt, Gelegenheit gewesen wäre, da diese Konvention nur auf 2 Jahre abgeschlossen war, findet sich nirgends auch nur die geringste Andeutung. Borié tröstet den klagenden Bischof und macht immer neue Zusagen, die nicht eingelöst werden. Der Bischof befindet sich in diesem Jahre auch persönlich in so gefährdeter Lage, dass er nicht nur in dem befestigten Forchheim Schutz sucht, sondern auch die Flucht nach Regensburg vorbereitet, die aber nicht zur Ausführung kommt — Hoheitssache 8/162. In seinen Briefen vom Jahre 1760 geht Borié den Bischof an, seinerseits Alles aufzuwenden und auch den Kreis dahin zu bringen, dass dieser Feldzug mit aller Kraft geführt werde, denn von ihm hänge das Wohl des Reiches und der Religion ab. In dieses Jahr fällt auch die Abwickelung der fürstlich Oettingischen Juwelen-Versatz- bezw. Auslösungsangelegenheit, die mit einer Renumeration für den Grafen Kaunitz verbunden ist — Fasc. 10 Nr. 149. Auch die Korrespondenz zwischen Baron Fechenbach und dem Fürstbischof, die seitens des Barons Fechenbach in nahezu unleserlicher Schrift geführt wird, greift in diese Angelegenheit hinein — Fasc. 10 Nr. 150 —, in der Hauptsache jedoch befasst sie sich mit der Mission Fechenbachs, den Wiener Hof zu bewegen, auf der für 1761 in Aussicht genommenen Augsburger Friedenskonferenz die Entschädigungs-Forderungen des Fürstbischofs in Vorlage zu bringen. Die Klagen des Bischofs über das ungebührliche Benehmen des württembergischen Truppenkorps behandelt die Korrespondenz mit den Grafen Colloredo und Kaunitz aus dem Jahre 1760 — Fasc. 9 Nr. 137, — während aus dem Jahre 1761 die Korrespondenz des Fürstbischofs mit Kurmainz und Kurtrier stammt, welche sich mit der Angelegenheit des Baron Pretlach befasst, der, wie der Bischof annahm, den Oberbefehl über die Reichsarmee anstrebte. Im Jahre 1762 befand sich der Fürstbischof in verzweifelter Lage;

diesem Umstand verdankt eine Reihe von Korrespondenzen ihre Entstehung, so die mit Kurmainz — Fasc. 11 Nr. 164 —, mit Fulda — Fasc. 11 Nr. 159 —, mit dem Herzog von Württemberg — Fasc. 11 Nr. 160 —, mit Kurbayern — Fasc. 11 Nr. 157 —, mit Graf Colloredo, die auch die Schreiben des Fürstbischofs an die kaiserliche Majestät enthält — Fasc. 11 Nr. 155 —, dann die Korrespondenz mit Baron Widmann — Fasc. 11 Nr. 162. Ueberall fleht der Bischof um Rat und Hilfe, fast überall erhält er den gleichen Bescheid: Die Beteuerung, dass man ihm sehr gerne helfen würde, wenn man hiezu in der Lage wäre, dass Letzteres aber leider nicht der Fall sei. Anfangs 1762 versichert noch Borié, man werde sich in Wien mit dem Frieden nicht beeilen, sondern für sich und die Freunde der »gemeinen Sache« gute Bedingungen erzwingen. Kurz darauf erklärt er noch, Franken brauche sich nicht die geringsten Sorgen zu machen, und ein Jahr später ist Alles entschieden, die Hochstifte stehen am Rande des Ruins und die Entschädigungsfrage ist mit einem Federstrich aus der Welt geschafft. Von besonderer Bedeutung ist die Korrespondenz des Fürstbischofs mit Baron Rotenhan, den der preussische General v. Kleist von Bamberg nach Leipzig mitgenommen hatte, um mit ihm als Kontrahenten einen Neutralitätsvertrag abzuschliessen, der aber nicht zu stande kam — Fasc. 11 Nr. 166.

Das ist in der Hauptsache das Quellenmaterial, das ich von den Akten des Würzburger Kreisarchivs benützte. Anzuführen habe ich noch das Werk: »Geschichte der vom ehemaligen Hochstifte Würzburg mit verschiedenen auswärtigen Mächten geschlossenen Militär-Allianz- und Subsidien-Verträge von Legationsrat Dr. Scharold. Archiv des histor. Vereins für den Untermainkreis 3 Band Heft 1 S. 1—28,« das mir wertvolle Anhaltspunkte bot für die Beurteilung des zwischen dem Fürstbischof und dem Erzhause Oesterreich im Jahre 1756 abgeschlossenen Subsidienvertrages.

Nach dieser kurzen Charakteristik des verwendeten Quellenmaterials sowie der vorwiegend benutzten Hilfslitteratur gehe ich zur Arbeit selbst über; ich werde u. a. nachzuweisen suchen:

dass die Angabe des Fürstbischofs, er habe sich durch das im Jahre 1366 abgeschlossene würzburgisch-

böhmische Bündnis für gebunden erachtet, der Krone Böhmen im Kriegsfalle beizustehen, nur ein Vorwand zum Abschluss der Subsidien-Konvention vom Jahre 1756 war;

dass es für den Bischof nicht aussichtslos gewesen wäre, sich dem Abschluss dieser Konvention zu widersetzen, falls Oesterreich unter Berufung auf jenes alte Bündnis darauf gedrungen hätte;

dass die wahren Motive zum Abschluss des Spezialbündnisses mit Oesterreich beim Fürstbischof in seiner Hinneigung zum Erzhause, die oft in unwürdige Devotion ausartete, zu suchen sind, ferner in den durch Allianz- und Subsienverträge früherer Jahre angebahnten militärischen Beziehungen und wohl zum Teil auch in der dem Fürstbischof in Aussicht gestellten Indemnisation bezw. Belohnung;

dass der Ehrgeiz Adam Friedrichs, eine politische Rolle zu spielen und als die einflussreichste und sicherste Stütze des Hauses Habsburg im Zentrum des Reichs zu gelten, die stärkste Triebfeder für sein Vorgehen während des 7jährigen Krieges gewesen ist;

dass der Fürstbischof den Einflüsterungen und Schmeicheleien seiner Ratgeber und Freunde in dem Masse zugänglich war, dass er sich auch zu übermässigen Zugeständnissen gegenüber Wien verleiten liess;

dass der Bischof seine bündnismässigen Pflichten sowohl dem Erzhause Oesterreich als seinen Mitständen gegenüber vom ersten bis zum letzten Tage des Krieges treu erfüllte und mithin die Vermutung Thüna's, der Fürstbischof habe im Jahre 1758 Verbindung mit dem Prinzen Heinrich von Preussen gesucht, unbegründet ist, dass vielmehr Prinz Heinrich es war, der Adam Friedrich den Uebergang zur Neutralität nahelegte, ein Ansinnen, das der Bischof zurückwies;

dass der Fürstbischof von seinen Verbündeten in Not und Bedrängnis im Stiche gelassen, dass er namentlich von

Oesterreich in unverantwortlicher Weise ausgenützt und dann, als er nichts mehr bieten konnte, bei Seite geschoben wurde; und endlich

dass Adam Friedrich das volle Bewusstsein hatte, durch seine unglückliche Politik während des 7jährigen Krieges seinem Lande tiefe Wunden geschlagen zu haben, dass er aber auch gewillt und befähigt war, die Schäden des Krieges zu heilen.

Adam Friedrich Graf von Seinsheim, der Sprosse eines uralten fränkischen Geschlechtes, wurde am 7. Januar 1755, im 47. Jahre seines Lebens, zum Fürstbischof von Würzburg einstimmig gewählt; durch die Wahl wurde er zugleich Herzog in Franken. Nach menschlichem Ermessen war diese Wahl für das Land eine Gutes versprechende, denn Adam Friedrich besass neben hervorragenden Eigenschaften des Geistes und neben umfangreichen Kenntnissen, die er auf den Hochschulen in Salzburg, Würzburg und Leyden gesammelt und durch Reisen sowie im Verkehr mit Menschen jeden Standes erweitert hatte, bereits einige Gewandtheit in den Geschäften der Staatsverwaltung, wie in der Politik und Diplomatie. Der vertraute Umgang mit seinem Oheim, dem Fürstbischof Friedrich Carl von Schönborn, der ihn auch als Gesandten mehrfach benützte, die Obliegenheiten seiner Stellung als Präsident der Hofkammer und des Kriegsrates, vor allem aber die ihm durch die Kränklichkeit seines Vorgängers, des Fürstbischofs Carl Philipp von Greifenklau, ermöglichte Teilnahme an der Verwaltung verschafften ihm Einblick in die verschiedenen Gebiete des Staatswesens, auf denen er nunmehr selbständig tätig zu sein hatte. Dabei war er seitens des Papstes durch die Ernennung zum »auditor rotae«, Beisitzer des höchsten römischen Gerichtshofes, und seitens der Kaiserin Maria Theresia durch diejenige zum kaiserlichen geheimen Rat ausgezeichnet worden. So waren alle damals für nötig erachteten Vorbedingungen gegeben, um sich von der Regierung Adam Friedrichs das beste versprechen zu können; zeitgenössische Autoren gaben den bezüglichen Hoffnungen und Erwartungen auch unverhüllt

Ausdruck, ja man begrüsste ihn sogar als den »am ostfränkischen Himmel neu erscheinenden Fürsten-Stern.«

Bald nach seinem Regierungsantritt erhielt der Fürstbischof Gelegenheit, seine politischen Fähigkeiten zu verwerten. Adam Friedrichs Vorgänger, der die Anschauung der früheren Fürstbischöfe vertrat, dass die schon in grösserer Zahl und seit Jahrhunderten zwischen dem Hochstifte Würzburg und anderen Ländern abgeschlossenen Subsidienverträge als eine Wohltat für das fürstliche Aerar zu betrachten seien, hatte Hannover einen solchen Vertrag angeboten, der auch dem hiefür massgebenden England zur Genehmigung vorgelegt wurde. Zu einem förmlichen Vertragsabschlusse kam es jedoch nicht, sondern England behielt sich nur vor, bei gegebener Gelegenheit auf das Anerbieten des Fürstbischofs zurückzukommen. Diese Gelegenheit kam bereits im Jahre 1755; der englisch-hannöverische Bevollmächtigte brachte beim Fürstbischof Adam Friedrich die Sache in Erinnerung und am 6. September wurde der Vertrag abgeschlossen, wornach Würzburg 3 Bataillone zu je 800 Mann für Hannover in Bereitschaft halten sollte; das jährliche Wartgeld betrug 60000 fl. Der Fürstbischof machte, offenbar in dem Gefühle, dass Oesterreich dem Herkommen gemäss beim Abschluss solcher Geschäfte eigentlich die Vorhand gebühre, dem Kaiser von dem zu stande gekommenen Vertrage Mitteilung, und dieser erteilte die Sanktion. Nun muss bemerkt werden, dass Oesterreich und England-Hannover zu dieser Zeit auf gutem Fusse mit einander standen. Gar bald aber erwuchsen dem Fürstbischof aus diesem Vertrage Verlegenheiten; als die ersten trüben Wolken am politischen Horizonte heraufzogen, änderte sich die Haltung Englands, es schloss sich Preussen an. Dem Fürstbischof war es nun klar, dass er an der Seite Englands unmöglich stehen bleiben konnte, um so weniger, als der Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Preussen bereits bevorstand.

Die Gründe, die Adam Friedrich hiebei leiteten, sollen später erörtert werden. Zunächst galt es für ihn, von dem Subsidienvertrage mit England loszukommen, wozu ihm Gelegenheit geboten war, als England-Hannover den nur auf ein Jahr abgeschlossenen Vertrag erneuern wollte. Adam Friedrich erholte sich Rat bei den österreichischen Ministern Grafen Kaunitz und

Colloredo, und am 7. August 1756 legte Graf Kaunitz dem Fürstbischof dar, dass die Erneuerung des 1755 unter ganz verschiedenen Zeitumständen errichteten Subsidienvertrages zwischen England und Würzburg weder mit der Vorliebe, welche der Fürstbischof dieses Hochstiftes stets für das Erzhaus Oesterreich gehegt, noch mit der notwendigen Erhaltung der katholischen Religion, die durch die protestantische Liga Preussen-England bedroht sei, und insbesondere auch der Kreisverfassung vereinbarlich wäre, zumal da die vom hannöverischen Ministerium begehrte Vertragserneuerung jetzt mit neuen, sehr bedenklichen Nebenbedingungen verknüpft sei, während der erste Vertrag ganz unschuldiger Natur gewesen.*) Kaunitz machte hiebei, sich auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers und der Kaiserin berufend, dem Fürstbischof den Antrag, er möchte sich, statt mit England, mit Oesterreich einlassen und sofort mit diesem Hause einen Subsidienvertrag abschliessen. Zu diesem Ende werde nächstens der österreichische Gesandte Graf v. Pergen unter einem angemessenen Vorwande in Würzburg eintreffen. Dieser Bevollmächtigte sei angewiesen, den Fürstbischof sowohl von dem Zusammenhang der vorbereiteten Massregeln des Wiener Hofes, als auch von anderen wichtigen Dingen zu benachrichtigen und hinwieder sich die Ansichten und Ratschläge auszubitten, auf welche Weise der markgräflich Ansbachische, mit Preussen verwandte Hof für das Interesse des Erzhauses Oesterreich am sichersten vollends zu gewinnen sein möchte, da bereits der dortige Minister Frhr. v. Seckendorff in einem unterm 20. Juli an ihn, Kaunitz, erlassenen Schreiben grosse Hoffnung äussere, den Markgraf, seinen Herrn, zu einem Subsidienvertrag mit Oesterreich bewegen zu können, worauf man dem Seckendorff erwidert habe, es werde deshalb der Graf v. Pergen ehestens mit ihm an einem dritten Orte nähere geheime Unterredung pflegen.

Der Hinweis des Grafen Kaunitz auf die Vorliebe der Würzburger Fürstbischöfe für das Erzhaus Oesterreich ist im allgemeinen berechtigt, besonders soweit die Vorliebe für den Abschluss von Subsidienverträgen mit diesem Hause in Betracht

*) Geschichte der vom Hochstifte Würzburg mit verschiedenen auswärtigen Mächten geschlossenen Militär-Allianz- und Subsidien-Verträge von Legationsrat Dr. Scharold.

kommt. Ausser Acht darf aber dabei nicht gelassen werden, dass das Hochstift Würzburg sich beim Abschluss dieser Verträge wohl weniger von idealen und freundschaftlichen Motiven leiten liess, als von der Aussicht auf materielle Vorteile; sagt doch Scharold in seinem bereits erwähnten Aufsatze, es lasse sich aus den zahlreichen Subsidienverträgen, die Würzburg im 18. Jahrhundert abschloss, der Schluss ziehen, dass es aus den bisherigen einen namhaften pekuniären Vorteil gewann, der es anspornte, diese finanzielle Quelle flüssig zu erhalten. Dass sich übrigens Adam Friedrich gerade nach Wien um einen Rat in seiner angeblichen Bedrängnis wandte, spricht dafür, dass er bereits damals mit einem Subsidienvertrage mit Oesterreich rechnete oder doch wenigstens das Zustandekommen eines solchen Vertrages nicht für ausgeschlossen hielt. Denn erstens hätte er meines Erachtens eines fremden Rates in der Vertragsangelegenheit mit England-Hannover kaum bedurft, denn er brauchte ja nur den Antrag auf Wiedererneuerung mit dem Hinweis auf die ihm daraus eventuell erwachsenden Schwierigkeiten abzulehnen, und zweitens musste der Fürstbischof im voraus wissen, wie die Wiener Ratschläge ausfallen würden; kannte er doch die Gesinnung der Minister und die seines dort weilenden einflussreichen Freundes und Vertrauten, des Geheimrates Baron v. Borié, der ihn seinerzeit in Würzburg in die Regierungsgeschäfte eingeführt hatte.

Der Fürstbischof konnte also über das Angebot, das ihm von Wien gemacht wurde, kaum überrascht sein. In der Tat wurde auch der Vertrag mit England-Hannover nicht mehr erneuert und dafür am 16. September in Werneck, dem Lustschlosse des Fürstbischofs, ein Subsidienvertrag mit Oesterreich abgeschlossen. Adam Friedrich konnte zu dieser Zeit schon voraussehen, welche Folgen für ihn aus diesem Vertragsabschlusse erwachsen würden, denn der König von Preussen hatte durch seinen unerwarteten Einfall in das mit Oesterreich verbündete Sachsen am 29. August 1756 bereits den Krieg eröffnet und in einem Kriegsmanifeste dem fränkischen Kreis, vorzüglich Würzburg, seinen Besuch angekündigt. Der Fürstbischof war deshalb auch bestrebt, den Abschluss dieses Subsidienvertrages auf ein zwischen der Krone Böhmen und dem Hochstifte seit dem Jahre

1366 bestehendes und öfters erneuertes Bündnis zurückzuführen, sich also gewissermassen als im Kriegsfalle an Oesterreich gebunden hinzustellen.

Was diesen alten Vertrag betrifft, auf den man sich auch in der Konvention selbst beruft, so wurde er, wie Scharold angibt, im Jahre 1367 am Donnerstag nach Mariä Himmelfahrt — die Angabe in der Subsidien-Konvention selbst wäre mithin eine irrtümliche — zwischen dem Kaiser Karl IV. als König von Böhmen, dem Kurfürsten Gerlach von Mainz und dem Bischof Albert V. von Würzburg abgeschlossen. Damals stand das Hochstift Würzburg mit der Krone Böhmen sonst schon in enger Verbindung. Böhmen und Würzburg einigten sich in jenem Vertrage dahin, dass Ersteres dem anderen im Notfalle auf das erste Begehren mit 500 Mann zu Pferd und 2000 Mann zu Fuss, und auf ein zweites Begehren mit einer gleichen Anzahl Truppen binnen 6 Wochen beistehen wolle. In derselben Weise machte sich Würzburg zur jedesmaligen Stellung von 500 Reitern verbindlich. Diese Allianz wurde am 16. März 1675 mit zeitgemässen Abänderungen erneuert. Würzburg machte sich verbindlich, dem Kaiser von Oesterreich als König von Böhmen 2 Regimenter Infanterie nebst 1 Regiment Kavallerie ins Feld zu stellen. Die Erneuerung wiederholte sich im Jahre 1730. Im Laufe der Zeit wurde dann eine Reihe von Subsidienverträgen, bezw. Truppen-Konventionen zwischen Würzburg und dem Erzhause Oesterreich als solchem abgeschlossen.

Adam Friedrich leitete vom alten böhmisch-würzburgischen Vertrage — so stellte er wenigstens die Sache dar — gewissermassen eine Verpflichtung ab, dem Erzhause Oesterreich im Kriegsfalle beizustehen. Anders sein Oheim Fürstbischof Friedrich Carl, der auch der »Grosse« genannt wird. Als nämlich bei Beginn des österreichischen Erbfolgekrieges das Erzhaus Oesterreich mit Berufung auf jenen böhmisch-würzburgischen Subsidienvertrag die schleunige Sendung eines würzburgischen Hilfskorps nach Schlesien verlangte, suchte der Fürstbischof diesen, weiterhin aufs dringendste wiederholten Antrag durch allerlei Entschuldigungsgründe zu umgehen. Auch Kaiser Karl VI. forderte als König von Böhmen, dass Würzburg die ihm gemäss dem uralten böhmisch-würzburgischen Erbbündnisse schuldige

Hilfsmannschaft stelle, und liess dem Fürstbischof die kräftigsten und dringendsten mündlichen Vorstellungen durch seinen Hofrat von Ickstatt machen, vermochte aber so wenig wie Maria Theresia ihn zur Tat zu bewegen. Das Verhalten des Fürstbischofs Friedrich Carl trägt diesem durch Scharold die Kennzeichnung als »umsichtige Politik« ein. Sein Nachfolger Anselm Franz Graf von Ingelheim war jedoch schon furchtsamer, denn er liess sich durch die Bemerkung der Kaiserin, dass sein Vorgänger durch sein »vertragswidriges« Benehmen bei zwei feindlichen Einfällen in das Königreich Böhmen ihr einen höchst empfindlichen Schaden zugefügt habe, für den sie mit Recht eine angemessene Indemnisation verlangen könne, bestimmen, den von Friedrich Carl mit der Republik Holland eingeleiteten und dem Abschluss nahe gebrachten Militär-Subsidienvertrag vorläufig nicht zu vollziehen. Als aber die Kaiserin gegen die Hingabe einer Anzahl Rekruten zur Ergänzung ihrer Armee in Italien für diesmal Gnade für Recht ergehen liess, hatte der Fürstbischof freie Hand und schloss den Vertrag mit Holland ab. Die bei der erwähnten Gelegenheit von der Kaiserin ausgesprochene Erwartung, dass Würzburg in Beobachtung eingegangener Verträge künftig redlicher zu Werke gehen werde, erfüllte Adam Friedrich, obgleich man sich von Wien aus offenbar bemühte, ihm mehr den Eindruck der Freiwilligkeit als den einer Verpflichtung beim Abschluss der Subsidien-Konvention vom 16. September 1756 zu lassen. Dem Vorbilde Friedrich Carl's zu folgen, dazu wäre Adam Friedrich, wie wir später sehen werden, nicht der Mann gewesen, auch wenn ihn seine sozusagen anerzogene Hinneigung zu Oesterreich nicht von selbst auf jene Seite hingewiesen hätte.

Die Subsidien-Konvention enthält 9 Punkte.*)

Punkt 1 lautet: »Wollen beede hohe contrahierende Theile die zwischen Ihnen ohnehin bereits bestehende Freundschaft und alte Verein bestens unterhalten und cultivieren, einer des anderen Gefahr und Nachtheil warnen und abzukehren suchen, hingegen was zu dessen und seiner Lande Nutzen und Sicherheit dienen kann, nach Vermögen befördern helfen, und überhaupt was die Eigenschaft einer aufrichtigen Freundschaft und einer guten Ein-

*) Hoheits Sache 876 No. 50

verständniss mit sich bringet, sich einander getreulich erweisen und leisten«. In Punkt 2 heisst es: Der Fürstbischof und dessen Hochstift machen sich »anheischig und verbindlich, mit Ihro Kaiserlichen und Königlichen Majestät in Reichs vorfallenheiten auf Reichs- und Creystägen in gutem Vernehmen und für einen Mann zu stehen, das Interesse des Durchlauchtigsten Erzhauses und mit selbem so eng verbundene Wohlfahrt des Vaterlandes kräftigst zu unterstützen, auch diesmal geheime Abrede zu pflegen.« In Punkt 3 heisst es: »Ferner versprechen Ihro Hochfürstlichen Gnaden von Wirzburg bey gegenwärtig obhabender Besorgniss eines Ihro Kaiserl. Königl. Majestät bevorstehenden feindlichen Angriffs, oder sonsten ausbrechenden Kriegs, so lange diese Convention dauert, nicht nur keine Truppen an irgend eine Puissance, von welcher Se. Kaiserl. Königl. Majestät und Höchstderoselben aliirte Feindseligkeiten empfangen, oder zu gewarten haben werden, zu überlassen, auch derselben zuwider keine Bündniss zu errichten, sondern vielmehr von Ihren auf den Beinen haltenden Truppen zwey Regimenter, worunter keine Deserteurs angenommen werden sollen, an alter wohlexerzierter und disziplinierter Mannschaft mit Ober- und Untergewehr, grosser und kleiner Montirung, und jedes Regiment nach der eingebrachten und hier angefügten Tabelle in zwey Bataillonen, und jede Bataillon in tausend Köpf mit der prima Plana, nemlich Neunhundert Fusiliers und eine Grenadiers Compagnie zu hundert Mann bestehend, zu Ihro Kaiserl. Königl. Majestät und des Durchlauchtigsten Erzhauses Dienst fertig und bereit zu halten.« Weiter wird bestimmt, dass 2 Bataillone, also 2000 Mann »ohnverzüglich in den marschfertigen Stand gesetzet, und auf erfordern alsogleich ohnentgeltlich verabfolget,« von den anderen 2 Bataillonen wenigstens eines innerhalb 2 — 3 Monaten in marschfertigen Stand gesetzt werden solle »gegen baare zu Frankfurt oder Nürnberg machende Bezahlung von 40 fl. für einen jeden ausgerüsteten Mann.« In Punkt 4 wird bestimmt, dass die Truppen »von Zeit der Uebernehmung an der Würzburgischen Landesgränze in Ihro Kaiserl. Königl. Majestät Sold und Dienst nach dem gewöhnlichen Herkommen« treten.

Die Punkte 5—7 behandeln Dinge rein militärischer Natur; Punkt 8 lautet: »Was die Prolongation dieser auf zwey Jahre

geschlossenen Convention anbetrift, wurde solche Ihro Kaiserl. Königl. Majestät aus unterthänigster Devotion anheim gestellet, jedoch ist dessentwegen in dem letzten Viertel-Jahr die nöthige Unterredung zu pflegen«. Die Konvention ist unterschrieben: Johann Anton Graf von Pergen - Johann Gottfried von Wolffskeel. Die beigefügten Articles Separés enthalten Näheres über die Ausrüstung dieser Truppen und Aehnliches.

Im letzten Punkt der Konvention versprechen die Bevollmächtigten, »Ihro Höchst und Hohen Principalen Ratification darüber fordersamst herzubringen.« Am 26. September traf dann auch die Genehmigung der Subsidien-Konvention von Wien ein und befreite damit den Fürstbischof von seiner Zweifelsucht und seinem Wankelmut, die ihn bei der Kunde von den fortschreitenden Erfolgen des Königs von Preussen befallen hatten. Der Fürstbischof sah im Geiste alle protestantischen Fürsten und Stände gegen sich aufgebracht, weil er sich, anstatt den Grundsatz der Neutralität anzunehmen, mit dem katholischen Oesterreich verbunden. Der Fürstbischof suchte in Wien, angefeuert durch den kurhannöverischen Gesandten von Gemmingen, durchzusetzen, dass die Würzburger Subsidientruppen im fränkischen Kreise blieben, allein über diesen Bemühungen traf die Genehmigung der Konvention von dort ein, und dem Fürstbischof blieb nichts übrig, als nun die Folgen seiner Handlungsweise auf sich zu nehmen.

Nun ihm einmal eine feste Marschroute vorgezeichnet war, wandte Adam Friedrich seinen ganzen Einfluss und seine ganze Tatkraft und nicht zuletzt die ihm zu Gebote stehenden diplomatischen Fähigkeiten daran, um der Sache des Erzhauses Oesterreich zu dienen und ihr möglichst viele Freunde zuzuführen. Zunächst machte er sich an die ihm, wie schon erwähnt, von dem Grafen Kaunitz zugewiesene Aufgabe, den markgräflich Ansbachischen Hof für das Interesse des Erzhauses Oesterreich »vollends zu gewinnen«. Bei der Befolgung dieses Zieles stiess Adam Friedrich jedoch auf manche Schwierigkeiten, die mitunter so gross waren, dass sie ihn an einem Erfolge verzweifeln liessen. Aber er ging immer wieder von Neuem an die Aufgabe heran, ermutigt und geschmeichelt durch das Lob, das ihm in nicht allzu grossen Zwischenräumen von Wien aus für seinen Eifer um die

»gemeine Sache« gespendet wurde. Schon die Versicherung des Hofrates von Schmidt, er könne dem Bischof nicht verborgen sein lassen, »wie sehr dessen patriotische Benehmung in dem, dem Vernehmen nach glücklich zu Stande gebrachten Truppen-Negotio dahier (in Wien) angerühmt wurde«*), musste ihm ein Trost in der Beklemmung sein. Und Borié schrieb unterm 30. Nov.: »Die patriotische Gesinnung, welche Ew. Hochf. Gnaden in diesen Läuften bezeigt haben, wird in ihrem Werth erkannt.«**)

Unterm 25. August 1756 schon hatte Frhr. von Fechenbach, des Bischofs Domkapitular, Konsistorialpräsident und Reichstagsgesandte, aus Laudenbach geschrieben, er habe durch eine Vertrauensperson die Nachricht erhalten, wie man sich zu Ansbach mit dem kaiserlichen Hofe gar gerne in die Traktate einlassen würde, es sei auch dies durch einen »canall« in Wien zu erkennen gegeben worden. Man müsse nun warten, was allda (zu Wien) beschlossen werde; ob Seckendorff »jenen credit« zu Ansbach habe, dessen er sich rühme, sei zu bezweifeln, denn zu Wien sei er allzu gut bekannt. Und am 30. August weiss Fechenbach von Ansbach dem Fürstbischof als ein »secretum« zu berichten, dass dieser Hof mit dem kaiserlichen in recht gutem Einverständnis stehe, so dass das dem Fürstbischof übertragene Geschäft »allem Anschein nach« zu stande komme.***) Am 2. September meldete Borié nach Würzburg, der neue Markgraf zu Ansbach habe sich für den Wiener Hof erklärt, er traue aber dem Lande doch nicht ganz.

Der Fürstbischof ging also ans Werk: er bemühte sich, Ansbach zu gewinnen, während er dem Bischof von Bamberg anheimstellte, bei dem brandenburgisch Kulmbachischen Hofe in der gleichen Richtung sein Glück zu versuchen ****) Bemerkenswert hiebei ist, dass Adam Friedrich schon jetzt von »unglück-

*) Fasc. 4 Nr. 74.

**) Fasc. 4 Nr. 80.

***) Hoheits-Sache 40/567.

****) Die Aufgabe des Fürstbischofs war von vornherein dankbarer als die seines Bamberger Mitbruders, wusste man doch, dass der Markgraf von Ansbach, der mit seiner Gemahlin, der Schwester König Friedrichs, in unglücklicher Ehe lebte und deshalb auch mit seinem Schwager entzweit war, zu einer Oesterreich freundlichen Politik hinneigte, während vom Markgrafen von Bayreuth, ebenfalls einem Schwager Friedrichs, das Gegenteil bekannt war.

bedrohlichen Zeitläuften« spricht. Er ersucht den Bischof um die Mitteilung der Massregeln, die er »in Ansehung der vorliegenden schweren Zeitumstände zum Dienste und Fürsorge des Kreises« zu ergreifen gedenke, um die vaterländischen Gesinnungen des Bischofs nach Möglichkeit unterstützen zu helfen. Der Bischof von Bamberg geht auf das Ersuchen des Fürstbischofs ein, will aber erst die Gesinnung mehrerer anderer Kreisstände erforschen, um darnach die seinigen zu »bemessen.«*) Dies erscheint aber Adam Friedrich zu umständlich und zeitraubend, und deshalb dringt er in den Bischof, indem er ihm vorhält: »Nachdem aber Noth und Gefahr sich von der Stunde zur anderen vermehren, mithin auch schleunigen Rath und Hilfe erfordern, so dürfte ein jeder längerer Verzug und furchtsame Behutsamkeit das Böse nur schlimmer machen und sofort die schädliche Ausführung jener offenbaren Unterdrückungsabsichten immer mehr erleichtern.« Der Fürstbischof meint, nach dem, was bisher bekannt geworden, habe Niemand mehr Ursache, als der »seines in Brand stehenden Nachbars Haus am nächtsen gelegene« fränkische Kreis, auf Rettungsmittel zu denken und ohne Scheu und Zaghaftigkeit die »erste Sprache zu führen« sowie mit anderen »korrespondierenden« Kreisen rasch sich zu vereinbaren, damit man nicht ebenfalls »nach dem vorliegenden traurigen Beispiel und sonderheitlich nach Massgabe des leider schon lang entworfenen Planes« das Unglück über sich ergehen lassen müsse, welches die geistlichen Fürstentümer alsdann gewiss nicht allein betreffen, sondern auch die weltlichen, besonders die brandenburgischen Häuser, wie sie selbst gar wohl einsähen und besorgten, unfehlbar mitnehmen werde. Auch die Bedenken finanzieller Natur, welche der Bischof von Bamberg geäussert hatte, suchte Adam Friedrich zu zerstreuen, indem er dem Bischof bemerkte, durch die »Unvermögenheit« seiner Obereinnahme dürfe er sich weder abhalten noch schrecken lassen, er müsse eben der Obereinnahme mit einer »erklecklichen Geldaufnahme« zu Hilfe kommen, wie auch er, Adam Friedrich, und andere in solchen Fällen der »äussersten Noth« das Gleiche thun würden und müssten. Und tatsächlich hat Adam Friedrich während des 7jährigen Krieges,

*) Fasc. 4 No. 73. Enthält die ganze Korrespondenz.

wie wir später noch sehen werden, den Kredit stark in Anspruch nehmen müssen.

Es wurde oben schon erwähnt, dass der am würzburgischen, kurmainzischen, kurbayerischen und an anderen Höfen akkreditirte kurhannöverische Gesandte Frhr. von Gemmingen bestrebt war, den Fürstbischof zur Neutralität zu veranlassen. Auch bei den anderen machte er denselben Versuch, d. h. er wollte sie, wie sich der Fürstbischof in seinem Schreiben an den Bamberger Bischof ausdrückt, »durch lauter süsseste Freundschaftsbetheuerung in der schädlichen Schlafsucht beständiger Gleichgiltigkeit«, erhalten.*) Dieser gefährliche Mann hat nun Würzburg verlassen, und der Fürstbischof vermutet, dass er den Weg nach Bamberg genommen habe, um dort sein Einschläferungswerk fortzusetzen. Er macht deshalb seinen Nachbar auf den Ankömmling aufmerksam, der ein »von Gewohn zwar stiller, doch sehr umsichtiger und feiner Geschäftshändler« und »eine ungemein freundschaftliche und süsse Sprache zu führen« gewohnt sei. Damit der Bischof wisse, wie er daran sei, teile er ihm mit, dass Gemmingens Antrag allem Vermuten nach auf eine »in Ansehung gegenwärtiger Conjunkturen von Seiten des Kreises zu beobachtende Neutralität« gerichtet sein dürfte. Er selbst, Adam Friedrich, habe sich den Vorstellungen Gemmingens gegenüber auf die »Vorgänge anderer Kreise und Reichsmitstände« bezogen, ohne ihm das bekannte Bündnis zwischen der Krone Böhmen und seinem Hochstifte zu verhehlen, das ihn in die Notwendigkeit versetze, ehestens einige tausend Mann zur kaiserlichen Armee in Böhmen stossen zu lassen. Uebrigens habe Gemmingen diese seine Verpflichtung nicht nur anerkannt, sondern auch »den Vollzug sothaner alter Bündniss allerdings selbst approbieret.« Gemmingen kam auch wirklich nach Bamberg, ausgerüstet mit einem Beglaubigungsschreiben des Königs von England, doch vorläufig tat er nichts, als dass er dem Bischof vorstellte, »dass man sich von einer frühzeitigen Theilnahme enthalten möge.« Doch der Fürstbischof traut trotzdem der Sache nicht, hat er doch inzwischen erfahren, dass Gemmingen mit seinem Vetter, dem fürstlich Ansbachischen Kammerpräsidenten v. G., an einem dritten Ort zu-

*) Ebenfalls in Fasc. 4 No. 73 in der schon genannten Korrespondenz.

sammengekommen ist, vermutlich um die »Neutralitätssprache zu behandeln, welche«, so heisst es in einem weiteren Schreiben an den Bischof von Bamberg, »Ew. Liebden und mir so annehmlich eingeflösst werden wolle, damit man sich in diesem löblichen Kreis in stiller Gelassenheit und ausser aller Verfassung halte, mithin zur ungehinderten Operation den kriegenden Theilen die hiesigen Lande blossgestellet lassen möge, wozu allem Ansehen nach die beeden brandenburgischen Häuser ihrer jüngeren Aeusserung gemäss zur Erreichung ihrer Absichten die leichte Hand bieten dürften, welche aber alle wohlgesinnten und sonderheit geistlichen Fürsten und Stände nach möglichen Kräften zu hintertreiben meines Bedauerns mehr als jemahlen Ursach haben. Ew. Lbd. handeln daher nach Ihro beiwohnender Klugheit sehr vernünftig, wenn Hochdieselbe die einschläfernden Insinuationen des von Gemmingen mit süsser Gegensprache ohnverfänglich in so lange bedienen, bis von Seiten des Reiches in der auf den 25. dieses festgesetzt sein sollenden desfalsigen Verhandlung auf die kaiserl. Postulate ein standhafter Schluss genommen sein wird.« Auf gleiche Weise, bemerkte der Fürstbischof weiter, habe er den Frhr. von Seckendorff in voller Ungewissheit über seine »Gedenkensart« gelassen, und er hoffe, dass auch der Bambergische Obermarschall Frhr. von Bibra ihn »in dem nämlichen, Vertrauen zeigenden, jedoch ohnverfänglichen Tone zu unterhalten« wissen werde.

Hier zeigt Adam Friedrich seine diplomatische Befähigung, der wir später noch öfters begegnen werden. Sein Bestreben geht dahin, den Baron Gemmingen mit »süssen«, unverbindlichen Gegenreden solange hinzuhalten, bis die Gesamtheit gesprochen hat und er sich dann aus seiner ungemütlichen Sonderstellung befreit sieht. Gemmingen ist wieder in Bamberg und führt seinen »Geschäftsbetrieb« weiter. Der Bischof von Bamberg berichtet darüber nach Würzburg, wie G. sich eine »eigentliche Neutralität und die Unterlassung der Reichs- und Kreisverfassungsmässigen wahrhaften Massnahmen« zu fordern nicht getraue, ja letztere »nach dem äusserlichen Bezeigen« nicht einmal missbillige, um den Friedens- und Ruhestand im Deutschen Reiche ohne das Zutun auswärtiger Mächte wiederherzustellen, ja er habe sogar hinzugefügt, dass der König von England »an allen den königlich

preussischen Kriegsunternehmungen nicht den mindesten Antheil bisher genommen, noch künftighin irgend nehmen würde.« Er sei deshalb auch im Begriff, instruktionsmässig unverweilt nach Regensburg zurückzugehen und dann auch in München seine fernere Beschäftigung fortzusetzen. Die »äusserliche Sprache« Gemmingens, meint der Bischof von Bamberg, verdiene desshalb keinen »sonderheitlichen Tadel«, die zufälligen Gespräche seien aber hie und da mit »solchem Ausdruck« untermengt gewesen, »woraus sich eine Neigung für den churbrandenburgischen Hof und insgemein für den protestantischen Religionstheil wahrnehmen lasset«. Der Fürstbischof würde noch nähere Gelegenheit haben, dem Gemmingen »den Puls zu fühlen«, da er nach Würzburg zurückzugehen beabsichtige. Weiter teilt der Bischof mit, sein Obermarschall Frhr. v. Bibra habe von Seckendorff seit geraumer Zeit wieder ein Schreiben erhalten, worin dieser »mittels einer ganz guten und patriotischen Sprache« die »Unstatthaftigkeit einer Neutralität, dagegen die Nothwendigkeit standhafter Kreis-Entschliessung« dargelegt, worauf ihm Bibra zu erkennen gegeben habe, dass solcher Zuspruch besser bei Bayreuth und Ansbach angewandt sei, und dass jener seine Verdienste vermehren könnte, wenn er den Ansbachischen Hof, wo er einen vollgiltigen Einfluss auf die Geschäfte habe, von »diesen echten Begriffen« überzeugen würde. Adam Friedrich drückt in seinem nächsten Schreiben vom 24. Oktober seine Freude aus, dass der Bischof von Bamberg den kurhannöverischen Gesandten so richtig taxierte, und verspricht, er werde diesen bei seiner Wiederkehr schon ausholen. Auch dass der Bischof das »schleichende Wesen« Seckendorffs erkannt, freue ihn, wie überhaupt S. »den Patriotismus ebenfalls nur äusserlich, innerlich aber den Protestantismus zu hegen« scheine. Das habe ihn auch veranlasst, den S. mit möglichster Behutsamkeit zu traktieren und ihn in ganz beschränktem Vertrauen zu erhalten. Am 31. Oktober schreibt der Fürstbischof, Gemmingen sei abgereist und habe zuvor »unter Wiederholung der verbindlichsten Freundschafts-Aeusserungen »alle seine Anträge recapituliert und dabei einfliessen lassen, wie der König von England »an den königl. preussischen Ausbrüchen wider Chursachsen und Böhmen durchaus keinen Theil nehme, noch solche jemals gutheissen würde«.

Am 1. November trifft der kaiserliche Minister Freiherr v. Widmann in Würzburg ein, um mit dem Bruder des Fürstbischofs, dem kurbayerischen Minister Grafen Seinsheim, über die gegenwärtige Reichsangelegenheit Unterredung zu pflegen. Der Fürstbischof sah der Ankunft Widmanns mit der Hoffnung entgegen, seine Anwesenheit werde der guten Gesinnung der patriotischen Stände »zu gedeihlicher Unterstützung gereichen.« Wie Adam Friedrich dem Bamberger Bischof schreibt, hat er Widmann den Rat gegeben, den Besuch des Ansbachischen Hofes bei der Anwesenheit von Seckendorffs um so weniger zu versäumen, als bei der gegenwärtigen Krisis »von der guten Disposition des Herrn Markgrafen und zugleich von den Seckendorff'schen Verheissungen zu profitieren nöthig« sei. Er macht ferner dem Bischof die Eröffnung, dass Frhr. v. Widmann sowohl an ihn als auch an die anderen mitausschreibenden Fürsten ein kaiserliches Handschreiben mitbringe, daneben auch mit Aufträgen versehen sei, »welche diesen Hof in verschiedenen Dingen zu vergnügen«, mithin desto leichter »in das Geleis einer redlich gesinnten Handlungsart einzuleiten fähig« seien. Und endlich am 5. November gibt Adam Friedrich seinem bischöflichen Nachbar bekannt, die zwischen Widmann und seinem Bruder, dem kurbayerischen Minister, geflogene Unterredung habe »eine bequeme Gelegenheit an die Hand gegeben«, unter Zuziehung seiner eigenen Konferenzräte über die »gegenwärtigen Reichs- und Kreisangelegenheiten« zu beraten, in die »dermaligen Staatsumstände« einen gründlichen Einblick zu gewinnen und »darüber einen Schluss abzufassen, welcher vermögend sein möge, das zu unserem sicheren Heil allein übrige Associationswerk in Gang zu bringen und zuvorderst den mitassociirten churbayerischen ansehnlichen Kreis so viel möglich in die gemein erspriessliche Principia einzuflechten«.

Die Stimmung des Fürstbischofs hat sich, wie man sieht, im Allgemeinen etwas gehoben, seine Angelegenheit mit Ansbach brachte ihm aber auch weiter noch Enttäuschungen und Verdruss. So schrieb er am 12. November an den wieder abgereisten Baron Widmann*), er ersehe aus den Schreiben aus Bamberg und

*) Fasc. 4 No. 75.

Ansbach, dass man vom Hauptzweck im fränkischen Kreis nicht nur noch weit entfernt sei, sondern auch »bei den hin und wieder als eine vermeinte Staatsklugheit regierenden Zaghaftigkeiten dahin kaum gelangen dürfte, wenn sonderheitlich des Herrn Gesandten Negotiation am Ansbachischen Hofe die rechte Würdigung nicht erlangen sollte«, wozu jedoch Frhr. von Seckendorff »alle Hilfe und gute Hoffnung« verspreche. Schon vorher, am 4. und 5. Nov., waren nämlich zu Oberzenn zwischen dem Frhr. von Seckendorff und dem Frhr. von Widmann in einer geheimen Besprechung die Bedingungen aufgestellt worden, unter denen der Markgraf zu Ansbach eine »subsidiäre Convention« mit dem Erzhause Oesterreich einzugehen und hiegegen die mit dem kurbraunschweigischen Hofe errichtete nicht zu erneuern entschlossen sei. Diesen »Seckendorff'schen Projekten«, wie er sie nennt, steht der Fürstbischof mit Misstrauen gegenüber, denn am 15. November schreibt er an Baron Widmann: »sämmtliche diese Begriffe sind mit soviel widersprechenden Dingen, mit weitaussehenden Vorschlägen und Verkünstelungen angefüllt, dass man mit Händen greifen kann, wie der innerliche Religionsgeist und das eigene Interesse die Haupttriebfeder sind, um zwischen dem Wiener und Pariser auch anderen chur- und fürstlichen Höfen ein Misstrauen zu erwecken, dabei aber Schwierigkeiten und Gefahr zu suchen, wo keine sind. Ich misskenne zwar nicht, dass die Umstände des Herrn Markgrafen als eines Fürsten des Hauses Brandenburg ganz besondere Rücksicht und Behutsamkeit erfordern*) und dass man sich die Gewinnung eines solchen Hofes (dessen Beifall in gegenwärtigen Conjunkturen starken Einfluss hat, auch von ausnehmend gutem Erfolge sein kann), wohl etwas namhaftes kosten zu lassen wohlthue; ob aber der kaiserliche Hof auf dieses Haus werde Krieg oder Frieden bauen wollen, dieses lasse ich dahingestellet sein«.

Den Fürstbischof machen also seine Misserfolge bei Ansbach bitter gegen dieses Haus, dessen Gewinnung ihm zwar wertvoll, aber doch nicht unbedingt nötig erscheint. Im Uebrigen ist er »gänzlich persuadiret«, dass die Ankunft der aus den Nieder-

*) Die erwähnte Konvention enthielt nämlich die Bestimmung, dass sie eine blosse Defensiv-Konvention sein solle, wornach die Ansbachischen Subsidien-Völker »nun und nimmermehr gegen das k. Churhaus Preussen und Brandenburg weder offensiv noch defensiv gebraucht« werden dürften. Der Entwurf stammt von der Hand des Markgrafen selbst. Ebenfalls in Fasc. 4 No. 75.

landen heranrückenden kaiserlichen Truppen mit den übrigen Auxiliarvölkern allein schon geeignet sei, »manche Fürsten des Reiches auch gegen ihren Willen und Neigung zur rechten Sprache zu vermögen, ohne dass es nöthig sein wird, deren guten Willen theuer zu erkaufen.« *)

Adam Friedrich dachte hiebei zunächst an Ansbach. Ursprünglich hatte er öfters die Besorgnis geäussert, die aus den österreichischen Niederlanden kommenden, nach Böhmen bestimmten Völker könnten beim Durchzuge seinem Lande Schaden zufügen, doch tat man ihm in Wien den Gefallen und änderte die Marschroute ab, so dass, wie der Fürstbischof später selbst nach Bamberg beruhigend schrieb**), der fränkische Kreis von der Marschroute fast gar nicht, das Ansbachische »nur von der Seite betroffen« würde. Mit dem nur von der Seite betroffen werden scheint es aber eine eigene Bewandtnis zu haben. Offenbar hat Adam Friedrich dem hl. St. Florian die bekannte Bitte unterbreitet, wobei er noch, wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, einen besonderen, nach seiner Meinung natürlich nur guten Zweck verfolgte. Tatsächlich muss das Ansbachische etwas mehr als »von der Seite« betroffen worden sein, denn der Fürstbischof beklagt sich Mitte Dezember in einem Briefe an Baron Widmann, es werde ihm von verschiedenen Seiten, namentlich von Ansbach der Vorwurf gemacht, er hätte dem fränkischen Kreis durch Erwirkung einer Abänderung der Marschroute der niederländischen Völker eine unerträgliche Last zugezogen. Dann fährt der Fürstbischof fort: »Wie nun ich einigen Hass und Widerwillen bei meinen Kreismitständen nicht gerne auf mich ziehen lasse, dem Herrn Gesandten aber am besten bekannt ist, dass an solch' veränderter Generalmarschroute ich nicht nur gar keinen Theil, sondern vielmehr selbst darüber zu klagen Ursache habe, also hoffe ich, derselbe werde bei den übrigen Ständen des Kreises mir deshalb meine Unschuld sprechen.« Dies verspricht auch Baron Widmann, indem er zugleich seinem Bedauern Ausdruck verleiht, dass dem Fürstbischof wegen des »Völker«marsches so unbegründete Vorwürfe gemacht wurden. Er werde keine Ge-

*) Daselbst. Brief an Widmann vom 15. Nov.

**) In seinem letzten Briefe an Bamberg in Fasc. 4 Nr. 73.

legenheit vorüber gehen lassen, um den Fürstbischof »gegen die Zudringlichkeiten der übel denkenden und verläumderischen Gemüther zu vertheidigen«. Ob die Reinwaschung Adam Friedrichs gelungen ist? Ich bezweifle es, hatten doch ohnehin einige seiner Kreismitstände gegen ihn von dem Momente an, wo er sich in Unterhandlungen mit Oesterreich einliess, ein Misstrauen gefasst, das, wie aus meinen Darlegungen hervorgeht, wenigstens in der Angelegenheit des »Völker« marsches nicht ganz unbegründet war. Zum mindesten hatte Adam Friedrich zu dem Verdacht Anlass gegeben, als ob er der Ansicht wäre, man solle gegenüber den Ständen, die Schwierigkeiten machten, mit einem kleinen, aber fühlbaren Druck nachhelfen.

Vorerst änderte sich wieder die Ansicht des Fürstbischofs über die Notwendigkeit der Gewinnung Ansbachs, denn er erklärte am 23. November sein Einverständnis mit dem Vorschlage Widmanns, mit dem Markgrafen wieder da anzufangen, wo Graf Pergen im September aufhörte, und bemerkte des Weiteren: »Indessen muss freilich diese Acquisition erkauft werden, und es darf sich der kaiserliche Hof eine desfallsige Aufopferung von 50 und mehr tausend Gulden nicht gereuen lassen, indem die nutzbaren Folgen leicht zu übersehen sind, welche von dem Attachement eines protestantischen und zugleich brandenburgischen Hauses auf Reichs- und Creystägen in die gemeine Wohlfahrt ihren reichlichsten Einfluss und gedeihlichste Wirkung haben müssen. Ich meines Orts rathe ein für allemal, auf die engste, aber sichere und unrückweichende Verbündniss dieses fürstlichen Hauses alles Erdenkliche anzuwenden.« Doch bald muss Widmann berichten, er habe beim Ansbachischen Ministerium sein Glück versucht, aber nichts »Positives und Vergnügliches«, sondern nur erfahren, dass man mit Bayreuth unterhandelte und s. Zt. eine gemeinschaftliche Erklärung erfolgen würde. Der Bischof dankt unterm 8. Dezember dem Baron Widmann für seine Mitteilungen, die ihm teils Verdruss, teils Spass bereitet hätten. Es habe ihn gefreut, dass der Herr Gesandte »das Innerste dieses Hofes« so unvergleichlich genau zu treffen gewusst und dass sich leicht erkennen lasse, wie Widmann »von der Ansbachischen Seits vermeinten Steinigkeit der Gefoppte nicht sein wolle«. Er nehme nämlich von dem ganzen Hergang so viel

ab, dass dieser Hof eben so genau wie jener zu Bayreuth durch verschiedene Engagements an Preussen gebunden sei, mithin sehe er auch voraus, dass beide Häuser »nicht eher denn bis zur äussersten Extremität« zur echten Sprache werden zu bringen sein. Doch schliesslich kam, allerdings erst im nächsten Frühjahr, dank den Bemühungen Adam Friedrichs die »subsidiarische« Verbindung des Ansbachischen Hofes mit dem Erzhause Oesterreich doch zu stande.

Am 7. Dezember war der Beschluss gefasst worden, die Kreismannschaften zu Fuss und zu Pferd auf das Dreifache zu erhöhen, und am 20. Dezember übernahm der k. k. Feldkriegskommissär Schmidt einstweilen von den Würzburger Subsidientruppen die zum Ausmarsch nach Böhmen bereitstehenden zwei Bataillone. Am 7. Dezember waren die Fahnen für die beiden Regimenter geweiht worden. Der Fürstbischof hatte somit aktiv in den 7jährigen Krieg eingegriffen, ein Schritt, der ihm in der Folge schwere Sorgen und vielen Kummer und seinen Landen zahllose Plackereien und fast unerträgliche Lasten eintrug. Der Verpflichtung zur Abstellung seiner Truppen zum Kreiskontingent bezw. zur Reichsarmee konnte sich Adam Friedrich als Reichsstand nicht entziehen, wohl aber hätte er die Unterhandlungen wegen der Subsidien-Konvention so lange verzögern können, bis die Notwendigkeit, sich an der Aufstellung des Kreiskontingents zu beteiligen und sein eigenes Land gegen die ohnehin in Aussicht stehenden feindlichen Einfälle und Brandschatzungen zu schützen, als triftiger Grund hätte gelten können, um von dem Abschluss einer solchen Konvention ganz Umgang zu nehmen. Von dem Vorwurfe, zum mindesten übereilt gehandelt zu haben, ist Adam Friedrich deshalb nicht ganz freizusprechen, um so weniger, als sein Oheim Fürstbischof Friedrich Carl den Beweis geliefert hatte, dass selbst unter der nachdrücklichsten Berufung auf das alte würzburgisch-böhmische Bündnis das Hochstift nicht gezwungen werden konnte, einen ihm ungelegenen Subsidienvertrag mit dem Erzhause Oesterreich abzuschliessen.

Der Fürstbischof bemühte sich auch im neuen Jahre 1757, dem Erzhause Oesterreich nach besten Kräften dienstbar zu sein. Sein Eifer für die Sache des Kaiserhauses belebte sich noch mehr, seitdem ihn die gegen Brandenburg beschlossene Reichs-

exekution von der Beklemmung befreit hatte, die ihm der Abschluss des Subsidienvertrages bei der Haltung eines Teiles seiner Mitstände verursachen musste. Am 21. April wurde er nach dem Ableben des Grafen Konrad von Stadion auch zum Bischof von Bamberg gewählt, womit sein Machtbereich nicht unwesentlich zunahm. Sein Wiener Freund Reichshofrat v. Borié, dessen ganzes Sinnen und Trachten darauf hinaus ging, den Eifer des Fürstbischofs für das habsburgische Haus und dessen Angelegenheiten anzuspornen und auch nicht einen Moment erkalten zu lassen, versäumte nicht, die Bedeutung dieser Wahl Adam Friedrichs in einer diesem offenbar nicht unerwünschten Weise zu beleuchten; denn Borié gratuliert dem »teutschen Vatterland« und insbesondere dem fränkischen Kreis zu dieser Erhebung des patriotischen Fürsten *) Aber wie immer in der Zukunft, so verband auch diesmal Borié mit dem Komplimente ein Anliegen, und das bestand in nichts Geringerem, als dass er den Fürsten ersuchte, zur Ablenkung des in Böhmen vorrückenden Preussenkönigs die ihm zur Verfügung stehenden Reichstruppen schleunigst nach Sachsen, später, als Friedrich II. bei Prag gesiegt hatte, über Eger nach Prag rücken zu lassen, um dieses zu entsetzen und eine Teilung des feindlichen Heeres herbeizuführen. Natürlich war sich Borié bewusst, welche Zumutung er damit an den Fürstbischof stelle, denn wenn er ihn auch als durch und durch ergebenen Freund Oesterreichs kannte, so hatte er doch keinen Grund, ihm in strategischer Beziehung einen solch' waghalsigen Schritt zuzutrauen. Er hielt es deshalb für notwendig, dem Fürstbischof vorzustellen, dass die Kreise, indem »eine geringe Macht den sächsischen, von Franken aus gelegenen Gegenden sich nähert, dieses aber auf das schleunigste, und in gleicher Weise die übrige Macht sich nachziehet«, dadurch für jetzt keine Gefahr laufen, sich dagegen für die Zukunft decken und »der gemeinen Sache« einen Dienst erweisen, »welchen zu bezeigen künftig nicht mehr möglich ist«. Der Fürstbischof allein sei im stande und von seinem Lande allein hänge es ab, dies »mit der erforderlichen Geschwindigkeit und Standhaftigkeit« zu bewirken. Der Kaiser, schreibt Borié einige Tage später,

*) Fasc. 4 Nr. 80; enthält den weitaus grössten Teil der Briefe Borié's an den Fürstbischof während des 7jährigen Krieges.

rechne dabei vor allen anderen hohen Ständen auf den Fürstbischof, wie dieses ein kaiserliches Handschreiben zum Ausdruck bringen werde, von dessen Ankunft er den Bischof unterrichte, damit er »das Nöthige so geschwinder veranstalte und damit doppelten Ruhm erwerben könne«. Alles aber, fügt Borié bei, kommt auf den geschwinden Vollzug an, damit werden »Ew. hochf. Gnaden sich für immer ein dankbares Andenken stiften«.

Doch selbst die Aussicht auf so viel Ruhm und Ehre gab dem Fürstbischof nicht die Möglichkeit an die Hand, die Kontingente des fränkischen Kreises aus der Erde zu stampfen, er musste geduldig warten, bis sich diese sammelten, so sehr er ja selbst mit der Bereitstellung seines eigenen Kontingents mit gutem Beispiel voranging.*)

Borié dringt deshalb weiter in Adam Friedrich, die Sammlung des Kreiskontingents wie der Reichsarmee zu beschleunigen, er giebt ihm Anweisungen hierzu und ermutigt den Bischof, um seiner »hohen gloire selbsten« willen reiflich darüber nachzudenken, wie das Alles am besten und schnellsten zu bewerkstelligen sei.

Doch die grossen Projekte, in Sachsen und Böhmen einzufallen, verschwanden gar bald, denn es zeigte sich für den Bischof die Notwendigkeit, das eigene Land gegen ein preussisches Streifkorps zu verteidigen, das unter Oberstleutnant Mayer auf Befehl des Königs in Franken einfiel, um die Sammlung der Reichsarmee zu verhindern und dem Fürstbischof für seine rasche und tatkräftige Parteinahme zu Gunsten des Hauses Habsburg eine fühlbare Rüge zu erteilen. Denn über die Vorgänge im Reiche im allgemeinen wie in Franken im besonderen war König Friedrich, wie sich im Laufe des Krieges noch öfters erwies, stets aufs beste unterrichtet, hier durch seine an den Markgrafen von Bayreuth verheiratete kluge und geistreiche Schwester Wilhelmine Sophie Friederike, dort durch seinen Komitialgesandten beim Reichstage zu Regensburg, von Plotho.

Der Einfall der Preussen in die Oberpfalz und die Art, wie sie den Bewohnern ihre Anwesenheit zu fühlen gaben,

*) Von den 5820 Mann Infanterie und 1400 Kavalleristen, die der fränkische Kreis zu stellen hatte, kamen 1262 bezw. 301 Mann auf Würzburg, 609 bezw. 153 Mann auf Bamberg.

liessen im Fürstbischof und in anderen Mitständen den Entschluss reifen, Mayer entgegenzutreten und seinem Vordringen Einhalt zu bieten. Borié ist entzückt von dem Plane des Fürstbischofs, denn er schreibt unterm 29. Mai: »Mit ganz besonderem Vergnügen habe ich die Ehre zu melden, dass jene Entschliessung, welche Ew. Hochf. Gnaden gefasset haben, das die vorliegenden Kreise insultirende und gleichsam der ganzen Reichsverfassung spottende Corpetto in der Oberpfalz vertreiben zu lassen, dahier Ew. Hochf. Gnaden grosse und fürstenmässige Gedenkensart, allen hohen Fürsten des Reiches zur Ehr, kenntbar dargestellt und damit in der That bewähret habe, was ein hoher Fürst des Reiches zum allerhöchsten und des Reiches Dienst am besten vermag, wenn er patriotisch gesinnt und einer schreckbaren Furcht nicht ausgesetzet ist.« Weiter heisst es, der Fürst erwerbe sich dadurch sowohl unsterblichen Ruhm, als ein grosses Verdienst um das Vaterland. »Fahren Ew. Hochf. Gnaden in dieser standhaften und klugen Benehmung fort, und so werden hochdieselbe als ein gemeinsamer Erretter und als der couragsamste Alliirte des hohen Erzhauses den Ruhm behalten«. Bald darauf erging die Ordre von Wien, dass das zweite Würzburgische Subsidienregiment, das zum Unterschied von dem ersten, dem roten, das blaue Regiment genannt wurde, den Truppen des fränkischen Kreises zugewiesen sei und bei der Reichsarmee zu dienen habe. Weiter wurde General Graf Daun angewiesen, zwei Husaren-Regimenter in die Oberpfalz und nach Franken zu detachiren und schleunigst anmarschieren zu lassen, wobei diese Regimenter die ausdrückliche Ordre hatten, dass sie das Mayersche Korps »aufsuchen und zusammenhauen sollen«. In diesen Anordnungen erblickt Borié einen Beweis, und er versäumt nicht, das dem Fürstbischof zu sagen, »wie aufrichtig Ihre Kaiserl. Königl. Majestät es mit ihren hohen Mitständen meinen«. Dem Bischof wird versichert, dass er, falls er in »dero so weisen als patriotischen Benehmung« fortfahre, in Zukunft jeder Unterstützung gewiss sein könne. Dass dies weiter nichts als leere Redensarten waren, obwohl Adam Friedrich laut Subsidien-Konvention in gegebenen Fällen jede Hilfe zu beanspruchen hatte, sollte sich für den Fürstbischof bald genug zeigen.

Adam Friedrich und andere Mitstände betrieben inzwischen

die Aufstellung ihrer Kontingente, die der Bischof als kreisausschreibender Fürst zunächst zur Vertreibung des feindlichen Streifkorps aufgerufen hatte. Das Würzburgische Kontingent, einschliesslich dem blauen Regiment, traf am 5. Juni bei Langenfeld ein; hier schlossen sich ihm die eichstättischen, ansbachischen, hohenlohischen und einige andere Kontingente an. Im Ganzen waren es 3000 Mann unter Führung des Würzburgischen Generalmajors Frhrn. v. Kolb. Borié hatte den Fürstbischof bis zuletzt unablässig angeeifert und ihm vorgestellt, wie »hochnöthig« es sei, das Mayerische Korps zu »zernichten« und durch schleunigste Abforderung der Kontingente von den kleinen Ständen dessen Weitermarsch zu hemmen. Am 9. Juni kam es unweit Vach (zwischen Fürth und Erlangen) zwischen den Kreistruppen und dem Mayerischen Korps zu einem Zusammenstoss, der Mayer zum Rückzuge veranlasste. Dieser war jedoch, dank der Untätigkeit seiner Gegner, die eine sofortige Verfolgung für unnötig hielten, so gemächlich, dass Mayer genügend Zeit fand, auch das bambergische Gebiet noch zu beunruhigen und zu brandschatzen. Trotzdem waren sich alle Beteiligten auf Seite der Gegner Preussens bewusst, einen glänzenden Sieg errungen zu haben; und es konnte ja nicht anders sein, lauteten doch die Berichte aus Wien ganz in diesem Sinne. So schrieb Borié an den Fürstbischof: »Es ist geschehen, was noch keine Zeit erlebt hat, und dessen Erfolg wird Ew. Hochf. Gnaden allein, wie billig, verdanket und man verehrt allerhöchsten Ortes in Ew. Hochf. Gnaden nicht nur Friedericum Carolum*), sondern Alexandrum magnum; wovon Höchstdero Ruhm unsterblich ist.**)

Langsam sammelte sich nun die Reichsarmee, zu deren Oberstkommandierenden der Prinz von Sachsen-Hildburghausen ernannt wurde. Dem Fürstbischof erwuchsen Sorgen durch den in Aussicht stehenden Anmarsch der französischen Truppen, die jetzt zwar Verbündete Oesterreichs waren, deren Ruf jedoch die Zweifel rechtfertigte, ob sie in Freundesland viel rücksichtsvoller aufträten als sie in Feindesland zu tun gewohnt waren. Dem Fürst-

*) Gemeint ist Fürstbischof Friedrich Carl von Schönborn, dem der Beiname »der Grosse« gegeben wurde.

**) In dem Briefe vom 18. Juli.

bischof kam deshalb die vertrauliche Meldung Borié's, dass die würzburgischen Lande von dem Anmarsche der Franzosen verschont blieben, nicht unerwünscht, wenn auch seine Freude durch die weitere Mitteilung, dass dagegen die Reichsarmee notwendigerweise seine bambergischen Lande »treffen« müsse, etwas beeinträchtigt wurde.

Wir wissen, dass sich Fürstbischof Adam Friedrich um die Sache Oesterreichs und des Reiches dadurch ein Verdienst erwarb, dass er den Markgrafen von Ansbach, Schwager des Königs von Preussen, für dieselbe gewann. Sehr ungelegen musste ihm deshalb, besonders aber Wien das im Sommer 1757 erfolgte Ableben des Markgrafen Karl Wilhelm Friedrich kommen.*) Und in der Tat bezeichnet auch Borié in einem Schreiben vom 6. August den zu »Ansbach erfolgten traurigen Fall« als für Franken fatal und »wegen vieler Umstände ganz zur unrechten Zeit eingetreten«; des Fürsten standhaftes Gemüt aber, so hofft Borié, werde deshalb nicht »erzittern«, um so weniger als er vertraulich melden könne, »dass der allerhöchste Hof alle in solchem Fall weiter diensame Rücksicht in reiflichen Betracht nehmet».**) Doch bald beschäftigen den Fürstbischof persönliche d. h. seinem Lande direkt nahegehende Sorgen: bei Rossbach hatte die Reichsarmee am 5. November eine schwere Niederlage erlitten, ihr Rückzug gestaltete sich zur regellosen Flucht. In Meiningen sollte sie sich wieder sammeln, allein viele Teile flohen darüber hinaus; für das blaue Würzburgische Regiment z. B. war die kleine würzburgische Festung Königshofen der Sammelplatz. Da man ein Nachrücken des Feindes fürchtete, so machte Borié den Vorschlag, der Prinz von Hildburghausen solle 1000 Jäger aus seiner Armee nehmen und mit etwas Kavallerie und einigen Kanonen nach der Meininger Strasse ziehen. Der Bischof, seine Kapitularen und der Reichsadel sollten alle ihre Jäger und Schützen dazu schlagen, im Lande selbst aber solle er die gesamten Aus-

*) Der Markgraf starb infolge eines Schlaganfalles am 3. August 1757 zu Gunzenhausen.

** Es trat in der Politik des neuen Markgrafen Alexander eine Aenderung ein; dieser war ein grosser Verehrer seines Oheims Friedrich II., der ihm eine besondere persönliche Zuneigung entgegenbrachte. Das Alles berührte aber den Fürstbischof weniger als den Wiener Hof.

schüsse auf die Grenze rücken und die Pässe besetzen lassen. Borié selbst ist »äusserst betreten« von dem »lauffen der Reichsarmee«. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen glaubte er den Feind aufhalten zu können, wogegen dem Kommandierenden die Idee lächerlich erschien. Den Fürstbischof selbst beunruhigte zu dieser Zeit am meisten die Frage wegen der Winterquartiere. Denn es war, wie Borié selbst zugibt, die »hohe Generalität« der Meinung, die Winterquartiere sollten durch ganz Franken, sogar bis Nürnberg und Rothenburg zurück, genommen werden Dem Bischof gibt Borié den Rat, ungesäumt dem Kaiser »beweglich« vorzustellen, der Kreis werde alles Mögliche tun, damit die Armee die Subsistenz erlange und mit dem Erforderlichen versehen werde, die Winterquartiere aber im fränkischen Kreise zu nehmen gereiche der »gemeinen Sache« zum Schaden, und wenn der Feind die Waldungen und Gebirge okkupiere, so schliesse er die Armee gar ein, »nebstdem dass etwa gar das Theatrum Belli in dasige Lande versetzet werde«. Borié hofft dadurch auch, dass sich die Stände von offener Beschwerde gegen die Verlegung der Winterquartiere nach Franken abhalten lassen. Anfangs Dezember kann Borié dem Fürstbischof mitteilen, dass nun die Winterquartiere so eingerichtet sind, dass Würzburg ganz und Bamberg bis auf das Amt Kronach verschont bleibe, und später betont er nochmals, dem Prinzen von Hildburghausen sei strikte befohlen, den Bischof möglichst zu schonen, worauf er sich »berufen und allenfalls Beschwerde einreichen wolle«. Zum Schlusse des Jahres giebt Borié dem Bischof mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Sache allerlei Ratschläge, wie er sein Land in den Verteidigungszustand setzen könne. Er solle die Landesausschüsse armieren, einexerzieren, Pässe und Wege besetzen, kurzum alle Veranstaltungen treffen, »als wenn der Feind schon da wäre, um durch die Nachricht dessen ihn abzuhalten«. Er wisse, dass das Alles übermässige Kosten mache, »besser aber ist es, alles Silber, wie auch dahier geschehen wird, wegzugeben, Schulden zu machen und ausserordentliche Anlag zu machen, als Land und Leute mit sich selbst in eine auf beeden Seiten drohende Gewalt geworfen zu wissen. Ja ich halte dafür, dass die Herrn Bischöfe in Franken causam communem diesfals machen und sich der andringenden Gefahr er-

wehren sollen. Dieser Casus ist pro subsidio ecclesiastico wahrhaft geeignet, und wenn dieser fortan gegangen wird, so ist genügend Hilfe «. Man habe solche, meint Borié, für jetzt und auf ein Jahr hin nötig, »bis dahin die Wuth des Krieges sich selbst leget, wenn dieser in den Schranken der jeweiligen Lande bleibet und ein Religionskrieg sich nicht entzündet «.

In letzterer Beziehung erwies sich der Wiener Reichshofrat als schlechter Prophet, in Bezug auf den dem Bischofe gegebenen Rat dokumentierte er dagegen eine bewunderungswürdige Voraussicht, denn tatsächlich sah sich Adam Friedrich, wie schon angedeutet, genötigt, nicht nur sein »Silber« wegzugeben, sondern auch Schulden und »ausserordentliche Anlag« zu machen.

Inzwischen beriet der Fürstbischof mit dem Prinzen von Hildburghausen und dem Gesandten von Widmann in Werneck über die Massregeln, die zu treffen seien, um den wahrgenommenen Gebrechen und Mängeln des Reichsheeres abzuhelfen. Hildburghausen wartete den Erfolg der bezüglichen Beschlüsse nicht ab, sondern bat den Kaiser um seine Entlassung, die ihm auch gewährt wurde. Doch ganz glatt ging auch diese Angelegenheit nicht ab, namentlich hatte auch hier der Fürstbischof die Hand im Spiele, und zwar nicht zu Gunsten des Prinzen, obwohl beide, nach den bezüglichen Beteuerungen zu schliessen, früher in Freundschaft mit einander verbunden waren und Adam Friedrich den Prinzen bei der Uebernahme des Oberkommandos herzlich bewillkommt hatte. Das alles geht aus dem Briefwechsel des Fürstbischofs mit Borié hervor, aus dem sich des Weiteren aber auch ergibt, dass der Prinz »alle Mittel und Wege einzuschlagen suchte, um das Commando zu behalten.« Der Fürstbischof aber machte dagegen Einwendungen, er scheint auch in Wien über Eigenmächtigkeiten Hildburghausens geklagt zu haben, wenigstens ergibt sich dies aus den Schreiben Boriés. Andererseits machte auch der Prinz dem Bischof Vorwürfe. In Wien hatte man nun darüber Entscheid zu treffen, ob man das Entlassungsgesuch des Prinzen, wie dieser augenscheinlich selbst wünschte, ablehnen oder es aber annehmen solle, wie der Fürstbischof befürwortete Die Aussichten für den Prinzen waren keine guten, denn am 21. Januar 1758 teilte Borié Adam Friedrich mit, man sei in Wien von des Fürstbischofs »rühmlichster Gesinnung« so über-

zeugt, dass des Prinzen Vorwürfe nicht im stande seien, »dawider einen Eindruck zu machen«, zumal man ihn dort kenne.*) Kurz darauf entscheidet sich die Angelegenheit im Sinne des Fürstbischofs, denn Borié gratuliert am 25. Januar dem »Vatterland«, dass durch des Bischofs »so standhafte Benehmung diesem ein so grosser Vortheil ist erworben und damit zum gemeinsamen Heil der Grund geleget worden.« Zum Nachfolger Hildburghausens im Oberkommando der Reichsarmee ernannte der Kaiser den Pfalzgrafen Friedrich Michael Herzog von Zweibrücken, der jedoch auch gar bald das Missfallen des Fürstbischofs durch einen Verstoss gegen die — Etikette erregte. Davon später.

Borié, der vielleicht ein guter Diplomat, gewiss aber kein hervorragendes militärisches Genie war, belästigte noch fortwährend den Fürstbischof mit militärischen Plänen. Aber auch Adam Friedrich trug sich mit allerlei Projekten, die mehr oder weniger Erfolg verhiessen. So beschäftigte er sich mit dem Plane der Aufstellung einer Freipartei, womit er aber in Wien keinen Beifall fand, da man dort der Meinung war, ein solches Korps sei dem Lande mehr zur Last als zum Nutzen und sich allein zum Vorteil. Der Bischof gab aber den Gedanken nicht gerne auf; erst als ihm Borié versicherte, er habe der »deliberation« darüber im Ministerrate selbst beigewohnt und alles zu Gunsten des Projektes vorgebracht, die darauf erfolgten Gegendemonstrationen seien aber so begründet gewesen, dass er sie selbst habe anerkennen müssen, da liess Adam Friedrich den Plan fallen. Dem Fürstbischof wurde zugleich erwidert, man solle das Geld, das die Errichtung eines Freikorps koste, lieber für ein neues Kavallerie-Regiment anlegen. Ein solches aufzustellen erklärte sich Kurbayern bereit, doch bald geriet die Sache wegen Geldmangels in's Stocken, und nun war es wieder Adam Friedrich, an den man sich von Wien aus mit dem Ansuchen wandte, doch den kurbayerischen Hof, der sich jetzt direkt weigere, »wiederum zurückzubringen.« Eigentümlicher Weise kommt kein Anderer als Borié, aus dem hier doch offenbar die Wiener militärischen Kreise sprechen, anfangs April auf das Freikorps zurück, und zwar indem er dem Fürstbischof rät, sein Husarenkorps auf

*) Alles in Fasc. 4 Nr. 80.

400 Köpfe zu vermehren und ein »Corps von 1200 Mann Freipartei« aufzurichten. Die Kosten müssten durch eine Kopfsteuer von Allen inkl. der Ritterschaft getragen werden, den Vorschuss aber sollte Eichstätt leisten. Schon vorher hatte Borié ein später noch öfters von ihm benutztes Mittel angewendet, um den Fürstbischof zur Befolgung seiner Ratschläge anzueifern: er stellte ihm vor, dass Alles auf diese Campagne ankomme, und dass sie das Wohl oder Wehe Deutschlands entscheiden müsse. In dem Augenblick, als das Unglück über des Bischofs Lande hereinbrach, musste er noch eine ihm von seinem Freunde Borié gereichte bittere Pille kosten; dieser meldete ihm nämlich, dass die fränkischen Infanterie-Regimenter als die »geringst dienstlichen« befunden wurden, dass bei ihnen die Desertion fast allein vorkomme, dass es aber dem Bischof als Direktor des Fränkischen Kreises wohl nicht unmöglich sein werde, diesem Uebel zu steuern. Borié berichtete hier nicht ganz der Wirklichkeit gemäss, denn die Desertion war schon im Jahre 1757 eine ziemlich allgemeine. Andererseits liess aber Adam Friedrich nichts unversucht, um dem Uebel abzuhelfen, aber einen Erfolg hatte er so wenig zu verzeichnen wie andere Kontingentsherren und selbst der König von Preussen.

Der Bischof indess ward nicht müde, auch anderen in Wien einflussreichen Persönlichkeiten neben Borié seine gefährliche Lage darzustellen. So schrieb er unterm 25. April an die Grafen Colloredo und Kaunitz,*) wenn ihm nicht ausgiebige militärische Hilfe werde, so sehe er nicht nur seine völlige Landeszerstörung vor Augen, sondern er besorge auch, es werde der Prinz von Zweibrücken mit seiner Armee das Feld schwerlich halten können. Er erneuere daher seine Bitte »mit den kläglichsten Zurufen sehr inständig dahin und vertraue auf die von Colloredo so vielfältig ertheilte Verheissung ganz zuversichtlich, dieselben werden sich bei Ihro beiderseitigen Kaiserl. Königl. Majestäten zur Gewährung seines inständigen Belangens mit allem ernstlichen Nachdruck verwenden«, damit nicht er mit seinen Hochstiften gleich zu Anfang der »Felderöffnung« der feindlichen Rache Opfer werden müsse und so zu »allem

*) Briefwechsel in Fasc. 6 Nr. 98.

ferneren Dienstgebrauch« untauglich gemacht werde. Er halte die Kaiserl. Königl. Grossmut viel zu hoch in Ehren, als dass er nur den geringsten Zweifel hege, »dass man einen bisher so getreuen, dienstbaren Reichsfürsten in der Noth stecken und sinken lassen« werde. Darin bestehe seine »beständige Gemüthsangelegenheit« und in »solcher Erleichterungshoffnung« beteuere er seine »standhafteste unermüdete Beeiferung für den allerhöchsten Dienst.«

Fürstbischof Adam Friedrich hatte diesmal durch seine dringenden Vorstellungen in Wien soviel erreicht, dass der Höchstkommandierende der Reichsarmee, der überdies den Auftrag hatte, Franken nach Möglichkeit zu schützen, als er am 5. Mai mit der Armee nach Böhmen aufbrach, den General von Rosenfeld mit 2 fränkischen Kreis-Regimentern, württembergischen Dragonern und den Szecseny-Husaren zum Schutze Frankens bei Lichtenfels zurückliess. Das hielt aber den nunmehrigen Obersten von Mayer nicht ab, zum zweitenmale in Franken einzufallen und, unterstützt durch die Vortruppen des Prinzen Heinrich unter Generalleutnant von Driesen, Bamberg einzunehmen, Geld und Gut, Lebensmittel und Geiseln zu erpressen und eine hohe Kontribution zu erheben. Während der Fürstbischof mit Schrecken und Schmerz das neue Unglück über sich hereinbrechen sieht, beeilen sich seine Freunde, ihm Trost zuzusprechen. Borié thut dies anfangs allerdings in einer geradezu cynischen Art, indem er schreibt: »Die feindliche Invasion beklage ich zwar für Jene, welche das Schicksal betrifft, für die gemeine Sache aber ist diese Demarche des Feindes vorträglich.«*) Doch bald schlägt er wieder tiefere Töne an, die ihm ja in beliebigen Variationen zur Verfügung stehen. Er drückt dem Bischof sein »äusserstes« Beileid aus über das Unglück, das über sein Hochstift Bamberg hereingebrochen, und setzt mit komisch anmutendem Erstaunen hinzu: »In der That unbegreiflich ist die Kühnheit des Feindes, dass er einen solchen coup bei der Position gewagt hat, welche die combinirte Armee hat. Und hieraus ist zu urtheilen, dass der Feind eben so geschwind sich zurückziehen werde, als er gekommen ist.« Der Feind aber blieb lange genug in des Fürstbischofs Landen, um diese seine schwere Faust fühlen zu lassen.

*) Brief vom 2. Juni an mehrerwähnter Stelle.

Auch von Baron Widmann erhielt der Bischof ein Beileidsschreiben aus Hanau, in dem es hiess, Jedermann (nämlich von den französischen Offizieren, die W. gesprochen) nehme an des Fürstbischofs Unglück Anteil und rühme seine »besondere Grossmuth und Standhaftigeit« auf alle Art.*) Borié indess kann sich auch diesmal nicht enthalten, dem Bischof mit seinen Ratschlägen beizuspringen; er findet es unbegreiflich, dass man sich in Bamberg auf eine so hohe Kontribution habe verpflichten können, womit eine »glatte Unmöglichkeit« eingegangen worden sei, und rät dem Bischof, den Feind erzwingen zu lassen, was er könne, aber nichts zu bewilligen. Dieser Rat findet beim Bischof Gehör, nicht aber der spätere, der Fürstbischof solle zur Entschädigung für die Bamberger Verluste Schmalkalden besetzen und sich daran »erholen«, was im Landfrieden gegen die Friedensbrecher (Brandenburg) und deren Helfer (Hessen-Kassel) erlaubt sei. Er fügt hinzu, dass Kurmainz und Kurpfalz damit einverstanden seien und ein Gleiches täten. Dass Adam Friedrich diesen Rat nicht befolgen werde, sah Borié jedenfalls voraus. Daneben kann er nicht genug die »grosse und gründliche Einsicht« des Bischofs, seine »kluge Standhaftigkeit« bewundern sowie die traurigen Nachwehen des feindlichen Einfalls »bis in die Seele« wahrhaft bedauern. Er spricht auch davon, dass man in Wien »dermalen bedacht und wirklich in der Berathung« wäre, wie für die Zukunft die nötige und zulängliche Sicherheit Frankens vorzukehren sei.

Dass Adam Friedrich, der bereits erkannt hatte, was die schönen von Wien aus gemachten Versprechungen wert waren, in seiner gegenwärtigen Lage mit recht gemischten Empfindungen auf das mit Oesterreich eingegangene Bündnis sah, wird man leicht begreifen; anders dagegen steht es mit der Frage, ob der Fürstbischof eine sich ihm darbietende Gelegenheit ergriffen haben würde, um mit Preussen eine Verbindung einzugehen.

Thüna**) ist dieser Meinung, ich bin es nicht. Unter den Briefen, die der König von Preussen während des 7jährigen

*) Fasc. 6 Nr. 99.

**) Die Würzburger Hilfstruppen im Dienste Oesterreichs 1756—1763, von L. Frhrn. von Thüna. Würzburg 1893.

Krieges mit seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, wechselte*), befindet sich einer des Prinzen Heinrich, datiert vom 20. Juni 1758, worin folgende Stelle vorkommt: ». . . . . l'évêque de Bamberg me fait assurer sous main, que quoiquil voudrait volontiers accepter la neutralité, qu'il n'en était plus le maître. Il avoue s'être engagé trop avant avec la cour de Vienne.« Thüna meint nun, der Fürstbischof scheine Verbindungen mit dem Oberstkommandierenden in Sachsen, dem Prinzen Heinrich, gesucht zu haben.**) Infolge des Umstandes, dass sich der Bischof nach dem klaren Inhalte des Satzes ausser stande erklärt, jetzt noch eine Neutralität anzustreben, liegt es nahe, aus diesem Satze zu schliessen, dass Prinz Heinrich bei irgend einer Gelegenheit — und die war ja bei den Verhandlungen zwischen Bamberg und dem Prinzen betreffs der Kontribution gegeben — dem Fürstbischof durch einen Mittelsmann unter Hinweis auf seine schlimme Lage nahe legen liess, den Ablauf der bekanntlich nur auf 2 Jahre abgeschlossenen Subsidien-Konvention mit Oesterreich zu benützen, um neutral zu bleiben. Und darauf mag der Bischof, ebenfalls durch mündliche Uebermittelung, wahrscheinlich mit Benützung der gleichen Persönlichkeit, die in dem Briefe an den König niedergelegte Aeusserung als Antwort zurückgegeben haben. Das halte ich nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich. Schon in einem Briefe vom 7. Juni, worin der Prinz dem König mitteilte, dass Driesen in Bamberg mehr Widerstand gefunden, als man hätte erwarten können, war die Bemerkung enthalten: . . . . . »il ne parait pas que l'évêque veuille prendre le parti de la neutralité, sourtout depuis qu'il attend le régiments autrichiens, qui ont été à l'armée de France et qui doivent être aujourd 'hui ou demain à Wurtzburg.« Nachdem diese Truppen inzwischen eingetroffen waren, hatte Adam Friedrich noch weniger Grund, den ihm von Thüna angesonnenen Schritt zu tun. Der Bischof war aber auch trotz seiner Schwächen, die er bisher schon an den Tag gelegt hatte, doch Staatsmann genug, um einzusehen, dass er sich im gegenwärtigen Zeitpunkte durch Annahme einer Neutralitätsstellung — an eine direkte Ver-

*) Bei K. W. von Schöning, der 7jährige Krieg. Teil 1—3. Potsdam 1851|52 S. 213.

**) S. 75.

bindung mit Preussen zu denken halte ich ohnehin für ausgeschlossen — zwischen zwei Stühle setzen und seine Lage keineswegs verbessern würde. Im übrigen darf man wohl annehmen, dass, falls etwas dergleichen im Werke gewesen wäre, Adam Friedrich, ein Mann, der seine Freunde in die innersten Falten seines Herzens blicken liess, auch davon in seinen Briefen Erwähnung getan hätte. Ich finde aber nirgends auch nur die leiseste Andeutung davon. Dass der Fürstbischof die ihm vom Prinzen Heinrich gemachte Zumutung in seinen Briefen ebenfalls unerwähnt lässt, kann um so weniger auffallen, als wir wissen, dass bei den preussischen Einfällen mit der Zweck verfolgt wurde, die davon betroffenen Reichsstände von Oesterreich abzubringen. Adam Friedrich hat der ganzen Sache, wie ich annehme, überhaupt keine Bedeutung beigelegt, denn er erfuhr damit nichts Neues. Ganz anders wäre es gewesen, wenn er die Initiative ergriffen hätte. Uebrigens wurde auch die Subsidien-Konvention zwischen Oesterreich und Würzburg in diesem Jahre erneuert, und zwar ohne dass, wie aus der bezüglichen Korrespondenz zwischen Würzburg und Wien hervorgeht*), der Bischof irgend welche Schwierigkeiten machte.**) Meine Anschauung, dass die oben angeführte Aeusserung des Fürstbischofs nur die Antwort auf eine Anregung des Prinzen Heinrich gewesen, wird meines Erachtens auch noch gestützt durch das spätere Vorgehen des Prinzen, der, offenbar gereizt durch die Halsstarrigkeit des Bischofs, mit welcher er bei seinem Bündnisse mit Oesterreich sowie bei der Verweigerung der Kontribution verblieb, auf das Ansuchen um Freilassung der von Bamberg mitgenommenen Geiseln unterm 19. August erwiderte***), da man seitens Bamberg keine Anstalten mache, die Kontributionsgelder zu bezahlen, so müsse er die Geiseln vorerst nach Magdeburg transportieren lassen (der Prinz befand sich z. Zt. in Dippoldiswalde). Falls die Gelder nicht schleunigst bezahlt würden, so

*) Korrespondenz mit dem Grafen von Haugwitz. Fasc. 7 Nr. 110.

**) Auffallend ist es, dass Scharold in seinem alle Details bei dem Abschluss der Verträge berücksichtigenden Aufsatze von der Erneuerung diese Konvention nichts erwähnt.

***) Mitteilung des Bischofs in einem Schreiben an Graf Colloredo in Fasc. 6 Nr. 98.

hätten sich diese selbst oder ihrem Hofe »alles Dasjenige, so ihnen widerfahren wird«, beizumessen. Die Verweigerung der Bezahlung der Kontributionsgelder allein hätte den Prinzen Heinrich zu dieser Sprache wohl kaum veranlasst.

Der Fürstbischof ist in hohem Grade aufgebracht über diese Ordre des Prinzen, »welche Zorn, Hass und Rachbegierde abgefasst zu haben allerdings aus dem Inhalt erscheint.« Nun besorge er zwar nicht, dass »gegen die Gefangenen eine unanständige Misshandlung werde vorgenommen« werden, nachdem er aber der kaiserlichen Gesinnung gemäss sich in dieses Kontributionsgeschäft keineswegs einzulassen standhaft entschlossen bleibe, so sei leicht erachtlich, welche »ausserordentliche Extreme man feindlicherseits zu wagen beflissen sein werde, um seine Standhaftigkeit auf die Spitze zu setzen.« Für diesen Fall müsse er den kaiserlichen allerhöchsten Schutz »mehrmalen sehr angelegentlich implorieren«. Aus diesen Aeusserungen des Fürstbischofs leite ich für mich sogar die Berechtigung her, direkt die Behauptung aufzustellen, dass Prinz Heinrich im Sommer 1758 dem Bischof die Rückkehr zur Neutralität nahe gelegt hat, dass dieser aber eine abschlägige Antwort gab, die den Prinzen um so mehr verstimmte, als er der Meinung gewesen sein mochte, der Bischof sei durch das Unglück mürbe geworden.

In der Angelegenheit der Bamberger Geiseln bedurfte der Bischof des kaiserlichen Schutzes nicht mehr, denn ihre Auswechselung geschah gegen diejenigen, die der k. k. Oberst von Etvös eben zu diesem Zwecke aus dem Halle'schen mitgeführt hatte. Adam Friedrich ist erfreut über diesen günstigen Ausgang der Angelegenheit, der ihm zuerst durch den Grafen Colloredo aus Wien gemeldet wird. Er hofft jetzt auch, dass ihm durch Colloredo's Vermittelung das Hof- und Kirchensilber, das die Preussen ebenfalls aus Bamberg mitgenommen hatten, unentgeltlich zurückgegeben werde, was aber nicht geschah.

Der Fürstbischof war jetzt wieder in guter Stimmung und voller Eifer für die Sache des Erzhauses, war ihm doch schon vorher aus Wien die Meldung zugegangen, dass das Kriegstheater nunmehr nach der Lausitz und nach Sachsen verlegt war. Der Bischof meint, dadurch erledigten sich seine Besorgnisse

von selbst, es werde im Reich den wohlgesinnten Fürsten und Ständen ein ganz neuer Mut erwachsen, den übelgesinnten aber mehr Ernst gezeigt werden können. Ueberhaupt liessen sich alsdann nicht nur neue Kräfte zur Unterstützung der »gemeinen Sache« sammeln, sondern auch die bisher verstopft gewesenen Quellen dahin mit ausgiebigem Zufluss wenden, endlich aber werde unter Gottes Beistand »in diesen Wegen hoffentlich das Ende der Sache sich dahin entscheidend erklären, womit dem durchlauchtigsten Erzhause und dessen getreuen Bundesgenossen alle Entschädigung und vollkommene Genugthuung von selbst in die Hände fallen müssen«.*) .

Wenn der Fürstbischof hier von Entschädigung spricht, so dachte er wohl zunächst an den bisher erlittenen Schaden und an die Aufwendungen, wofür ihm schon Borié die Begleichung zugesagt hatte, sobald die Spezifikation eingelangt sei. Doch auch in dieser Beziehung sollte Adam Friedrich seitens des Erzhauses Oesterreich seine Enttäuschungen erleben. Zunächst dachte man in Wien noch nicht ans Geben, schrieb doch Graf Colloredo an Baron von Widmann, die Reichsoperationskasse sei von allem Vorrate entblösst, es gebreche aller Orten an Geld, und wenn nicht bald auf die eine oder andere Art Rat geschaffen werde, so sei nicht abzusehen, wie die Reichsarmee länger werde bestehen können. Man solle den fränkischen Klerus veranlassen, seine Decimal-Gelder abzuführen, damit man einmal zum »werkthägigen Genuss« derselben gelange. Und Baron Widmann schrieb im November an den Bischof**), man möge dafür sorgen, dass die Decimae allseits noch dieses Jahr wirklich abgeführt würden und so den Säumigen der Anlass genommen werde, die diesjährigen Decimas mit den nächstjährigen zu vermengen. Diese Decimae sollen dieses Jahr »lediglich zur Defension« verwendet werden. Adam Friedrich selbst hatte sich schon anfangs dieses Jahres veranlasst gesehen, sich in einem Aufrufe an seine Untertanen zu wenden***), worin er ihnen darlegte, dass zum Ersatze der beim letzten Feldzuge zu Grunde gegangenen Leute und Pferde, zur Wiederanschaffung verlorener und verdorbener Kriegs-

*) Brief an den Grafen Kaunitz vom 29. August. Daselbst.

**) In Fasc. 6 Nr. 99.

***) Miscelle. 4122.

gerätschaften, wie zur Bestreitung der zur Reichs-Operationskasse zu leistenden Summen ein Betrag von 100,000 Thalern nötig sei, von denen die Hälfte von den Untertanen »mit alleiniger Erhöhung einer halben Schätzung«, die andere Hälfte durch Aufnahme eines Kapitals »gegen leidentliche Verzinsung« aufgebracht werden soll.

Beim Herannahen der Zeit, wo die Winterquartiere bezogen werden, beschäftigt den Fürstbischof wiederum die Sorge, es könnten die fränkischen Lande von dieser Last betroffen werden. Er schrieb deshalb schon Anfangs Oktober nach Wien und gab Ratschläge hinsichtlich der Anlage der Winterquartiere, die vermutlich »nach den allgemeinen Regula einer ächten Kriegskunst gemäss« angelegt würden.*) Er erwartet dies um so sicherer, als »die Verlegenheit und Schwierigkeit der Gemüther, welche unter mancherlei Reichsständen ohnehin schon zu viel regieren, durch eine andere als vorerwähnte Bestellung ganz ein neuer Zunder zu Missvergnügen und zu solchem Aufbrant fassen würde, welche so leicht nicht zu löschen sein dürfte.« Auch Borié suchte es durchzusetzen, dass die Winterquartiere nach Sachsen verlegt würden, allein es gelang ihm nicht; dagegen wurde die Einquartierungslast der Hochstifte Würzburg und Bamberg nach Möglichkeit erleichtert, woran man in Wien selbst das grösste Interesse hatte, da man sich wohl bewusst war, den fränkischen Kreis noch öfters mit Anforderungen aller Art in Anspruch nehmen zu müssen.

König Friedrichs Niederlage bei Hochkirch hatte Adam Friedrichs Eifer für das Haus Habsburg noch weiter belebt; schrieb er doch an die Grafen Colloredo und Kaunitz am 21. Oktober: »Der herrliche Sieg kann wohl nichts anders, als grosse Freude und Frohlocken in aller Wohlgesinnten Gemüthern wecken, nachdem der Allerhöchste diese von oben gesegnete Niederlage mit solchen Umständen begleitet hat, welche den Stolz eines so fürchterlichen Feindes auf lange Zeit heruntersetzen müssen und die günstigsten Folgen vermuthen lassen, wornach derselbe dermaleinst werde gedemüthiget werden.« Dazu kam dann am Schlusse des Jahres die »angenehme Nachricht« aus Wien, dass

*) Brief an Colloredo und Kaunitz vom 8. Oktober in Fasc. 6 Nr. 98.

für die Sicherheit des Reiches nunmehr »vollkommentlich gesorget« sei. So glaubte der Fürstbischof wieder besseren Zeiten entgegensehen zu dürfen.

Einer jedoch war mit dem Stande der Dinge nicht zufrieden: der Oberstkommandierende der Reichsarmee, der Prinz von Zweibrücken. Im Dezember reiste er nach Wien mit dem Entschlusse, das Kommando über die Reichsarmee, das ihm von dort aus verleidet worden war, niederzulegen, doch kam es jetzt noch nicht dazu. Auch der Fürstbischof war, wie schon angedeutet, mit dem Pfalzgrafen nicht recht zufrieden, glaubte er sich doch von diesem in seiner Würde gekränkt. So beklagt er sich gegenüber Baron Widmann im Mai, also zu einer Zeit, wo ihn die Sorgen um sein bedrohtes Land schwer genug bedrückten, der Pfalzgraf Friedrich von Zweibrücken pflege in seiner Korrespondenz an ihn die Beifügung »Diener« bald zu gebrauchen, bald wegzulassen. Er, der Bischof, habe sich gefragt, ob nicht etwa der Pfalzgraf von ihm selbst diese Unterschrift erwarte, da er vielleicht von den brandenburgischen Häusern das Nämliche erfahre. Für diesen Fall möge er jedoch bemerken, dass die Bischöfe von Bamberg und Würzburg keinen Anderen als Kaisern und Königen den »Diener« zu geben pflegen, ihn aber schon von vielen regierenden Häusern empfangen und ohne Rückgabe zu gewärtigen haben.*) Man sieht daraus, das Adam Friedrich im Punkte der Etikette keinen allzu liberalen Anwandlungen unterworfen war.

Die kriegerischen Operationen des Jahres 1759 waren für die Waffen Maria Theresia's und ihrer Verbündeten sehr günstig; nur der Fürstbischof hätte auch diesmal vollwichtigen Grund gehabt, über sein Schicksal zu klagen, das ihn an die Seite des Hauses Habsburg in diesem Kriege geführt hatte. Während die Franzosen, die Russen und die Oesterreicher glückliche Waffentaten zu verzeichnen hatten, musste er mehr als je für die »gemeine Sache« bluten, ohne auch nur den Schein eines Ruhmes oder einer Genugtuung dafür zu haben. Wie in den vorhergegangenen Jahren, so machte Prinz Heinrich auch in diesem Frühjahre wieder Einfälle in Böhmen und Franken, um den Aufmarsch

*) Brief vom 20. Mai in Fasc. 6 Nr. 99.

der Reichs- und kaiserlichen Heere zu unterbrechen, feindliche Magazine zu zerstören, Geld und Leute, deren der König von Preussen notwendig bedurfte, zu erpressen. Die österreichischen und Reichstruppen hielten sich dieses Mal gerade auf freundlichem Boden schlechter als je, überall wichen sie vor den Preussen zurück, so dass es diesen in kurzer Zeit gelang, das ganze Maingebiet bis nach Würzburg hin heimzusuchen und gründlich auszuplündern. Das grosse Magazin in Bamberg, zu dessen Füllung des Bischofs Lande besonders beitragen mussten, wurde ebenfalls eine Beute des Feindes, ja Adam Friedrich selbst war in Gefahr, in dessen Hände zu fallen. Bei diesem Unglück stellte sich Freund Borié sofort als Tröster und Uebermittler des Beileids des Wiener Hofes, weniger als Helfer ein. Er teilte dem Bischof unterm 7. April mit*), die »grosse Kaiserin« sei untröstlich über das des Bischofs Landen zugegangene Ungemach, man habe die dringendste Ordre erlassen, »mit allem Ernste zu helfen.« Borié verspricht, damit es mehr Eindruck beim Bischof mache, dass zur Erleichterung der Lasten des fränkischen Kreises Alles geschehen werde. Aber der Fürstbischof hat bereits begonnen, an dem Werte der Wiener Versprechungen zu zweifeln; das beweist u. a. ein Leidensbrief, den er zu dieser Zeit an den kaiserlichen Minister Baron Widmann richtete;**) darin heisst es: »dass Ew. Exzellenz bei den gegenwärtigen betrübten Kriegsrevolutionen, welche mich und meine Lande auf das Empfindlichste drücken, eine so stille Verschwiegenheit halten, schreibe ich der Gleichgiltigkeit keineswegs zu (W. hatte sein Schweigen mit Geschäftsüberhäufung entschuldigt), dass ich aber selbst mein Leidwesen bisher nicht geklaget, dieses wollen Ew. Exzellenz derjenigen Bescheidenheit allein beimessen, mit welcher ich jederzeit bis zur äussersten Noth den kaiserlichen Hof mit Klageliedern zu verschonen pflege. Vor einem Monat habe ich bei Gelegenheit des feindlichen Einfalls in Thüringen mittels Absendung eines eigenen Couriers die damalige Gefahr sehr lebhaft vorgestellet und was eben jetzt vor unseren Augen geschieht, ganz natürlich vorhergesaget, man hat es damals für eine ungegründete Furcht angesehen und mit den bündigsten Ausdrückungen die mehrmalige Zusage einer

*) Ebenfalls in Fasc. 4 Nr. 80.

**) Fasc. 8 Nr. 120.

gewähren wollenden vollkommenen Sicherheit und standhaften Schutzes wiederholt; da ich aber allen diesen theueren Verheissungen zuwider die feindlichen Truppen dennoch wirklich in meinen Landen habe, deren Wuth meine armen Unterthanen ohne Erbarmniss ausgesetzet sind, denen auch alles Vermögen dortiger Landschaft sammt meinen Camerer-Gütern und Gefällen zum Raub dienen muss, also zwar dass anstatt der erwarteten Hilfe ich zwar durch die Bestärkung des rechten Flügels die dortigen Lande genugsam bedecket, die meinigen aber völlig entblösst sehe, da auch von Seiten der Franzosen auf meine dahin gemachten Vorstellungen keine ernstliche Vorkehr sogleich zu erhoffen stehet, vielmehr aus allen Umständen wahrzunehmen ist, dass diese mit der ihnen hiedurch zugewachsenen Ruhe in Postirungen gar wohl vergnüget sind, so ist nun freilich meine bisher getragene Geduld und stille Leidenschaft auch am Ende, dass ich nun die Stimme mehr als je erheben muss, indem ich für alle meine Sorgfalt, Unruhe und vielfältige Aufopferung keine wirksame Vergeltung spüre, wenn nicht von Seite Böhmens her jene dem linken Flügel so oft versprochene Verstärkung in Bälde hinzueilet, oder anderwärts solche wirksame Operationen vorausgemacht werden, welche den hierorts befindlichen Feind zur Retraite zu bewegen vermögend sind.«

Hält sich der Fürstbischof in den Korrespondenzen mit seinen österreichischen Freunden insofern noch in gewissen Schranken, als seine Klagen mehr seine eigene Lage betreffen, so lernen wir ihn bei einer anderen Gelegenheit aber auch als scharfen Kritiker an den militärischen Massnahmen der kaiserlichen und Reichsgenerale kennen. In der Korrespondenz mit seinem geistlichen Nachbar, dem Kurfürsten von Mainz, des Reiches Erzkanzler,*) stossen wir auf Briefe des Fürstbischofs Adam Friedrich, in denen er allerdings ebenfalls seine Klagelieder voll ertönen lässt, aber auch recht deutlich auf die Personen und Umstände hinweist, die an seinem und seiner Lande Unglück schuld sind. So klagt er Kurmainz gegenüber über die »dermalige Vertheilung der Reichsarmatur«; man bemerke dabei »so mancherlei Unordnungen und unter gewissen

*) Fasc. 7 Nr. 113. Brief vom 21. April.

Personen soviel Neid, Hass und Eifersucht, auch öfters grossen Mangel des guten Willens, dass man des ausserordentlichen Aufwandes für ein solches verwirrtes und unwirksames Kriegswesen fast überdrüssig werden sollte. Gegen Ew. Liebden als einen der guten Sache geneigten und des Vatterlandes Wohl beherzigenden treuen Churfürsten des Reichs dürfen wir uns hierunter in mehr vertrauter Aufrichtigkeit eröffnen, und ersuchen demnach Hochdieselbe ganz angelegentlich, mit dero grossmögender Vorstellung am kaiserlichen Hofe es in die Wege leiten zu helfen, dass solche ernsthafte Massnahmen ergriffen werden, welche den noch wenig übrigen Reichslanden eine standhafte Sicherheit und Beschützung zu gewähren im Stande sein möchten.«

Der Fürstbischof zeigte sein politisches und staatsmännisches Geschick, indem er sich namentlich des vielvermögenden und einflussreichen Erzkanzlers in seinen vielfachen Nöten als Vermittlers in Wien bediente; auch Kurtrier und Kurköln wusste er für seine Angelegenheiten, die fast immer trauriger oder doch wenigstens peinlicher Natur waren, zu interessieren. Geholfen hat ihm auch dieses, wie man sagen muss, von ihm recht geschickt und umsichtig gebrauchte Mittel nicht viel, denn auch seine Fürsprecher vermochten es nicht, bei den derzeitigen zerrütteten Verhältnissen dem Fürstbischof eine tatkräftige Hilfe zu erwirken. Sie hatten den guten Willen, aber auch sie, die zum Teil in ähnlicher Lage wie Adam Friedrich waren, konnten ihm bloss Tröstungen und Versprechungen vermitteln, und die hatte Adam Friedrich ja selbst in Fülle aus erster Hand.

Bald erhalten die Klagen des Fürstbischofs gegenüber Mainz, mit dem er ursprünglich wegen des Einfalls der hannöverischen und hessischen Völker ins dortige, sowie ins würzburgische und bambergische Gebiet in einen Briefwechsel getreten war, einen fatalistischen Zug; unterm 6. Mai schreibt er nämlich: »Bei diesen gegen einander stehenden Zweifeln, wie und wo das Wetter seinen Ausschlag nehmen möchte, muss man der göttlichen Vorsehung den glücklichen oder unglücklichen Entscheid der Sache lediglich überlassen, und da schon einmal die Gnade des Allerhöchsten mit wunderbarer Fürsorge über Ew. Lbd. und unserem Lande ganz väterlich gewachet hat, so wollen wir auch in dem

auf die Hilfe des Herrn der Heerschaaren ganz zuversichtlich gesetzten Vertrauen die fernere Hoffnung auf unsere allerseitige Conservation auf dessen allein mächtigen Beistand gründen, welcher uns zwar in der Furcht zu halten, aber zum Spott unserer Feinde noch zur Zeit nicht bestimmt zu haben scheinet.«

Und der Fürstbischof hatte wahrhaftig Grund, sich einzig und allein auf die Hilfe einer höheren Macht zu verlassen, denn von einer irdischen hatte er keine zu erhoffen. Das zeigten die nächsten Begebenheiten. In seinen Landen ging es drunter und drüber. Der Bischof, der sich im Frühjahre in Bamberg aufhielt, sah sich durch die Annäherung des Feindes gezwungen, diese offene Stadt zu verlassen, er wollte sich nach der Veste Würzburg zurückbegeben. Da aber die Strassen dahin unsicher waren, so ging er nach dem ebenfalls befestigten Forchheim. Aber auch hier fühlte er sich nicht sicher genug, da der Feind von Kulmbach her schon sehr nahe bis zur Festung streifte. Nun fasste, wie aus einer Korrespondenz zwischen Adam Friedrich und seinem Würzburgischen Kammerpräsidenten Freiherrn v. Wolffskeel vom 12. Mai*) ersichtlich ist, der Bischof den Entschluss, nach Regensburg zu reisen, »allwo er seinen Ländern in der Nähe sei und bei entfernter Gefahr mit um so weniger Kosten« zurückkehren könne. Der Bischof meldet nach Würzburg, man solle ihm zur Bestreitung der nötigen Reise- und Unterhaltungskosten eine Summe von 40—50,000 fl. teils in baarem Gelde, teils in »zahlbaren Wechselbriefen« ohne Aufschub überschicken, daneben einen geschickten und tüchtigen Kammer-Offizianten. Zugleich ersucht Adam Friedrich um Verschwiegenheit und um unauffälligen Vollzug seines Auftrags; das Reskript solle der Kammer nicht eher vorgelegt werden, als bis es »ohne Aufsehen und weitere Gemüths-Störung« geschehen könne. Noch am gleichen Tage aber machte der Fürstbischof den Auftrag rückgängig, da sich die Gefahr verzogen hatte. Der Bischof kehrte nunmehr nach Würzburg zurück. Auf dem Wege erfuhr er, dass die Veste Königshofen (allerdings erfolglos) von den sie belagernden Hessen und Hannoveranern zur Uebergabe innerhalb 2 mal 24 Stunden aufgefordert wurde, ausserdem hatte er das zweifelhafte Vergnügen,

*) Hoheits Sache 8/162.

die ganze kombinierte Reichsarmee »mit vollen Schritten« auf dem Rückzuge dahermarschieren zu sehen. Bamberg war dadurch völlig entblösst; die Reichsarmee hoffte bei Würzburg festen Fuss fassen zu können. In Würzburg angelangt, erhielt der Fürstbischof die schlimme Botschaft, dass die preussischen Truppen Bamberg besetzt und nach Vertreibung des dort zurückgebliebenen kaiserlichen Detachements sich der Ueberreste der Magazine bemächtigt hatten, die Reichsarmee sich aber bis nach Neustadt zurückzuziehen im Begriffe war. Der Bischof war schwer betroffen von all dem Ungemach, aber trotzdem konnte er nicht umhin, über die Preussen seine Bewunderung auszudrücken. Am 16. Mai schrieb er an den Fürstbischof von Mainz:*) »So hart und weh auch immer unseren nunmehr in Feindes Gewalt stehenden Landen geschehen mag, wir bewundern jedoch dabei, wie es immer möglich sei, dass des Prinzen Heinrich von Preussen niemals sehr stark angegebenes Kriegsheer so gar tief in Franken einbrechen und ohne die an der böhmischen und sächsischen Grenze stehenden kaiserlichen Truppen zu apprehendiren, sich soweit wagen könne, von wannen dasselbe dem König im Falle der Noth einigen Beistand zu leisten schwerlich im Stande sein dürfte.« Doch auch in Würzburg konnte der Fürstbischof wegen der Annäherung des Feindes, der sogar Anstalten zur Belagerung der Stadt machte, nicht bleiben, er begab sich am 17. Mai in das Oberamt Jaxtberg. Von dort kehrte er Fnde des Monats wieder nach Würzburg zurück, um, wie er an Kurmainz schrieb, den »der äussersten Armuth und Elende unterliegenden Land und Leute wenigstens von der Nähe Hilfe und Beistand« leisten zu können.

Unter den gegenwärtigen Umständen fiel es Borié natürlich nicht leicht, den Fürstbischof zu trösten, allein trotzdem machte er immer wieder den Versuch, er war in salbungsvollen Trostesworten und überschwänglichen Lobpreisungen Adam Friedrich's unerschöpflich. »Gott hat verliehen« schrieb er zur Zeit, als die Preussen die Lande des Fürstbischofs brandschatzten,**) »dass das Erzhaus Oesterreich wieder zu einer formidablen Armee gelanget; Gott hat verliehen, dass dessen Allianz fester als jemahlen ist;

*) Ebenfalls in Fasc. 7 Nr. 113.

**) Brief vom 10. Mai in Fasc. 4 Nr. 80.

Gott hat verliehen, dass alle Armeen nun zu allen Seiten operiren; Gott hat ferner verliehen, dass der erste coup des Feindes per signum quasi visibile*) zernichtet worden; also schliesse ich sicher auf die Folge.« Borié spricht davon, dass in England die preussische Partei in der Abnahme begriffen ist, dass das »Ungewitter« in Italien vorüber und dass die Alliirten Preussens unter dessen Drucke seufzen. Unter solchen Umständen könne »bei einem unglücklichen Vorfall,« der stets eintreten könne, alles auf einmal zusammenfallen. Da sich die Sache des Bischofs nicht bessert, so versichert ihm Borié, er erkenne an, wie schwer ihn das Unglück betroffen, nachdem er doch Alles für die »gemeine Sache« getan habe. Wenn ein allgemeines Beileid helfen könnte, so wäre dem Bischof schon alle Hilfe zugegangen, denn der Hof und die ganze Stadt (Wien) beklage den Bischof ungemein. Dass man aber auch werktätig helfen wolle, dass werde er aus einem kaiserlichen Handschreiben erkennen, worin den Untertanen des Fürstbischofs »aus eigener Bewegung der Kaiserin« eine »Aushilfe« von 20,000 fl. bewilligt wird. Die Summe sei ja nicht beträchtlich, aber unter den jetzigen Umständen viel, nachdem der Mangel an Geld immer grösser werde. Borié schreibt dem Bischof weiter, die Zusicherung der künftigen Verteilung der Kontributionsgelder an die bedrängten Länder sei ernst gemeint. Und von Frankreich suche man die Deklaration zu erlangen, dass, wenn in den Landen des Fürstbischofs gebrannt und geplündert werde, das Doppelte in den preussischen Landen und denen der Alliirten geschehen werde,**) »Anlangend die Hilfe für das Künftige«, so glaube man in Wien, dass diese für Franken nicht ausgiebiger geschaffen werden könnte, als indem man die k. k. Truppen nach Böhmen ziehe, um den Feind in Sachsen zu halten und ihn so zu hindern, die grossen Operationen mit der russischen Armee zu stören. Es werde damit der leidige Kriegsschauplatz aus Franken gezogen und zugleich die Hauptoperation sichergestellt, auf die ohnehin alles ankomme.

Hier zeigt sich so recht deutlich, was von Wien aus dem Fürstbischof alles zugemutet wurde; man wollte ihm jetzt gar den Glauben beibringen, Franken werde am besten geschützt, wenn

*) Gemeint ist der Sieg der Franzosen bei Bergen unweit Frankfurt a. M.

**) Brief vom 9. Juni.

man es von Truppen entblösse. Aber es sollte noch besser kommen. Der Bischof bewies als Kreisdirektor in der Verpflegung der Kreistruppen dem kaiserlichen Hofe das grösste Entgegenkommen, wodurch er sich, wie er Widmann selbst zugesteht, bei Fürsten und Ständen einen »unendlichen Hass und Misstrauen« zuzog wegen seines Eifers für Oesterreich und dessen »beständiger Nutzensbeförderung«, wiewohl zu seiner »meistentheils eigener Last und Schaden.«*) Kurz darauf schickt der Bischof seinen Obermarschall Frhrn. v. Rotenhan ins Hauptquartier, um dort die »Nothwendigkeit einer geschwinden und ausgiebigen Hilfe darzulegen.« Und wie hilft man ihm? Man verlangt von ihm, dass er alle in seiner Veste Forchheim entbehrliche Munition bereit hält, damit sie jederzeit abgeholt werden kann. Der Bischof hat dem Ansuchen willfahren, bemerkt aber in seinem Schreiben an Baron Widmann,**) es liefen inzwischen wieder Nachrichten um von einem bevorstehenden feindlichen Ueberfall, er zweifle daher nicht, dass der Minister Bedacht darauf nehme, dass, da die Festung Forchheim auf sein Verlangen von Munition entblösst werde, man im Notfall sie wieder zur rechten Zeit damit versehe, denn es sei für ihn »sehr betrüblich und untröstlich«, wenn er für alle seine Bemühungen »wegen Ausführung des sogen. Hauptabsehens« das unglückliche Opfer werden müsste. Widmann tröstet den Bischof und versichert ihm, der kaiserliche Hof werde niemals zugeben, dass des Bischofs Lande das Opfer des gegenwärtigen Krieges werden, vielmehr habe man alle Ursache, auf deren Sicherheit und Bedeckung ein wachsames Auge zu haben und mit Anwendung der äussersten Kräfte darauf bedacht zu sein, »dass die guten Gesinnungen eines so patriotischen Fürsten mit ungestörter Ruhe belohnt werden.« Der kommandierende Pfalzgraf von Zweibrücken wende deswegen nichts dagegen ein, wenn man zur Verteidigung der Festungen nötigenfalls eine französische Garnison hineinlegen wolle.

Fürstbischof Adam Friedrich hatte, wie ich dargelegt habe, dem Kurfürsten von Mainz »in mehr vertrauter Aufrichtigkeit« sein Herz ausgeschüttet und gemeint, dass man unter den obwaltenden Umständen des ausserordentlichen Aufwandes für ein

*) Brief vom 6. August in Fasc. 8 Nr. 120.

**) Vom 30. August an der gleichen Stelle.

solch »verwirrtes und unwirksames Kriegswesen« fast überdrüssig werden könnte; der Fürstbischof hatte sich durch seinen eingestandenermassen dem eigenen Lande meistenteils zur Last und zum Schaden gereichenden Eifer für Oesterreich und dessen beständige »Nutzensbeförderung« den Hass und das Misstrauen bei Fürsten und Ständen zugezogen; Adam Friedrich liess zu, dass in Zeiten grösster Unsicherheit und fortwährend drohender Gefahren seine Festung Forchheim von Munition entblösst wurde. Wir haben gesehen, dass auf den Fürstbischof von Wien aus in einer die Grenzen des Zulässigen unter Freunden überschreitenden Weise eingewirkt wurde und dass auf der anderen Seite der Bischof wieder in seinen Korrespondenzen mit Wien die Lage seines Landes und seiner Untertanen in den düstersten Farben schilderte, dass er geradezu fusställig um Hilfe bat, so oft der Feind in seinen Landen hauste — und das war nun schon das dritte Mal, — und dass er eben so oft die schönsten Versprechungen erhielt, die aber nie eingelöst wurden. Alle diese Erwägungen zwingen mich zu der Frage: War es allein die dem Fürstbischof innenwohnende Hinneigung zum Erzhause Oesterreich, die ihn zu diesen übermässigen, ja in gewissem Sinne unverantwortlichen Aufwendungen veranlasste und ihn bewog, Land und Volk den schwersten Plagen und Schädigungen auszusetzen? Oder hatte der Bischof eine so ideale Auffassung von der Bündnistreue, dass er glaubte, den letzten Mann und Groschen, den letzten Scheffel Getreide und das letzte Heubündel für seine Alliirten hingeben zu müssen, obwohl diese nicht die geringsten Anstalten machten, die schuldige Gegenleistung zu vollziehen? Wären das allein die Motive der bisherigen Handlungen des Fürstbischofs Adam Friedrich, so müsste er das Urteil der Nachwelt auf sich nehmen, ein unweltläufiger Phantast oder ein das Wohl seines Volkes um der schönen Worte Höherer willen ausser Acht lassender Fürst gewesen zu sein. Das Erste war Adam Friedrich sicher nicht, das Zweite nur teilweise. Wir nehmen an seinem Charakter nicht diejenige Festigkeit wahr, die der im Bündnisse mit einem so erfahrenen und verschlagenen Politiker wie Graf Kaunitz stehende Fürst besitzen musste, um nicht auf Schritt und Tritt von diesem und seinen stets gefügigen Werkzeugen missbraucht zu werden: der Bischof besass offenbar dem

Wiener Hofe und seinen dortigen Freunden gegenüber eine viel grössere Dosis von Unterwürfigkeit und Vertrauensseligkeit, als am Platze gewesen wäre, er war auch nicht frei von Eitelkeit, was bewies, dass er die Schmeicheleien und übertriebenen Lobreden derselben Persönlichkeiten als etwas ihm Gebührendes und mit voller Aufrichtigkeit Gegebenes hinnahm. Aber Adam Friedrich war trotzdem auch wieder klug und berechnend, und wir dürfen ihm die Ehrlichkeit zutrauen, dass er die grossen Opfer in den bis jetzt verflossenen Jahren des 7jährigen Krieges doch auch wieder in der Hoffnung nicht nur auf volle Schadloshaltung, sondern sogar auf einen angemessenen Dank des Hauses Habsburg gebracht hat. Dass der Fürstbischof dieses Glaubens war, dafür werde ich später den Beweis liefern.

Wir haben gesehen, dass man dem Fürstbischof mit der Aufnahme französischer Garnisonen in seine Festungen einen Ersatz für die so dringend verlangte wirkliche Hilfe bieten zu können glaubte. Das Anerbieten dieser merkwürdigen Entschädigung war aber auch Adam Friedrich zu stark, denn er antwortete Baron Widmann,*) es müsse ihm aller Mut sinken, wenn man zur Vergeltung seiner vielfältig angerühmten Verdienste ihm mittels Zulassung einer französischen Besatzung eine grosse Wohltat zu erweisen vermeine und wenn man ihn, anstatt dass ihm der zu seiner Sicherheit verheissene starke Beistand gewährt werde, an die Hilfe der »von einer Stelle zur anderen fast täglich zurückweichenden Franzosen« verweise. Der Bischof erkennt an, dass er sich mit dem trostreichen Zuspruch des Ministers, mit der Anerkennung seiner Verdienste und mit dem Versprechen gegenwärtigen und zukünftigen Schutzes zufrieden geben könnte, wenn es »dermalen nur auf blosse Zusagen ankäme und gegenwärtig nicht eine wesentlich wirksame Hilfe erfordert würde.« Und das veranlasst denn auch den Bischof, sich diesmal dem Minister gegenüber »deutlich« auszudrücken; er stellt ihm vor, wie er mit innerlicher Wehmut wahrnehme, dass, so oft er der kaiserlichen Hilfe benötige, er solche ungeachtet der ihm so oft und feierlich erteilten allerhöchsten Zusage

*) Brief vom 12. Sept. in Fasc. 8 Nr. 120.

fast jederzeit mit grosser Mühe und dem Aufwand vieler Kosten unter Bitten und Betteln beschaffen müsse, während er »seinesorts den allerhöchsen Dienst und gemeinen Nutzen mit seinem eigenen Schaden auf jeden Wink zu beeifern bei jeder Gelegenheit sich in vollem Lauf befinde.« Und während er zum Schutze Böhmens zwei ansehnliche Regimenter hergegeben und zur Eroberung der kursächsischen Lande sein namhaftes Kontingent mit schweren Kosten zur Verfügung gestellt, sehe er sich nun, wo er selbst der Hilfe dringend bedürfe, von allen Seiten verlassen und mit »Vertröstungen ohne Wesenheit« abgespeist.

Der Bischof ist sich der wenig würdigen Rolle, die ihm seine Wiener und sonstigen Freunde zuschieben und die er mit geradezu serviler Bereitwilligkeit bisher gespielt hat, wohl bewusst, er ironisirt sich gewissermassen selbst. Er fährt fort, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte benötige er der Hilfe bezw. des Trostes und Rates, welch' letztere er von Widmann stets erhalten habe, am meisten. Während ihm nämlich bisher nur von einer Seite die Gefahr gedroht habe, sehe er nach dem neulichen Verluste Leipzigs eine noch trübere Wolke von der anderen Seite aufziehen, welche ganz geeignet sei, den Fall wieder eintreten zu lassen, der im vergangenen Frühjahr die feindlichen Operationen gegen Franken so sehr begünstigt habe. Er begreife dabei gar wohl, dass er von dem deutschen Kriegsheere keine Hilfe zu erwarten, wohl aber zu besorgen habe, dass dieses gar von Franken abgeschnitten würde, und dass unter solchen Umständen die französische Hilfsarmee länger Stand halten sollte, das könne man weniger als je vermuten. Damit sei aber seine Situation die »allerbetrübteste« d. h. eine derartige, dass man ihm das Wehklagen nicht leicht verdenken könne. Schon aber hat der Fürstbischof das Gefühl, als habe er sich zu »deutlich« ausgedrückt, er befürchtet, man könnte in Wien glauben, er sei nicht nach wie vor bereit, auf jeden Wink sich in »vollen Lauf« zu setzen, denn er hält es für notwendig, sofort wieder seine Loyalität zu beteuern, indem er hinzufügt: »Ich höre aber desswegen nicht auf, meinen gewöhnlichen Eifer für den allerhöchsten und gemeinen Dienst fortzutreiben.«

Inzwischen hatte, wie der Reichsvizekanzler Graf Colloredo an Baron Widmann schreibt,*) der französische Botschafter in Wien »mit vieler Heftigkeit« den Antrag gestellt, es sei in die Stadt Würzburg eine französische Garnison einzunehmen, da die Sicherheit der französischen Armee es erfordere, dass sie eine Festung im Rücken habe. Da nun aber der Kaiser auf Wunsch des Bischofs eingewilligt habe, dass Stadt und Festung Würzburg mit Reichstruppen besetzt würden, und schon alle diesbezüglichen Vorkehrungen getroffen seien, so werde man dem Botschafter vorstellen, dass er von seinem Verlangen abstehen möge. Baron Widmann solle im gleichen Sinne auf den französischen Minister in Regensburg einzuwirken suchen. Graf Colloredo kann aber nicht umhin, seine Zweifel zu äussern, ob der Botschafter und mehr noch der französische Hof sich dabei beruhigen würden. Und tatsächlich geschah letzteres nicht. In Wien war man aber kaum gewillt, es mit Frankreich wegen dieser Angelegenheit zu ernstlichen Differenzen kommen zu lassen, und so war man bereit, dem französischen Antrage stattzugeben und den Wunsch des Bischofs, eine sächsische Garnison einnehmen zu dürfen, unerfüllt zu lassen. Hier erwies es sich deutlich, dass auch die Freunde Adam Friedrichs an entscheidender Stelle in Wien einflusslos waren, wofern sie ihm die Wahrheit sagten. Bekannte doch Baron Widmann dem Bischof, dass er der Forderung Frankreichs gegenüber für ihn weiter nichts tun könne, als ihm den Rat zu geben, bei Einnahme der fremden Garnison vorher alles »sorgsamlich zu berichtigen.« Die Sache kam schliesslich doch anders; Würzburg erhielt keine französische Besatzung, und auch die Sachsen kamen nicht in die Stadt, obwohl der Bischof mit dem Grafen von der Lausitz bereits einen Vertrag abgeschlossen hatte, wornach das Hauptquartier der sächsischen, mit Oesterreich verbündeten Truppen nebst 4 sächsischen Bataillonen in Würzburg aufgenommen und diesen im Falle der Belagerung die Veste Marienberg zur Verteidigung überlassen werden solle. Allein diese Massnahmen waren hinfällig, da die preussische Armee zur Zeit an die Offensive nicht denken konnte.

Für Adam Friedrich hatte das abgelaufene Jahr eine Menge

*) Brief vom 19 Sept in Fasc. 8 Nr. 120.

betrübender Ereignisse gebracht; im Lande selbst hatte er Schlimmes erlebt und daneben waren auch seine beiden dem Erzhause Oesterreich gestellten Regimenter vom Unglück verfolgt worden. Ein Bataillon von Blau-Würzburg geriet bei Guben in die Gefangenschaft, und beide Regimenter zusammen hatten einen Abgang von fast einem Drittel des Effektivstandes, so dass sich die Verschmelzung beider Regimenter in eines als notwendig erwies; sie wurde dann auch später durchgeführt.

Des Fürstbischofs Lande waren durch die fortwährenden Rekrutierungen und Werbungen, die nicht nur von ihm selbst, sondern auch von seinen Freunden und Feinden betrieben wurden, von kriegstauglichen Leuten fasst entblösst, sodass er sich ausser stande sah, die Abgänge der beiden Würzburgischen, im österreichischen Solde stehenden Regimenter zu ersetzen. Desshalb hätte er der Aufforderung, die Borié im Februar 1760 an ihn richtete,*) »auf diesen Feldzug die äussersten Kräfte mit anzuwenden und beim Kreis ein Gleiches zu bewirken,« da von dessen Ausgang das Wohl des Reiches und jenes der Religion abhänge, wohl kaum in der gewünschten Weise entsprechen können, zumal ihn bereits die Schulden drückten, sodass er genötigt gewesen wäre, neue dazu zu machen. Da sucht nun Borié dem Fürstbischof auch diesen Schritt zu erleichtern, indem er meint, »einige Schulden« liessen sich gegenüber »diesen grossen Objects« leicht vergessen, denn des Feindes Absicht sei hauptsächlich auf die Hochstifte gerichtet. Im Uebrigen würden beide Majestäten den hohen Verdiensten des Bischofs schon Gerechtigkeit widerfahren lassen, sie seien auf dessen Indemnisation schon bedacht. Der Bischof hatte von Wien die Zuteilung leichter Truppen zur Abwehr eines etwaigen Angriffs verlangt, allein Borié erwiderte ihm, dass man zum entscheidenden Schlag alle Truppen selbst brauche, denn in diesem Jahre müsse Preussen »ganz ecrasiret« werden, alles andere helfe nichts. Ein Glück für den Bischof, dass die Lage des Königs von Preussen eine so missliche war, dass er an Unternehmungen wie die der drei letzten Jahre diesmal nicht denken konnte. Wäre es dazu gekommen, so wäre Adam Friedrich schlimmer daran gewesen

*) Ebenfalls in Fasc. 4 Nr. 80.

als je. So aber verlief das neue Jahr für den Bischof in ziemlicher Ruhe, von einem feindlichen Ueberfall blieb sein Land verschont.

In dieses Jahr fielen auch die Verhandlungen über die Erledigung einer Angelegenheit, die deutlicher als manches andere beweist, was man von Wien aus dem Fürstbischof Adam Friedrich Alles zumutete und zumuten konnte; es handelt sich um den fürstlich Oettingen'schen Juwelen-Versatz bezw. -Auslösung und was damit zusammenhängt. Dieser Juwelenversatz wurde im Jahre 1756 »autoritate commissionis Caesaris«, wie der Fürstbischof selbst sagt,*) nach Würzburg verlegt, und die dortigen milden Stiftungen waren angewiesen worden, die verlangte Summe darauf zu geben. Nun war der älteste Sohn des österreichischen Premierministers Grafen Kaunitz im Begriffe, sich mit einer Oettingischen Prinzessin zu vermählen, und bei diesem Anlass sollten mit Hilfe des Grafen Kaunitz die Juwelen ausgelöst werden; der Fürst von Oettingen selbst hatte, wie der mit der Ordnung der Sache betraute Baron Fechenbach dem Bischof berichtete, kein Geld dazu. Baron Fechenbach, der sich in Wien aufhielt, machte nun dem Bischof den Vorschlag, man solle, da des Grafen »hohe Protektion dem Rezeptorat-Amt (das die Sache zunächst anging) in vielen Umständen nutz- und Vorträglich seyn mögte,« nebst den Zinsen auch etwas von dem 35,000 fl. betragenden Kapital nachlassen. Darauf antwortete der Bischof:**) »Solle Ich aber durch Viele Erkänntlichkeit die Gunst des Herrn Ministers erwerben müssen, um dadurch meinen Beeden so sehr mitgenohmenen Landen Nutzen und Hülff zu verschaffen, so will auch in diesen saueren Apfel beissen und dem Grafen von Kaunitz 5000 fl. nebst den rückständigen Interessen an der Oettingischen Schuld wegen des Juwelen Versatzes nachlassen.« Dafür hofft der Bischof aber auch, es werde seinen beiden Landen die Befreiung von den Winterquartieren zukommen, wie man ihm bereits zugesichert, und dass er nicht »wie Fulda dupirt werde, welches viel Geld hat geben müssen und wenig Vortheil dagegen erhalten.« Adam Friedrich fügt hinzu, er werde den Nachlass nicht der milden Stiftung allein aufladen, sondern

*) Korrespondenz mit Baron Fechenbach in Fasc. 10 Nr. 149.

**) Brief vom 8. Oktober.

auch seine Kammer mittragen lassen, damit er sein Gewissen nicht beschwere, denn es sei ihm lieber, man halte sich über sein gutes Gewissen auf, als darüber, dass er »zu leichtsinnig« wäre. »Warum ich aber so hart,« bemerkt der Bischof weiter, »an dergleichen Präsenten komme, ist die Ursach, dass ich auch in vorigen Zeiten kein Liebhaber von solchen Dingen gewesen, sondern immer grad und gerecht fort gehandelt habe.« Bald darauf machte aber Baron Fechenbach dem Fürstbischof die Mitteilung,*) er habe dem Grafen v. C. (Colloredo) 1000 Dukaten anbieten lassen, wenn die Truppen v. W. (Württemberg) nicht in die fürstlichen Lande gelangten (zum Winterquartier); andererseits hielt er es für rätlich, den Kriegsagenten, der seither noch kein Douceur bekommen habe, «in einiger Art zu konsoliren, damit er mit Rath und That als ein geschickter Mann desto ausgiebiger zum Nutzen des Hochstifts sich verwenden thäte.« Der Fürstbischof zögert noch, ob er dem Grafen Kaunitz den Nachlass schon bekannt geben solle,**) aber als er es tun lässt, erklärt er dem Baron Fechenbach, wenn er bei Gelegenheit der Auslösung der Oettingischen Juwelen dem Grafen Kaunitz »mittels Erlasses einer ergiebigen Kapitalsumme sowohl als der gänzlichen Nachsicht der von Jahren her darob vertagten Zinsen etwas angenehmes habe erweisen können,« so habe er das dem um das »gemeine Vatterland« so sehr verdienten Minister gerne zu Gefallen getan, und er könne geschehen lassen, dass Baron Fechenbach es »ihm und Jedermänniglich« zu erkennen gebe, wie diese seine »Willfährigkeit« in der besonderen »Consideration,« die er für diesen Minister trage, »ihren alleinigen Ursprung« habe.***) Der Fürstbischof spricht also hier nicht mehr von einer »Remuneration« für noch zu erwartende Dienste; allerdings muss man bedenken, dass z. Zt., als er diesen Brief schrieb, der Winter bereits vorüber war.

Baron Fechenbach hatte nach seinem Berichte an den

---

*) Brief vom 11. November.

**) Am 13. November schrieb er an Fechenbach, er trage vorderhand noch einiges Bedenken, ob er dem Grafen jenen Nachlass, den er ihm als Remuneration zum Besten des Hochstiftes widerfahren lasse, »eröffnen« solle.

***) Brief an Fechenbach vom 14. März 1761.

Bischof dem Grafen Colloredo*) 1000 Dukaten anbieten lassen, damit die württembergischen Truppen nicht in die fürstlichen Lande ins Winterquartier kämen **) Der Bischof hatte aber Ursache, in einem Schreiben, das er am 27. November an die beiden Staats- und Konferenzminister Grafen v. Colloredo und v. Kaunitz richtete,***) darüber zu klagen, dass der Herzog von Württemberg ohne jede Rücksicht auf die kaiserliche allerhöchste Anordnung, ja gegen alle »im Reich herkömmliche Art und Observanz« mit vollem Eigensinn sein »bekanntlich sehr ausgelassenes« Truppenkorps in den würzburgischen Landen winterlich einzuquartiren, mithin die Subsistenzmittel, welche der Kaiser »der gemeinen Sache zum Dienst und Vorschub« den in Hessen stehenden französischen Truppen zu bestimmen für gut befunden nun selbst aufzehren zu lassen gesonnen sei. Er ersucht deshalb, es möchte unverweilt Vorkehr getroffen werden, dass der Herzog von seinen »höchst schädlichen« Absichten abgebracht werde. Graf Colloredo erwiderte, da das württembergische Korps sich allenthalben Exzesse habe zu schulden kommen lassen, so habe man sich entschlossen, dieses Korps »gar nach Haus ziehen zu machen,« damit die fürstbischöflichen und andere Lande von der schweren Quartierlast befreit und der französischen Armee die zu ihrer ferneren Existenz in Hessen nötigen Mittel nicht entzogen würden. In einem späteren Schreiben an Colloredo****) spricht sich der Bischof noch abfälliger über die württembergischen Truppen aus, indem er sagt, das württembergische, »zur grossen Unternehmung sonsten zahlreiche« Korps sei während des Feldzuges bei den günstigsten Gelegenheiten von keinem Nutzen gewesen, habe wohl aber zu mancherlei Schaden und Verwirrung in den Kriegsoperationen beigetragen. Um so weniger könne man sich von einem »so gar undisziplinirten grossentheils aber sehr widrig gesinnten Volk einige standhafte Kriegsoperationen« versprechen.

Der Fürstbischof fällt hier ein hartes Urteil über die Truppen des Herzogs von Württemberg und zeigt sich sehr besorgt um die Franzosen, denen er bei früheren Gelegenheiten doch auch

*) Der Name wird später genannt.

**) Ob das Geld auch ausbezahlt wurde, davon erfahren wir nichts.

***) Fasc. 9 Nr. 137.

****) Vom 14. Dezember.

keine Schmeicheleien gesagt hat. Man darf daraus wohl schliessen, dass die Württemberger noch schlimmer im Freundesland hausten als die französischen Truppen, die nach dieser Richtung schon in schlechtem Rufe standen. Trotzdem wäre Adam Friedrich 2 Jahre später noch einmal froh gewesen, wenn ihm der Herzog von Württemberg mit seinem »ausgelassenen« und »so gar undisziplinirten« Truppenkorps zu Hilfe gekommen wäre.

Die Verhältnisse im Reiche im Allgemeinen und die der Reichsexekutionsarmee im Besonderen waren, wie aus meiner bisherigen Abhandlung genügend zu ersehen sein dürfte, nicht derart, dass sie dem Führer der genannten Armee das Bleiben im Kommando besonders verlockend hätten erscheinen lassen. Pfalzgraf Friedrich Michael von Zweibrücken glaubte jedenfalls selbst nicht so fest an die volle Berechtigung des ihm von seinen Bewunderern beigelegten Titels »Saxoniae liberator«, dass er die Lust zu weiteren Grosstaten mit dieser Armee in sich verspürt hätte. Während daher sein Vertreter General Hadik die Reichsarmee in die Winterquartiere zwischen Hof und Bamberg führte, begab er sich nach Wien, um nicht mehr auf seinen Posten zurückzukehren. Er fand anderweitig Verwendung. Nun handelte es sich um die Wiederbesetzung der vakanten Kommandostellung, und hier sehen wir auch den Fürstbischof wieder eingreifen. Er glaubte annehmen zu müssen, dass sich der Reichs-General-Feldmarschall-Leutnant Baron Pretlach um den Posten bewerbe, ja auf jede Weise in den Besitz des Kommandos zu gelangen trachte. Um dies zu verhindern, wandte sich Adam Friedrich an Kurmainz und Kurtrier und indirekt auch an Kurköln, die er veranlasste, in Wien gegen die Ernennung des Baron Pretlach vorstellig zu werden.*) Das geschah dann auch. Aber wie es scheint, waren diesmal die Bemühungen des Fürstbischofs überflüssig, denn von Wien kam die Mitteilung, es sei gar nicht beabsichtigt, Pretlach das Kommando zu geben, dieses werde vielmehr Graf Serbelloni erhalten. Das wurde auch dem Bischof durch den Grafen Colloredo, an den er sich noch direkt gewandt hatte, bestätigt. Dies war zu Anfang des Jahres 1761, das für den Fürstbischof das ruhigste des ganzen Feldzuges blieb und

*) Alles in Fasc. 15 Nr. 217.

in kriegerischer bezw. militärischer Beziehung nur insofern bemerkenswert ist, als die schon früher in Aussicht genommene Zusammenlegung der beiden Würzburgischen Subsidien-Regimenter wegen der Unmöglichkeit hinlänglicher Rekrutierung zur Tatsache wurde. Die Hochstifte blieben auch in diesem Jahre vor einem preussischen Einfall bewahrt, ausserdem aber eröffneten die Verhandlungen der Grossmächte über eine nach Augsburg zu berufende Friedenskonferenz die Aussicht auf Erlösung aus der Kriegsnot.

Damit war auch für den Fürstbischof der Augenblick gekommen, wo er die Erwartungen bezüglich der Erkenntlichkeit des Hauses Habsburg, die er wahrscheinlich schon seit Abschluss der Subsidien-Konvention auf Grund mündlicher Versprechungen hegte, der Verwirklichung näher bringen konnte. Ich habe auf diesen Punkt schon früher hingewiesen und halte ihn für wichtig genug, um ihn etwas ausführlicher zu behandeln.

Als Bevollmächtigter des Fürstbischofs weilte der Würzburgische Domkapitular, Konsistorialpräsident und Reichstagsgesandte Baron v. Fechenbach in Wien. Er war mit Instruktionen versehen, um die Ansprüche des Fürstbischofs behufs Vertretung auf der Augsburger Friedenskonferenz in Wien geltend zu machen.*) Die Forderungen waren in einem Promemoria niedergelegt, das von Baron Fechenbach entworfen und von dem Bischofe genehmigt war. Der kaiserlichen Majestät wurde darin ins Gedächtnis zurückgerufen, dass sie am 7. Juni 1759 ihr kaiserliches Wort gegeben habe, sie werde »bey denem von Gott anhoffenden glücklichen Ausschlag der Waffen« nicht nur auf die Entschädigung der beiden Hochstifte bedacht sein, sondern auch »mit ganzer und aufrichtiger Wohlmeinung« sich angelegen sein lassen und eifrigst besorgt sein, damit der Punkt der Indemnisation in die Präliminarien eingeschlossen werde. Der Fürstbischof lässt dagegen versichern, dass er für seine Person die traurigen Folgen, die aus der gänzlichen Erschöpfung seiner Lande erwachsen und sich sogar dahin erstreckten, dass er für seine Lebensjahre »alles fürstlichen Lustes« sich entäussern und »mit der Noth sich kümmerlich behelfen« müsse, aus patriotischer Liebe und alleruntertänigster Devotion für beide

*) Alles in Fasc. 10 Nr. 150.

Majestäten gerne als Opfer ertragen werde und um die Entschädigung nur aus der Ursache nachsuche, »damit die Hochstifte, wo nicht zu dero Lebenszeit, doch künftig wiederum in den Stand und zu den Kräften kommen« werden, um den kaiserlichen Majestäten und dem Erzhause fernerhin erspriessliche Dienste leisten zu können. Und nun kommen die in 6 Artikeln niedergelegten Anträge des Fürstbischofs, welche ich, weil zu umfänglich, als Anhang folgen lasse. Aus diesen Anträgen ergibt sich, dass Adam Friedrich neben der Entschädigung für Verluste und Aufwendungen auch jetzt noch, wo doch der Verlauf des Krieges mit seinen wechselvollen Schicksalen dazwischen getreten war, auf eine wenn such bescheidene Gebietserweiterung hoffte. Hierin liegt meines Erachtens auch ein Motiv, weshalb Adam Friedrich, selbst nachdem er schon schlimme Erfahrungen mit der Erfüllung der Vertragspflichten seitens Oesterreichs gemacht hatte, immer wieder neue, seinem Lande wie ihm persönlich zum Schaden gereichende Lasten auf sich nahm. Er setzte eben alles auf eine Karte, mit der er entweder gewinnen oder Alles verlieren musste.

Der Bischof lebte jetzt in dem Glauben an einen »gewissen Friedenserfolg«, auf den er aus den langsamen Kriegsoperationen schloss; doch ist es nach seiner Ansicht besser »lieber nichts als nur etwas unglücklich thuen.« Nach Wien hat er die Weisung gegeben, dass die Würzburger Stimme »ad Intentionem augustissimi« in der Bevollmächtigten-Sache zum Friedenskongress mit dem Salzburgischen Voto »simpliciter vereinbarlich« abgegeben werden solle, in welchem Sinne auch seine bambergische Gesandtschaft angewiesen war. Baron Fechenbach hat das Promemoria nach Wunsch der kaiserlichen Majestäten am 15. Juli dem Reichs-Vizekanzler Grafen Colloredo überreicht. Doch die Aussichten des Fürstbischofs waren nicht allzu günstig, wurde doch die Vorlage seiner Forderung, übrigens auch gemäss dem Versprechen der kaiserlichen Majestät vom Jahre 1759, ausdrücklich von dem »glücklichen Waffenausschlag« abhängig gemacht. Natürlich blieb dem Bischof, der diese Voraussetzung gerne unbetont gelassen hätte, nichts übrig, als sich auch damit zufrieden zu geben, und so schrieb er im August an Fechenbach, in Sachen der Indemnisation habe es keinen Anstand, »dass solche

nach inhalt derer in überreichtem Promemoria enthaltenen Vorschläge lediglich auf dem glücklichen Waffenausschlag beruhen müsse, wesswegen sich auch der Herr Gesandte hierum nicht aufzuhalten « habe, es sei genug, dass die Vorschläge von den allerhöchsten Herrschaften und ihrem Ministerium » goutiret « würden. Adam Friedrichs Hoffnungen waren also offenbar schon bedeutend herabgestimmt. Und in der Tat kam die Friedenskonferenz in Augsburg nicht zu stande, sodass dem Bischof nichts übrig blieb, als die Erfüllung seiner Anträge der weiteren Zukunft anheim zu geben.

Zur gleichen Zeit, als diese Angelegenheit spielte, war der Fürstbischof von Wien mit einer Mission betraut worden, die an sein diplomatisches Geschick einige Anforderungen stellte, jedoch nicht zur glücklichen Durchführung gelangte. Man hatte nämlich den Bischof beauftragt, das Geheimnis der brandenburgischen Succession in Franken*) dem früher schon erwähnten Geheimrat Baron von Seckendorff herauszulocken. Der Bischof ist von dem Auftrage nicht erbaut, er schreibt dem Baron Fechenbach, der ihm diesen übermittelte,**) er sehe gar nicht ein, wie ihm das gelingen solle. Es wisse jedermann und könne dem Baron Borié am wenigsten verborgen sein, dass an der Erbfolge in den bayreuthischen und ansbachischen Landen dem Hause Oesterreich, der Krone Böhmen und beiden Kurfürsten zu Pfalz und Bayern ebensoviel, wo nicht mehr denn seinen Hochstiften gelegen sei, mithin dieser Höfe allseitiges Interesse es erfordere, auf diesen Hauptfall ihre vornehmste Aufmerksamkeit zu richten. Wenn es demnach zur Entdeckung obigen Geheimnisses auf irgend eine Verwendung ankommen sollte, so müssten diese Höfe sich die desfallsige Eröffnung schon etwas Namhaftes kosten lassen, wozu sie auch mehr Mittel als er in Händen hätten.

*) Friedrich der Grosse hatte bereits 1752 die Bestimmung getroffen, dass im Erledigungsfalle die Vereinigung der fränkischen Fürstentümer mit der Krone Preussen stattfinden und diese auch in Zukunft nicht wieder getrennt werden sollen. Bayreuth wurde 1769 nach Aussterben der Linie mit Ansbach vereinigt, aber weder Maria Theresia noch Friedrich der Grosse erlebten die Vereinigung der fränkischen Fürstentümer mit Preussen. (Auch der neue Markgraf von Ansbach war ohne Leibeserben). Erinnerung an die Hohenzollernherrschaft in Franken von Dr. Julius Meyer. Ansbach 1890.

**) Brief vom 13. Juli ebenfalls in Fasc. 10 Nr. 150.

Wenigstens sollte man vermuten, dass es den Majestäten ein Leichtes wäre, ihren Geheimrat von Seckendorff hierüber zu einer vertraulichen Aussprache am allerersten zu vermögen, zumal seine Korrespondenz mit Seckendorff seit langer Zeit unterbrochen sei und er ausserdem auch in einer so hochwichtigen Sache »sich allein an den Laden zu legen« billiges Bedenken trage. Diese Sprache muss beim Fürstbischof auffallen, um so mehr, als er zur selben Zeit allen Anlass hatte, wegen des Promemoria's den Wiener Hof in guter Stimmung zu halten. Und tatsächlich zeigte er sich auch, als das Verlangen wiederholt wurde, seinen hohen Auftraggebern gefügiger; übrigens hatte er ja nur seinem Wiener Bevollmächtigten gegenüber so entschieden gesprochen, und der wird die Antwort schon in milderer Form an den Mann gebracht haben. Der Bischof schrieb also am 9. Juli an Fechenbach, er sei jetzt darüber, zu prüfen, ob es wohl tunlich sei, Seckendorff das Geheimnis der brandenburgischen Traktate »herauszulocken« und so dem Verlangen der kaiserlichen Majestäten nachzukommen. Dazu biete sich ihm jetzt eine schickliche Gelegenheit, da ihm Seckendorff seinen »Nepoten« zu Diensten angetragen habe.*) Er habe an S. eigenhändig geschrieben, um ihn zu einer vertraulichen Auskunft zu vermögen. S. antwortete weitläufig und berief sich auf eine persönliche Besprechung, wozu der Bischof den Baron auf sein Lustschloss Werneck einlud. Aber Seckendorff hatte keine Lust, sein Geheimnis so ohne Weiteres preiszugeben. Der Bischof erhielt abermals ein »weitläufiges Schreiben«, und aus diesem ersah er, dass es ihn noch viele Mühe kosten und noch lange dauern werde, bis er »von diesem Manne das verlangte Geheimniss« herausbringe, »wenn ihm nicht vorher zu einer oder anderen Convenienz wenigstens einige Hoffnungen gemacht werden können«. Der Gesandte solle ihm deshalb die allerhöchste Willensmeinung vertraulich zu erkennen geben, »ausserdem ich sonst mit diesem hinterhaltigen Geist schwerlich zum Entzweck gelangen dürfte«.

*) Der Fürstbischof hatte, wie aus den zahlreichen Korrespondenzen hervorgeht, nicht selten Gelegenheit, den mit ihm in näherer Verbindung stehenden Persönlichkeiten gefällig zu sein; bald hatte der Eine bald der Andere ein Anliegen, das einemal für sich selbst, das andermal für einen Verwandten. Und stets willfahrte der Bischof.

In Wien wünschte man entgegen dem Vorschlage des Bischofs Seckendorff dort nicht zu sehen, denn man war der Meinung, dass ausser dem Bischof doch kein anderer aus ihm etwas herausbringen würde. Weiter erhielt der Fürstbischof die Weisung, den Seckendorff nur dahin anzuhalten, dass er ihm die Traktate, »die zwey sein sollen«, getreulich übergebe. Diese Traktate sollten, wie man Fechenbach in Wien mitteilte, »vielen anderen Händen, auch dem fränkischen Kreis sehr präjudizirlich« sein, und man trachte, sie zu bekommen, um gegen die preussischen Absichten mit mehr Nachdruck »agiren« zu können. In Wien wisse man wohl, dass alle diese Traktate sich in französischen Händen befänden, zur Zeit aber trage man Bedenken, sich dahin zu wenden und um Auskunft zu ersuchen. Wenn man aber durch Baron Seckendorff die Traktate bekomme, so würde man sie einsehen, um hernach mit Frankreich die »weiter nöthig zu erachtende Communication zu pflegen«. Man fürchtete in Wien, der Bischof werde sich mit »diesem Manne« weiter einlassen, als es die Hauptabsicht erheische. Er bemerkte darauf, er tue dies um so weniger, als er Seckendorff das, was er »zum preyss seiner Offenherzigen Mittheilung als eine conditionem sine qua non zu verlangen scheine«, nicht gewähren könne. Aber auch der Wiener Hof ist nicht gesonnen, zur Erlangung des Geheimnisses in die Tasche zu greifen; die Kaiserin meint vielmehr, da sie Seckendorff 2000 fl. Pension zahle, sei »dieser Mann« wohl »befehlsweise dahin anzuhalten, dieses Pactum Fridericianum an die Kaiserin einzuschicken«. Darüber hinaus solle sich der Fürstbischof in die »Seckendorff'schen schmutzigen Affären« gar nicht einlassen. Aber Seckendorff liess sich auch nicht befehlen, und am 2. September teilte Baron Fechenbach dem Fürstbischof mit, in Wien sei nun die »Meinung dahin ausgefallen«, es möchte sich der Bischof in der Sache keine weitere Mühe geben, da man »billiges Bedenken trage«, sich mit »diesem Manne« fernerhin abzugeben. Damit war die Mission Adam Friedrichs in dieser Angelegenheit erledigt. Obwohl der Auftrag nicht zu dem gewünschten Ziele führte, so war man doch mit dem Fürstbischof und seinem Bevollmächtigten an der höchsten Stelle in Wien zufrieden; letzteres beweist die Tatsache, dass dem Freiherrn bei seinem Scheiden schmeichelhafte Anerkennungsschreiben von der

Kaiserin, dem Kaiser, sowie den beiden Grafen Kaunitz und Colloredo mitgegeben wurden. Das an den Fürstbischof gerichtete Schreiben der Kaiserin, das im Original deren eigenhändige Unterschrift trägt, habe ich als Anlage 2 in Abschrift beigegeben.

Im Jahre 1762, dem letzten des eigentlichen Krieges, lernte Fürstbischof Adam Friedrich noch einmal die ganze Schwere des Kriegsunglücks kennen. Gegen Ende des Jahres wurde seinen Landen wiederum die Heimsuchung durch die preussischen Truppen zu teil und zwar in einem Masse, wie er sie bisher noch nicht erlebt hatte. Für den König von Preussen galt es, den Verbündeten Oesterreichs klar vor Augen zu führen, was sie von jener Macht, für die sie während sechs langer Kriegsjahre zahlreiche Opfer gebracht, zu erwarten haben, wenn sie sich selbst in Not befinden; ausserdem aber — und dies war der Hauptzweck — sollten sie in die Lage versetzt werden, Oesterreich nichts mehr gewähren zu können, man wollte sie dahin bringen, dass sie ihre einzige Rettung vor dem völligen Ruin in der Neutralität bezw. in einer Verständigung mit Preussen erblickten. Im Verfolg dieses Zieles machten den Sommer über mehrere preussische Generale nach allen Seiten hin Ausfälle, erpressten im Feindeslande Geld, Lebensmittel, Pferde, Menschen. Einen solchen Zug unternahm General Belling im August nach Franken, Schrecken verbreitend, er streifte bis gegen Nürnberg, wandte sich dann aber plötzlich nach Böhmen. Adam Friedrich, dessen Lande diesmal nicht viel in Mitleidenschaft gezogen wurden, war weniger über die Kühnheit des Feindes — denn von dieser hatte er ja schon mehrere Proben bekommen — als über die Untätigkeit der Reichsarmee und über die Generale entrüstet, die nirgends waren, wo sie sein sollten. Dieser Unzufriedenheit gibt der Bischof Ausdruck in einem Schreiben an den Kurfürsten von Mainz, dem gegenüber er sich schon früher in kritischen Betrachtungen über die »Reichsarmatur« ergangen hatte. Er schreibt,*) die meisten »unglücklichen Begegnisse«, welche während des Krieges der »sonst gerechten Sache« und namentlich den ins Gedränge gekommenen unschuldigen Reichslanden »empfindlichst zugegangen« seien, hätten ihren Ursprung »hauptsächlich entweder von sicheren Unvorsichtigkeiten oder von sonst unter den Kommandirenden

*) Brief vom 4. Juli in Fac. 7 Nr. 113.

herrschender Eifersucht und Privatpassionen, vielleicht auch von nicht einverständlich genug zusammengebundener Ausführung der concertierten Operationsprojecte hergenommen«, denn es könne der diesfalls »aufgestellten und gewisslich sehr kostbar unterhaltenen« Reichsarmatur, welche sich bei mancher Gelegenheit bewährt habe, sowie auch der sonst tapferen Kriegsmannschaft eine Schuld nicht beigemessen werden. Je schädlicher hingegen solche Mängel und Gebrechen seien, die in dem Haupttriebwerk der Kriegsoperationen ihren unglücklichen Sitz hätten, desto mehr Aufmerksamkeit verdienten sie, damit man an deren »ernsthaften Abstell- und Verbesserung gemeinsamer Hand nachdrücklich wirke«. Adam Friedrich ersucht den Fürstbischof von Mainz, dem in der Eigenschaft als vorsitzender Kurfürst und Erzkanzler des Reiches die Befugnis zustehe und der auch den gehörigen Nachdruck der Sache geben könne, in dieser allseits wichtigen Angelegenheit eine solche Verbesserung zu veranlassen, dass das Glück oder Unglück so vieler Länder von »Eigensinn, Gemächlichkeit oder Unerfahrenheit gewisser Privatpersonen« nicht ferner abhänge.

Der Fürstbischof kommt etwas spät dazu, eine ernstliche Abstellung der von ihm schon längst erkannten Missstände an zuständiger Stelle zu beantragen; hätte er schon früher, anstatt zu klagen und sich in fatalistischen Reden zu ergehen, offen auf das Uebel hingewiesen, so hätten seine Anregungen vielleicht noch einigen Erfolg gehabt, wenn freilich sicherlich keinen durchschlagenden; jetzt aber, wo die ganze »Reichsarmatur« am Zusammenbruch war, hatten seine Bemühungen keinen Wert mehr. Das zeigte sich auch daran, dass Prinz Stolberg mit seinem Reichstruppenkorps Böhmen verliess, und zwar zu einer Zeit, wo die französische Armee in Hessen ebenfalls ihre Stellung aufgab, so dass die feindlichen Alliierten auch von dieser Seite aus die fränkischen Kreislande blossgestellt sahen. Der Fürstbischof ist ganz unglücklich darüber, dass sich nunmehr die beiderseitigen feindlichen Mächte ohne Mühe und Widerstand im fränkischen Kreise die Hände reichen, hier, als in des »Reiches Mittelpunkt« ihren Sitz aufschlagen und allen »noch übrigen Reichstheilen« von da aus Gesetze vorschreiben können. Und er sieht kein Rettungsmittel, »es sei denn«, so schreibt er an seinen Mainzer

Nachbar,*) »dass die göttliche Vorsehung wie noch jederzeit also auch diesmal wieder die Hilfe von oben herab sende.« Der Kurfürst wird ersucht, »damit das dermalige, mit der Länge der Zeit nicht mehr zu hintertreibende grosse Unheil auf dem einen oder anderen Wege von der hiesigen Gegend abgewendet werde,« dem kaiserlichen Hofe entsprechende Vorstellungen zu machen. Der Kurfürst sagte zu, er unternahm auch Schritte in Wien, aber, wie gewöhnlich, ohne Erfolg.

Inzwischen spielte sich in Sachsen der letzte Akt des blutigen Kriegsdramas ab. Es war der Reichsarmee gelungen, sich mit dem österreichischen Heere zu vereinigen; zu gleicher Zeit fand ein Kommandowechsel statt, indem an Serbelloni's Stelle General v. Hadik trat, von dem man Besseres erwartete als von dem energielosen und unentschiedenen Serbelloni. Bei Freiberg kam es am 29. Oktober zur letzten Schlacht des 7jährigen Krieges, die sich für die vereinigten Armeen zu einer verlustreichen Niederlage gestaltete und so das Schicksal ihrer Partei entschied. Geschlagen und entmutigt, löste sich die Reichsarmee in verschiedene Teile auf. Das Würzburgische Regiment trieb sich den ganzen November über im Gebirge herum. Erst Ende des Monats erhielt es Befehl, zur wiedergesammelten Reichsarmee zu stossen, deren Aufmarsch Prinz Stolberg vorbereitete, um dem von General von Kleist abermals schwer heimgesuchten Franken zu Hilfe zu kommen. Aber sie kam, als der Feind sein Plünderungswerk bereits vollendet hatte; sie rückte, wie der Fürstbischof dem Kurfürsten von Mainz gegenüber ironisch bemerkte,**) »nach ausgeflogenen Vögeln in das leere Nest« ein und zehrte das Wenige, das der Feind übrig gelassen hatte, noch vollends auf.

Der preussische Generalmajor von Kleist war ganz der Mann, um den Befehl seines Königs, die Reichsfürsten mürbe zu machen und ihnen den Abschluss des Friedens auf eigene Faust nahezulegen, durch den Einfall in Franken zur vollen Zufriedenheit seines hohen Auftraggebers auszuführen. Sein Zug, der bis in die Nähe Regensburgs einer- und bis zur Tauber andererseits sich erstreckte, wurde besonders wieder den Untertanen des Hochstifts Bamberg verhängnisvoll. General von Kleist verlangte von

*) Unterm 26. August an derselben Stelle.

**) Im Schreiben vom 4. Dezember. In Fasc. 11 Nr. 164.

dem Hochstifte nicht nur die bare Erlegung von einer Million Thaler Kontribution, sowie die Lieferung von 2000 Rekruten und 500 Pferden, sondern er stellte auch unter Androhung gänzlicher Verwüstung von Stadt und Land an den Bischof das Ansinnen, seine sämtlichen dem Kaiser und dem Reiche gestellten Kriegsvölker und Kontingents-Mannschaften unter seinen, Kleist's, Augen schriftlich abzurufen.*) Inzwischen wurden auch im Hochstift Würzburg aus Landstädten und Dörfern eine Geldsumme von mehr als 200 Mille Thaler wirklich erhoben, eine Menge Geiseln mit fortgeführt, verschiedene Städte, Flecken und Dörfer gänzlich ausgeplündert, auch einige Menschen dabei zu Tode verwundet. Da der Bischof, der den Kommandanten der französischen Truppen, den Marschall von Soubise, um Hilfe anrief, die Antwort erhalten, dass nach nunmehr erfolgter Friedens-Ratifikation Seitens der Krone Frankreich alle Feindseligkeiten eingestellt seien und die französischen Truppen zurückgezogen würden,**) so wandte sich Adam Friedrich direkt an die kaiserliche Majestät, um dieser seine schlimme Lage in beweglichen Worten darzustellen.***) Der Bischof bemerkte, da er zu allerhöchsten Diensten alle seine Haus- und Kreismannschaft stets und überall mit Freuden verwendet habe, wo es sich um den Schutz und die Erhaltung der Königreiche und Erblande Ihrer Majestät gehandelt, so hoffe er auch, dass Majestät ihm und seinem Hochstift Würzburg »aus Antrieb Ihrer kaiserlichen Grossmuth sowohl als in Rücksicht mehr anderer die wechselweise Billigkeit zum Gegenstand habender Betrachtungen« gleiche Hilfe und Rettung widerfahren zu lassen huldreichst geneigt sein werde. Und am 2. Dezember schrieb er: Er sei seither in der trostvollen Hoffnung gestanden, in Bälde eine »Linderung und Abhilfe in diesem elenden Jammerstand« zu erhalten; anstatt dessen aber habe sich die Not von Tag zu Tag solchergestalt vermehrt, dass er in ängstlicher Besorgnis den Untergang seiner Residenzstadt Bamberg durch Feuer und Schwert schier allezeit zu erwarten gehabt habe. Er spricht von den »grausamsten Bedrückungen und Verfahrungsart« des Generals v. Kleist und

*) In dem Briefe an Kurmainz v. 29. Nov. In Fasc. 11 Nr. 164.

**) An derselben Stelle.

***) In den Schreiben v. 22. Nov. u. 2. Dez. in Fasc. 10 Nr. 155.

versichert, dass seinen armen Untertanen, denen der letzte Heller auf die empfindlichste Art durch den Feind abgepresst, ausser stande seien, nur das Geringste beizutragen, damit er sich, seinen Staat und die bambergische Kontingents-Mannschaft erhalten könne. Es bewahrheite sich jetzt also, was er Majestät schon früher zu sagen sich die Freiheit genommen, dass er nämlich »ein ohntüchtig und dem Reich ohne Nutz seyender Reichs-Fürst von Seiten Bamberg abgeben werde, welches von Seiten Würzburg ohnfehlbar in Kurzem erfolge,« wenn er noch länger ohne Hilfe und nachdrücklichen Beistand bleiben sollte. Weiter drückt sich der Bischof noch deutlicher aus; er sagt, die ihm mit der grössten Gewalt auf lange Jahre entzogenen Steuern, die harten Erpressungen, die ihm geraubte junge Mannschaft samt den abgenommenen Pferden benähmen ihm alle Mittel, seine Kontingents-Mannschaft weiter zu ergänzen und zu erhalten. Diese trüben Umstände wären hinreichend, ihn bei der Majestät zu rechtfertigen; »nachdem mir aber,« so fährt er fort — und wir merken hier zum ersten Male, dass Adam Friedrich nicht nur ein weltlicher Fürst, sondern auch Bischof ist —, »nach meinem bischöflichen Hirten- und Seelsorgeamt ebenfalls auch schwere Verantwortungspflichten obliegen, meine mir getraute Kirche, in welcher die Gebeine derer Heiligen Stifter, Kayser Heinrich und der Kayserin Kunigund, ruhen, vor dem augenscheinlichen Untergang und Brand zu retten, und die mir untergebenen unschuldigen Schäflein mitten in der härtesten Winterszeit ohne Wohnung, durch allerhand Elend und Hungersnoth nicht verschmachten, noch einige derselben dem anderen Religionstheil, welcher in und an meinen Landen sich leider verbreitet hat, zum Gespött herum irren zu lassen, wodurch Manche aus Kleinmüthigkeit und Verzweiflung die grösste Gefahr für ihr Seelenheil laufen dörfften, also finde ich mein bischöfliches und Vaterherz so beklemmt, dass ich dieselben der gewissen und grössten Gefahr auszusetzen vor Gott dem strengen Richter zu verantworten mir nicht getraut habe.« Der Bischof sandte, um seinen Bitten Nachdruck zu verleihen und über die Lage in Franken der Majestät noch mündlichen, eingehenden Bericht erstatten zu lassen, seinen Domkapitular, den von früher bekannten Baron v. Fechenbach, nach Wien.

Adam Friedrich weist hier zum ersten Male auf das durch das Eindringen des Protestantismus angeblich gefährdete Seelenheil seiner Untertanen hin. Man darf annehmen, dass er damit mehr den Zweck verfolgte, die Wirkung seiner Vorstellungen am Wiener Hofe zu steigern, als dass er seiner eigenen Ueberzeugung Ausdruck verlieh. Adam Friedrich war, wie Oberthür aus persönlicher Bekanntschaft heraus urteilen zu dürfen glaubt, ein Mann von liberaler Denkungsart, er war fromm, ohne bigott zu sein, und die Jesuiten, die unversöhnlichsten Feinde der Protestanten, hatten an ihm keinen besonderen Rückhalt. Noch wenige Wochen vor der Aufhebung des Ordens*) sagte er: »Sollten die Jesuiten auch nicht aufgehoben werden, so lasse ich Theologie und Philosophie nicht mehr nach der alten Methode und nicht mehr als Monopolium der Jesuiten allein lehren.«**) Daraus, sowie aus der Tatsache, dass der Fürstbischof in seinen zahlzeichen Korrespondenzen das religiöse Moment ganz ausser Betracht lässt, rechtfertigt sich meines Erachtens der Schluss, dass er mit dessen jetzigen Erwähnung einen ganz besonderen und zwar ziemlich naheliegenden Zweck verfolgte. Er war sich eben bewusst, dass man mit der Zitierung der »protestantischen Gefahr« am Wiener Hofe noch etwas erreichen könne.***)

*) Durch das päpstliche Breve »Dominus ac redemptor« v. 21. VII. 1773.

**) In Oberthür's schon zitiertem Buche S. 104.

***) Derselben Meinung war offenbar auch der Kurfürst von Mainz, der am 2. Dezember auf Veranlassung des Fürstbischofs ein Schreiben an den Grafen Colloredo und zugleich an die Kurfürsten von Trier, Köln, Bayern und der Pfalz richtete (in Fasc. 11 Nr. 164), worin er von der Drohung Plotho's spricht, es werde eine zahlreiche feindliche Armee von Böhmen bis Passau vordringen. Der Kurfürst zweifelt nicht, dass diese Drohung ausgeführt werde, und fragt dann, was dem Könige von Preussen leichter sei, als über Passau in die oberösterreichischen Lande einzudringen und unter den »bekanntlich daselbst so öffentlich als heimlich sich in grosser Zahl befindenden Protestanten einen Anhang zu finden und in dem Herzen der österreichischen Erblande einen so gefahrvollen Aufstand, ja sogar alldorten einen in der Folge in das ganze Reich sich nothfolglich ausbreitenden Religionskrieg zu erwecken.« Was man alsdann von den Protestanten im Reiche zu erwarten habe, zeige das Betragen der preussischen Truppen in Franken und Thüringen, indem sich de facto bestätige, dass alle protestantischen Stände mit aller nur immer möglichen Rücksicht verschont würden, dagegen die Last der »bittersten Verheerung« bloss auf die Katholiken falle, und mit unbeschreiblicher Wut in sie gedrungen werde, »zu einem offenbaren und unwidersprechlichen Beweis, dass das Absehen nur auf selbige gerichtet sei.« Würde sich unsere obige Vermutung nicht bestätigen, so wäre es doch auffallend, dass Adam Friedrich persönlich in Franken diese Beobachtung nicht gemacht hat; wenigstens sagt er nichts davon, er drückt in dem Schreiben an die Majestät nur die Befürchtung aus, das seine Untertanen durch die Preussen an ihrem »Seelenheil« Schaden leiden könnten

Auf sein Hilfeflehen wurde dem Bischof von Wien die Antwort, er solle ein leichtes Korps übernehmen, um dem in Parteien von 10—20 Mann herumstreifenden Feind so lange Einhalt tun zu können, bis der auf dem Marsch begriffene Fürst zu Stolberg die fränkischen Lande erreicht haben werde. Damit war aber dem Bischof nicht gedient, denn der preussische General v. Kleist war der hartnäckigste und entschiedenste Gegner, den er bisher kennen gelernt hatte; dem imponirte die ganze Reichsarmee nicht im geringsten. Und was dessen Angelegenheit mit Adam Friedrich betraf, so gab er sich mit der ihm vom Bischof in seiner Bedrängnis zugestandenen Abberufung der bambergischen Kontingents-Mannschaft von der Reichsarmee nicht zufrieden, sondern er bestand auf der Erklärung einer exakten Neutralität, ferner verlangte er, dass diese der Bischof auch beim fränkischen Kreiskonvent in Vorschlag bringe.*) Der Bischof antwortete, dass er bei der Reichsversammlung, wohin dieser wichtige Gegenstand gehöre, im Sinne des schon längst gewünschten Friedens und für all das, was dazu gehöre, votieren lassen werde. Aber General v. Kleist liess sich, wie der Bischof übrigens voraussah, mit dieser Erklärung nicht abfinden, er wiederholte vielmehr seine ursprüngliche Forderung, und dem Fürstbischof blieb nichts übrig, als eine Erklärung abzugeben, die den General wenigstens bewog, von Bamberg abzuziehen.

In welcher seelischen Verfassung sich Adam Friedrich zu dieser Zeit befand, das mag aus einem weiteren Briefe hervorgehen, den er unterm 6. Dezember an den Kurfürsten von Mainz richtete.**) Er sagt darin: der traurige Anblick seiner Untertanen gehe ihm viel zu tief ins Herz, als dass er ihm länger widerstehen könne. Die Pflichten, die er seinen ihm von Gott anvertrauten Untertanen gegenüber habe, bedrückten ihn im gegenwärtigen Augenblick mehr als jene anderen »Verbindungen« gegen Kaiser und Reich, und wenn einmal andere von der Gefahr noch weiter entfernte Fürsten des Reiches dergleichen Wege einzuschlagen für gut fänden, so würde es ihm die ganze Welt verdenken, wenn er nur aus eitlem Ruhm eine dem Kaiser und dem Reiche nichts mehr helfende Standhaftigkeit bewahre und.

*) In dem Schreiben an Kurmainz v. 5. Dez. Ebenfalls in Fasc. 11 Nr. 164

**) Ebenfalls in Fasc. 11 Nr. 164.

sich und seine armen Untertanen der Gefahr aussetze, unter Feuer und Flammen begraben zu werden, oder wenn er eine Flucht ergreifen würde, die ihn von jenen Kirchen, mit welchen er als Bischof vermählt sei, auf ewig trenne. So habe er sich, so hart es ihm auch angekommen, zu diesem Schritte entschlossen, nachdem er alles Erdenkliche gewagt und dem feindlichen Ansinnen nur Schritt für Schritt gewichen, mithin »alle Staffeln der Standhaftigkeit« durchgewandert sei. In einem späteren Briefe an Kurmainz heisst es: »Man kann uns nicht zumuthen, dass wir die alleinigen sein sollen, bei wirklich allzu tief gelegter Bresche den Sturm für das ganze gemeine Wesen auszuhalten und durch Aufzehrung ganzer Länder, ja eigenen Leib und Lebens und Freiheit dem ohnehin in sich schon grössten Theils schwürigen Reichskörper ein ohnmächtiges Beispiel der übertriebenen Herzhaftigkeit zu geben.«

Der Bischof spricht von anderen von der Gefahr noch weiter entfernten Fürsten, die dennoch den von ihm begangenen Weg einzuschlagen für gut erachteten. Er meint damit die Kurfürsten von der Pfalz und von Bayern, ferner den Herzog von Württemberg. An diese hatte sich Adam Friedrich in seiner Bedrängnis um die societätsmässige Hilfe gewendet, aber abschlägige Bescheide erhalten. Der Herzog von Württemberg, dessen Truppenkorps der Bischof früher so abfällig kritisiert hatte, stellte sein eigenes Land als vom Feinde gefährdet dar*) und versicherte, er müsse darauf Bedacht nehmen, sich so gut wie möglich aus der Affäre zu ziehen. Auch sei er von verschiedenen »vornehmen« Ständen benachrichtigt worden, dass sie auf gleiche Gesinnungen verfallen und nach den vorliegenden leidigen Umständen »auf solche hinlängliche Auskunftsmittel in comitiis hiernächst antragen, wodurch alles grössere Ungemach vom deutschen Vatterland abgewendet und dessen völliger Ruhestand nach so vielen Drangsalen wiederum in Bälde glücklich hergestellt« werden könne. Vom Kurfürsten von Bayern lief ein Schreiben an den Bischof ein,**) worin es hiess, »gleichwie Wir nun an diesem Ew. Liebden betreffenden harten Schicksal gewiss allmitleidigfreundnachbarlichen Antheil nehmen,« so wünschte der Kurfürst

*) Fasc. 11 Nr. 160.

**) Vom 7. Dez. Fasc. 11 Nr. 157.

auch von Herzen, zum Besten der fürstlichen Hochstifte sich verwenden zu können; da aber die eigenen und sämtliche bayerischen Kreislande in Gefahr seien, und diese zunächst geschützt werden müssten, so sei er nicht im stande, zu helfen. So erging es dem Bischof überall, wo er anklopfte; er erhielt, wie er an Baron Widmann schrieb,*) »auf seine allenthalben um societätsmässige Assistenz geschehene Anrufungen lauter trostlose Antworten,« man liess ihn, einen »bisher so ausserordentlich treuen Adhärenten der gemeinen Sache, am Kreuze hängen,« und so habe er getan, was in einer solchen Verlassenheit wohl der »Allerstarkmüthigste« getan haben würde, »um die schon bis zum Mund getriebenen Wasser nicht ganz und gar über den Kopf hinaus gehen zu lassen.«

Von dem Stand der Dinge in Franken und anderwärts ist man in Wien natürlich nicht erbaut, wie aus einem Schreiben des Grafen Colloredo an den z. Zt. in Ulm weilenden Baron Widmann hervorgeht.**) Colloredo schreibt, man sei indigniert über das Vorgehen des Herzogs von Württemberg; es sei doch ein Unterschied zwischen dem vom Feinde wirklich überzogenen fränkischen Kreise und dem schwäbischen, dessen Grenzen nicht einmal vom Feinde berührt würden. Graf Colloredo stellt Alles im günstigsten Lichte dar und fährt fort: »Es beruhet demnach Alles darauf, dass man sich nur nicht kleinmüthig zeige und Allem Standhaftigkeit entgegensetze und dem Feind nicht ohne Noth gewonnenes Spiel gebe, zugleich auch auf der Kayserlichen Majestät reichsväterliche Fürsorge sich verlasse.« Ihre Majestät verlange dabei gewiss keine unmöglichen Dinge. — Wahrlich, es gehörte viel Mut dazu, in jetziger Zeit noch eine solche Sprache zu führen! Freilich wusste man in Wien, dass man sich mit den meisten Verbündeten sehr viel erlauben konnte.

Der Bamberger Obersthofmeister Frhr. v. Rotenhan war nach Würzburg geschickt worden, um vom Fürstbischof die Entschliessung auf die Forderung des preussischen Generals v. Kleist zu holen. Der Bischof übergab ihm die Neutralitäts-Erklärung an Kleist mit dem weiteren Auftrag, soviel als immer tunlich des Reiches Würde und Ansehen mit seiner »Dignität

*) Fasc. 11 Nr. 162.

**) Brief vom 10. Dez. In Fasc. 11 Nr. 162.

vereinbarlich beizubehalten.« Aber dem Obersthofmeister widerfuhr ein Ungemach; mit seinen Instruktionen von Würzburg nach Bamberg unterwegs, wurde er von 4 desertierten preussischen Dragonern und Husaren angefallen, bis auf die Stiefel ausgezogen und ihm Alles samt den Depeschen geraubt.*) Dadurch wurde die Regelung der Angelegenheit verzögert, indem die Weisungen an Rotenhan wieder angefertigt und diesem nachgesandt werden mussten. Doch General v. Kleist, den das Missgeschick des Obersthofmeisters vielleicht auch etwas gerührt hatte, begnügte sich vorläufig mit dem mündlichen Vortrage Rotenhans und verliess am 8. Dezember mit seiner Kriegsmannschaft die Stadt Bamberg, wobei er lediglich den Baron Rotenhan als »Contrahenten« mitnahm.

Baron Rotenhan hatte eine wichtige Mission zu erfüllen, die er auch sehr zur Zufriedenheit des Fürstbischofs ausführte, der sich selbst bei dieser Gelegenheit wieder als echter Diplomat erwies. Wir haben gehört, dass in Folge des Missgeschicks, das dem Obersthofmeister auf der Reise zwischen Würzburg und Bamberg begegnete, die Instruktionen für den Neutralitätsabschluss zwischen dem Fürstbischof und dem Könige von Preussen einschliesslich der Zusicherung des Bischofs, seine Kontingente von der Reichsarmee abzurufen, verloren gingen, und dass sich dadurch die Abwicklung der für den König in diesem Augenblick sehr wichtigen Angelegenheit verzögerte. Das war ein günstiger Zufall, den der Bischof auch geschickt erfasste, um die ganze Sache bis zu der Zeit hinauszuziehen, wo ihr Zustandekommen für den König keinen Wert mehr hatte. Ein Verdienst hiebei gebührt, wie ich schon angedeutet habe, dem Baron Rotenhan, der die ihm von Würzburg erteilten Winke den Intentionen des Fürstbischofs gemäss verwertete. Die Aufgabe Rotenhans war eine mehrfache: er hatte mit dem preussischen General v. Kleist, sowie mit dem preussischen Minister Grafen Finckenstein über Abberufung der fürstbischöflichen Truppen von der kaiserlichen und der Reichsarmee, über Nachlass der Kontribution, Neutralität u. s. w. zu verhandeln. Das ihm widerfahrene Missgeschick benützte Baron Rotenhan sofort, um bei der Nachricht, dass sich

*) Schreiben des Fürstbischofs an Kurmainz v. 9. Dez. In Fasc. 11 Nr. 164.

die Reichsarmee, unter der sich auch die bambergischen und würzburgischen Kontingente befanden, den Preussen nähere, dem General zu sagen, in welcher Verlegenheit er sich befände, weil der König sich allenfalls vorstellen könnte, man hätte zu Bamberg die Abberufung der Kontingente versichert und liesse dennoch zu, dass gegenwärtig eben diese Mannschaft im Anzuge wäre. Allein das sei nicht so. Dem General sei am allerbesten bekannt, durch was für besondere Ereignisse der Abschluss dieser Punktation bis zum heutigen Tage verhindert worden sei, wodurch man weder zu Wien noch zu Regensburg die beabsichtigte Abberufung dieser Kontingente habe bewirken können, sodass es also jetzt nur ein Zufall sei, dass diese sich noch bei der Reichsarmee befänden. Der General werde das Alles selbst bezeugen, um dadurch den Fürstbischof »aus aller Verlegenheit und üblen Vermuthung zu setzen.«*)

Baron Rotenhan hatte auf dem Marsche auf Geheiss des Generals v. Kleist ein Promemoria entworfen, das dem Könige gesandt werden sollte. Dieses Schriftstück gefiel aber dem General nicht, er meinte, es sei für den König viel zu weitschweifig, er solle kürzen, punktenweis aufsetzen und gebrochen schreiben lassen, damit der König seine Entschliessung gleich beisetzen könne. Das habe er getan und so eine Punktation hergestellt. Der General hatte zwar an dem Schriftstück bezüglich des Inhalts auch jetzt noch Manches auszusetzen, schliesslich gab er sich aber damit zufrieden, nachdem noch der 3. Punkt fallen gelassen war.**) Aber auch der Fürstbischof ist mit der ihm abschriftlich übersandten Punktation nicht ganz einverstanden, er gibt vielmehr unterm 14. Dezember dem Baron Rotenhan Anweisungen, wie einige Hauptpunkte nachzutragen und Anderes deutlicher zur Geltung zu bringen sei. Unterwegs konnte aber Rotenhan der »immerwährenden sehr beschwerlichen Märsche« wegen weiter nichts tun, in Leipzig dagegen hatte er eine Unterredung mit dem preussischen Geheimen Minister Grafen v. Finckenstein, deren Inhalt er dem Fürstbischof am 20. Dezember mitteilt.

*) Schreiben Rotenhan's an Kleist, d. d. Schleussingen, 11. Dez. Dies wie das Folgende in Fasc. 11 Nr. 166.

**) Die Punktation, ebenfalls aus Fasc. 11 Nr. 166, ist als Anhang 3 beigegeben.

Erst schildert er den Minister als einen zwar »ausnehmend höflichen und bescheidenen« Herrn, »von keinem sonderlichen Alter,« »jedoch also präcis und kurz und determinirt in seinen Ausdrücken, dass nicht viel dagegen vorzustellen ist, weilen in allem vorausgehet, Ihrer Majestät des Königs Befehl ist also.« Rotenhan spricht in übertriebener Weise von seiner eigenen Lage*) und kommt dann auf die Unterredung selbst. Der Minister teilte ihm mit, er habe dem Könige vorgetragen, was er, R., ihm wegen der zu Schleussingen verfassten Punktation gesagt, der König aber finde mehr Konvenienz darin, eine Neutralitäts-Konvention mit einzelnen Reichsständen zu errichten, als die Sache »bis auf einen allgemeinen Reichsschluss ankommen zu lassen.« Ihre Majestät hätte geglaubt, er, Rotenhan, sei mit einer gehörigen Vollmacht versehen, um eine Konvention zu signieren.**) Da dies nicht der Fall, so wäre gleich eine Estafette hinauszuschicken, um diese Vollmacht vom Fürstbischof zu verlangen, damit die Neutralitäts-Konvention sogleich gefertigt werden könnte. Nach einigen Gegenvorstellungen wegen des Wortes »Neutralität« habe der Minister gemeint, man müsse etwas Gefährliches im Sinne haben, weil man alle Wirkungen einer Neutralität eingehen, das Wort selbst aber vermeiden wolle. Der König wäre gewohnt, klar zu reden, und verlange auch klare Antworten, damit alle »Wortausdeutungen und Verdrehungen« vermieden würden. Er, Rotenhan, habe darauf erwidert, dass das Wort »Neutralität« eine vollständige Absprengung von dem zwischen Kaiser und Reich bestehenden Verbande in sich schliesse, was aber »in etwas gehässig« wäre; die Abberufung der Truppen aber könnte »durch die jetzigen Umstände mehreres colorirt werden, und wäre in effecto all eines«. Der Minister habe sich beruhigt und erklärt,

---

*) Er sagt, er stecke zwischen Thür und Angel, er befinde sich in einer Lage, wie sie »vielleicht in 100 Jahren keinem Menschen, noch weniger einem reichsfürstlichen Minister widerfahren« sei. Doch er bittet, auf seine Person keine Rücksicht zu nehmen, denn er sei ev. entschlossen, »die Zahl derer ehemaligen so berühmten Römer zu vermehren, wenn es auf das Aeusserste ankommen sollte.«

**) Aus alledem geht hervor, dass Frhr. v. Rotenhan am 11. Dezember zu Schleussingen keine Neutralitäts-Punktation abgeschlossen hat, und dass sich mithin Schäfer (Geschichte des 7jähr. Krieges, II 2 S. 698) im Irrtum befindet, wenn er von dem Abschluss der Punktation berichtet.

er wolle es übernehmen, den König dahin zu vermögen, dass das Wort »Neutralität« weggelassen werde. Er, Rotenhan, habe ferner auf Nr. 1 der Punktation bestanden, aber die Antwort erhalten, dass die Rückgabe der bereits erhobenen Kontribution viele Schwierigkeiten machen würde; sein, des Ministers, Rat wäre, »sich wegen des Künftigen zu prospiciren und das Vergangene zu vergessen« Wenn der König künftiges Frühjahr wieder ein »proportionirtes« Korps nach Franken schicken sollte, würden diejenigen Stände, welche die Konvention eingegangen, ausser Sorge sein können. Mehrere und höhere Reichsstände hätten schon zu Regensburg ihre Erklärung hierüber an den kurbrandenburgischen Minister Baron v. Plotho abgegeben und würden »gute Wirkung hiervon erhalten,« sodass der Fürstbischof von Bamberg und Würzburg sich auch ohne Bedenken einlassen könnte. Der Minister fuhr fort: Der Fürstbischof würde, wenn das Alles geregelt sei, seine Truppen abberufen, sie gegen den König nicht mehr dienen lassen und sich in diesen Krieg nicht mehr »melliren,« ferner, wenn der Antrag auf Neutralität auf dem versammelten Reichstag gestellt werde, mit seiner Stimme beitreten. Diese Konvention hätte er, R., im Namen des Bischofs zu unterzeichnen. Er habe noch hinzugefügt, wenn die Abberufung der Truppen bei Prinz Stolberg geschähe, würde dieser gewiss vor deren Entlassung an den Kaiser berichten und sicher die Antwort erhalten, sie nicht abziehen zu lassen. Der König möge also ein solches Ereignis dem Fürstbischof nicht zur Last legen, als eine Sache, welche zu verhindern nicht in dessen Macht stünde. Der Minister meinte, der Prinz werde das um so weniger tun, als zu gleicher Zeit auch die bayerischen und württembergischen Truppen abberufen würden, der Prinz sich also doch besinnen werde, bevor er einen so beträchtlichen Teil seiner Armee gegen Willen und Ordre ihrer Prinzipale zurückhalte. Da nun, so fügte der Minister hinzu, dem Könige viel an der Errichtung der Konvention gelegen sei, so hätte er, R., sofort eine Estafette abzuschicken, um die Vollmacht so bald als möglich zu erhalten. Er habe nun dem Minister angetragen, er wolle ihm den an den Bischof abzusendenden Bericht ad statum legendi zuschicken, um zu beweisen, dass er auch Alles getreulich übermittle. Allein auch das sei abgelehnt worden mit dem Be-

merken, es bedürfe dieser vielen Schreiberei nicht, er, R., solle der Verabredung gemäss seinen Bericht so schnell als möglich abschicken und die Vollmacht verlangen. In einem Berichte vom 22. Dezember gibt Rotenhan dem Bischof das Nähere bekannt über die von diesem nachträglich beantragten, in der Punktation aber zum Teil unberücksichtigt gebliebenen Punkte; u. a. äusserte Graf Finckenstein, er sehe nicht ein, wie das Ansehen und die Würde eines einfachen Reichsstandes (diese Bemerkung gilt dem Bischof!) verletzt würde, wenn dieser künftiger Ruhe und Sicherheit halber seine Truppen von einem Korps abziehe, das bis dahin dem ganzen Reich zur unerträglichen Last und von gar keinem Nutzen gewesen sei. In einem Nachtrage teilt Baron Rotenhan mit, er sei diesen Morgen beim Prinzen Heinrich gewesen, in dem er »viele Leutseligkeit« gefunden habe. Der Prinz habe sich nach dem Fürstbischof erkundigt, Verschiedenes über Würzburg gefragt und sein Bedauern ausgedrückt, dass die »mehrmalen sich ergebenen Umstände« dem Bischof zur Last gefallen seien.

Der Fürstbischof sendet an Rotenhan die verlangte, vom 5. Dezember datirte Vollmacht (dasselbe Datum hatte die verloren gegangene getragen). Er wünscht der Punktation nebst Anderem besonders noch das beigesetzt, dass er sich von dem reichsgesellschaftsmässigen Verband, der unter Haupt und Gliedern fortbestehen müsse, auf keine Weise trennen lassen könne, da ihn hiezu seine »theuer beschworenen Reichspflichten« anwiesen, die er auch dem allmächtigen Gott abgelegt habe, und an die er sich sowohl als Reichs- und Kreisstand als auch als Bischof nach seiner Religion gebunden erachte. Ausserdem habe er den Instruktionspunkten mit Fleiss beigesetzt, dass er sich aus dieser Sache nur auf eine dem reichsfürstlichen Ansehen und der Würde gemässe und anständige Art herausziehen wolle. Die Erhaltung dieser Würde und dieses Ansehens aber bestehe hauptsächlich darin, bei der Reichstagsversammlung eine freie und die Pflichten eines Reichsstandes nicht überschreitende Stimme führen zu können. Dieses kostbaren Kleinods und des gesellschaftsmässigen Verbandes könne er sich auf keine Weise begeben. Da nun der König von Preussen die deutsche Stimmenfreiheit jederzeit über Alles erhoben habe, also auf dieser Seite um so ungekränkter

belassen werde, so werde der Antrag nächstens an die Reichsverfassung gebracht und die Frage, ob und wie sich das gesamte Reich mit Ehren und Glück aus diesem Kriege ziehen könne, in Bewegung gesetzt werden.

Man sieht, der Fürstbischof konnte auch bestimmt auftreten und energisch sein. Hätte er nur eine kleine Dosis dieser Eigenschaften in seinem Verkehre mit Wien seinen Auslassungen beigemengt, so wäre er sicherlich besser gefahren und hätte vielleicht jetzt nicht nötig gehabt, sich zu den Verhandlungen mit dem Preussenkönig eines Mannes zu bedienen, den der Feind aus seiner Residenz als »Contrahenten« mitgenommen hatte. Uebrigens hat die Festigkeit, mit der Adam Friedrich jetzt auf einmal gegen Preussen auftritt, doch auch eine sehr sichtbare Grundlage; dies erhellt aus den geheimen Punkten, die dem Kurier »zur sicheren Belieferung« an Rotenhan mitgegeben wurden. Darin heisst es u. a., dem Baron Rotenhan sei vertraulich zu eröffnen, dass sicherem Vernehmen nach zwischen Wien und Berlin die Friedensverhandlungen sehr nahe seien, worauf R. sein Augenmerk zu richten und weshalb er das Seinige zur »unschädlichen Verzögerung der Sache« beizutragen habe, damit man Zeit gewinne, beim Reichstage, wo die Sache nach hl. 3 König (6. Januar) vorgenommen werden solle, mit anderen Reichsfürsten und vielleicht früher, als Rotenhan sein Geschäft beenden werde, die freie Stimme führen zu können; ferner auch »nicht unsicher« verlaute, dass zwischen der Reichs- und preussischen Armee eine Konvention wegen der ruhigen Winterquartiere zunächst in Saalfeld werde abgeschlossen werden. Weiter soll Rotenhan am Ende der Sache und nach geschlossener Punktation, wenn sich ein günstiger Zeitpunkt finde, den Antrag stellen, es möchte das 1758 von Bamberg weggeführte Kirchen- und Hofsilber wieder zurückgegeben werden, da dieses lediglich im Vertrauen auf die den preussischen Truppen angerühmte gute Manneszucht, besonders aber, um mit dem Hofsilber einen etwa ankommenden hohen General bewirten zu können, in Bamberg zurückgelassen worden sei. Der Obersthofmeister solle aber diese Sache geschickt und vorsichtig einleiten und die Gewährung dieses Verlangens der Grossmut des Königs anheimgeben. Sollte er, R., aber befinden, dass der Antrag nicht zulässig oder das Hof- und Kirchen-

silber nicht mehr vorhanden sei, so solle er den Antrag unterlassen. Ueberdies solle Rotenhan mitgeteilt werden, dass nach soeben eingelangter sicherer und verlässiger Nachricht der Herzog von Württemberg mit dem Könige von Preussen keinen Partikularvertrag abgeschlossen habe, vielmehr seine freie Stimme gleich den anderen Reichsständen auf dem Reichstag zu führen entschlossen sei, was insbesondere auch von Kurbayern und der Kurpfalz zu bemerken, mithin nicht zu glauben wäre, dass sich ein einziger Reichsstand in Partikular-Verhandlungen und -Verträge einlassen werde. Der Fürstbischof erwidert auch die Aufmerksamkeit des Prinzen Heinrich, er lässt ihm danken, dass er bei seiner Anwesenheit in den bambergischen Landen »so gross erhabene Leutseligkeit« gezeigt habe und besonders auf die Erhaltung des fürstbischöflichen Lustschlosses Seehof bedacht gewesen sei.

Baron v. Rotenhan bemühte sich, den empfangenen geheimen Instruktionen gemäss den Abschluss der Konvention nach Möglichkeit zu verschleppen, und dies glaubte er unter den vorliegenden Umständen am besten dadurch bewirken zu können, dass er sich in Leipzig öffentlich nicht sehen liess, um niemand an seine Anwesenheit zu erinnern. So schrieb er an den Bischof unterm 4. Januar 1763, dass er, um sich und seine Geschäfte in Vergessenheit zu bringen, sein Zimmer nur an Sonn- und Feiertagen der Kirche wegen verlasse, und dass auch bis zur Stunde noch keine Frage nach ihm gewesen sei, trotzdem man anfangs die Angelegenheit »mit grösster Heftigkeit« betrieben habe.

Dass man den fürstlich bambergischen Bevollmächtigten jetzt unbeachtet liess, das hatte seinen guten Grund; Friedrich II. hatte im Augenblick Wichtigeres zu tun, als die Neutralitätsverhandlungen mit dem Hochstifte Bamberg zu betreiben, denn in Hubertusburg war man bereits mit den Beratungen über einen allgemeinen Friedensschluss beschäftigt. Auch Baron von Rotenhan erwähnt dessen, er schreibt dem Bischof, man spreche in Leipzig von Unterhandlungen zu Hubertusburg, die aber so geheim gehalten würden, dass man keinen Reisenden, wer er auch sei, durch den von Jäger-Ordonnanzen abgesperrten Ort lasse. Sollten sich aber die Friedensverhandlungen zerschlagen

und er gedrängt werden, so werde er die Punktation aufsetzen und sie dem Bischof zur Ratifikation zusenden.

Man sieht hieraus, dass die Angelegenheit, die Adam Friedrich zuerst in so grosse Aufregung versetzte, jetzt nicht nur in ein ruhiges Fahrwasser, sondern sogar in's tote Wasser geraten war Daran war lediglich das Reiseabenteuer des Obersthofmeisters Baron v. Rotenhan bezw. die Tatsache schuld, dass General v. Kleist von Bamberg abzog, ohne etwas Schriftliches vom Fürstbischof in Händen zu haben.

Baron Rotenhan hatte jetzt keine Aussicht mehr, ein Märtyrer der »gemeinen Sache« zu werden, und die Zahl der »ehemaligen so berühmten Römer« zu vermehren. Unterm 22. Januar sandte der Fürstbischof ein Reskript an ihn ab, des Inhalts, dass in dem Rate der Reichsfürsten am 17. die meisten Stimmen für die Neutralität fielen, dass aber seine beiden Reichstagsgesandten die ihnen rechtzeitig zur Kenntnis gebrachten Vota nicht abgegeben, sondern zu anderen gegriffen hätten.*) Er habe aber dafür gesorgt, dass sie sich in Zukunft durch niemand mehr irre machen liessen, ihr Votum abzugeben, wie er es befehle. Er hoffe nun, die Entschliessung des Reichstages werde dem bedrängten Reiche nicht allein die so nötige Ruhe verschaffen, sondern auch mit Gottes Beistand einen baldigen Generalfrieden erzielen. Seine Wünsche seien alsdann erfüllt, und er werde sich »gewiss gross bedenken, fürohin in ein oder andere dergleichen weit aussehende Vorkommenheiten sich einzulassen.« Er hoffe, der König von Preussen werde nunmehr Rotenhan um so eher baldigst entlassen, als dessen Anwesenheit in seinen sehr erschöpften und nicht wenig in Unordnung geratenen Landen beabsichtigter Verbesserungen wegen erforderlich sei und er andererseits gedenke, den Baron Rotenhan die erlittenen Beschwernisse vergessen zu machen sowie dessen Verdienste zu belohnen. Am 29. Januar konnte denn auch Rotenhan berichten, dass, wie ihm Minister

*) Diese Eigenmächtigkeit (oder haben wir es hier blos mit einer Ausrede des Bischofs zu tun?) mutet um so merkwürdiger an, als der Bischof in seinem Schreiben an Rotenhan vom 29. Dezember bemerkte, er werde seine Reichstagsgesandten »gemessen anweisen,« . . . . . ihre Stimmen auf dem Reichstag zu verfassen und abzugeben.

Graf Finckenstein mitgeteilt, der König mit den vom Bischof nach Regensburg gegebenen Voten zufrieden wäre, er wolle nur hoffen, dass sie durch die Gesandten des Bischofs eben so auch zu Protokoll gebracht würden. In dieser Voraussetzung lege der König der Abreise Rotenhans nichts mehr in den Weg.

Ich habe den Bericht über die Mission des Obersthofmeisters Baron v. Rotenhan, obwohl er die Erlebnisse eines Zeitraumes von fast anderthalb Monaten umfasst, nicht unterbrochen, um das Bild dieser diplomatischen Tat des Fürstbischofs und seines Bevollmächtigten nicht zu beeinträchtigen. Nun muss ich aber aus den Verhandlungen, die Adam Friedrich in der Zeit seiner schwersten Bedrängnis — man wäre fast versucht, seiner »tiefsten Erniedrigung« zu sagen, — mit mehreren seiner Mitstände und mit Wien führte, noch Einiges nachtragen. Von Wien aus wurde der Bischof davor gewarnt, sich in Unterhandlungen mit Preussen einzulassen, da Alles vergeblich sei, weil Preussen die Abmachungen nur insoweit für sich als verbindlich erachte, als sie seinen Vorteil förderten. Interessant ist, dass das der Reichs-Vizekanzler Graf Colloredo sagte,*) ein Mann, der doch recht gut wusste, dass es der Wiener Hof nicht anders machte! Der Bischof suchte den Wiener Hof davon zu überzeugen, dass er hier nur unter einem höheren Zwange gehandelt. In einem Schreiben an die kaiserliche Majestät**) spricht er von dem unglücklichen Zufall, der ihm jene verfängliche Erklärung an den König von Preussen abgenötigt habe. Aber er hoffe immer noch, dass sich die Sache (wegen seiner Neutralitäts-Punktation) zerschlage, denn er habe seinen »Aeusserungen« Bedingungen angehängt, deren Erfüllung von jener Seite (Preussen) nicht wohl erwartet werden könne. Er erhalte aber, fügt der Bischof hinzu, die Nachricht, dass die meisten aus seinen Landen mit fortgenommenen Geiseln ohne Entgelt entlassen worden seien, »welches mich dann die k. preuss. Ausnahme und Berichtigung dieses betrübten Handels nicht ohne Grund vermuten lasset.« Wäre es so, so läge es nicht mehr in seiner Gewalt, einen Aufenthalt (in dem Vollzug der Punktation) zu veranlassen, ohne sich neue Rache und neues Unglück zuzuziehen. Da man in Wien fortfuhr, in den Fürst-

*) In seinem Schreiben vom 28. Dez. in Fasc. 10 Nr. 155.

**) Vom 30. Dezember daselbst.

bischof zu dringen, er dürfe ja nicht die Punktation zum Abschluss kommen lassen, so erklärte er dem Grafen Colloredo,*) dieser werde wohl am besten sein, des Bischofs, Unvermögen beurteilen können, »mit einem rachgierigen und zu aller böser Vergeltung fähigen König auf einmal wieder abzubrechen« und jene von ihm obwohl mit Gewalt erpresste Erklärung zu einer Zeit aufzukündigen, wo die »allgemeine Sprache der kur- und fürstlichen Reichshöfe noch weiter als aus meiner Aeusserung mit Offenkundigkeit hervorgeht.« In einem weiteren Schreiben an den Grafen Colloredo beklagt sich der Bischof, dass er durch das schnelle Vorgehen des kurfürstlichen Kollegiums, wo die Angelegenheit wegen der Neutralität schon am 10. Januar »zur wirklichen Deliberation und Sprache« gebracht worden sei, in die grösste Verlegenheit versetzt werde, da er bisher mit so vieler »Sorgfalt, Mühe und Behutsamkeit« alles zu entfernen und zu verhindern gewusst habe, damit jene ihm von Preussen abgerungene Erklärung bis zum gänzlichen Abschluss des Friedens unterdrückt werde und auf sich beruhen bleiben möge. In dieser »zweideutigen Zufälligkeit« habe er seine Komitial-Gesandten mit zweierlei Instruktionen dahin versehen, dass sie, wenn es sich immer tun lasse, und es wirksam sein sollte, sich einstweilen nur dilatorisch vernehmen lassen, im Falle aber der Hauptsache dadurch nicht genützt, ihm selbst aber der feindliche Hass noch mehr zugezogen werde, sie dann mit seiner »bekannten Sprache« herausgehen sollen.

Auch Baron Widmann bearbeitet von Stuttgart aus den Bischof dahin, dass man mit der Neutralitäts-Proposition auf dem Reichskonvent zurückhalte, auch sonst von den einzelnen Ständen kein Schritt in der Sache geschehe. Die kaiserliche Majestät versehe sich dessen sowie der an die Komitial-Gesandtschaft unverzüglich zu erteilenden Weisung von Seiten des Bischofs um so zuversichtlicher, als sie nichts anderes als Zeit zu haben verlange, um den nämlichen Endzweck, auf den sämtliche Fürsten und Stände abzielten, auf die eine oder andere Art in wirkliche Erfüllung zu bringen.**) Der Bischof antwortet, er könne jetzt

*) In seinem Schreiben vom 4. Januar 1763.

**) Korrespondenz zwischen Widmann und dem Bischof in Fasc. 11 Nr. 162; hier Brief v. 11. Januar.

nichts mehr tun, nachdem die meisten Stimmen bereits im offenen Protokoll des Reichsfürstenrates dalägen. Baron Widmann weist dann den Bischof auf das am 19. Januar in Regensburg ad dictaturam publicam gebrachte kaiserliche Kommissionsdekret, die Herstellung des Friedens und Ruhestandes des Reiches betr., in dem Ihre Majestät sich grossmütig erbiete, bei dem noch fortdauernden Kriege sich der Reichshilfe zu begeben und dadurch den Ruhestand gerne befördern zu helfen.*) Der Bischof werde selbst beurteilen, dass damit Alles erschöpft sei, was man durch eine Neutralität zu erwirken suche und von den Ständen des Reichs sowie vom Könige von Preussen verlangt würde, nämlich die Zurückziehung ihrer zur Reichsarmee gestellten Kontingente. Gleichwie dadurch das »in comitiis von den chur- und fürstlichen collegiis in Bewegung gebrachte Neutralitäts-Geschäft« notwendiger Weise auf sich zu beruhen habe, dagegen dieses Kommissions-Dekret das einzige »objectum deliberationis« der Reichsversammlung sein müsse, so möge der Fürstbischof ohne Verzug seine Komitialgesandten anweisen, auf die bezeichnete Art zu votieren und auf den für die Neutralitäts- oder Kon-

*) Es waren verschiedene Vorschläge zur Erledigung der Angelegenheit gemacht worden. Der Kurfürst von Mainz war der Anschauung (Brief vom 2. Dez. 1762 an den Fürstbischof in Fasc. 11 Nr. 164), die Reichsarmee sollte von den k. k. Truppen abgesondert, aber zusammengehalten und an einem sicheren Orte in der Nachbarschaft zur Bedeckung der Reichslande aufgestellt werden, mit der Erklärung, dass sie gegen die preussische Armee keineswegs offensiv agieren, sondern sich ganz stille verhalten und blos zur Beschützung des Reichs dienen solle. Dagegen sei vom König zu verlangen, dass die fränkischen, bayerischen, schwäbischen, rheinischen und thüringischen Reichs- und Kreislande von allen ferneren Ueberfällen verschont, keine Truppen dahin geschickt, die dort stehenden zurückgezogen, Kontributionen und Lieferungen daselbst ferner nicht mehr ausgeschrieben, die etwa schon angesagten Kontributionen nachgelassen und die Geiseln freigegeben werden sollen. Der Kurfürst von Trier machte den Vorschlag (Schreiben vom 7. Jan. 1763 an den Gesandtschaftsvertreter in Regensburg, reproduziert in dem Briefe an den Fürstbischof vom 27. Jan. Fasc. 11 Nr. 159), der König von Polen solle bewogen werden, auf die zu gunsten und Rettung Sachsens bewilligte und seither mit dem Aufwande aller Kräfte geleistete Reichshilfe wieder zu verzichten und solches der kaiserlichen Majestät anzuzeigen. Diese würde sodann ein Reichsgutachten fordern, was mit der Reichsexekutionsarmee nunmehr zu geschehen habe, und das könnte nicht anders ausfallen, als dass Ihre kaiserliche Majestät aufzufordern wäre, die Reichs-Armee wieder zu entlassen.

ventions-Errichtung mit Preussen bereits abgegebenen Voten nicht weiter zu bestehen. Der Bischof versichert daraufhin, er sei sich vollkommen darüber einig, wie er sich dem kaiserlichen Kommissionsdekret gegenüber zu verhalten habe, seine Sprache werde der »allerhöchsten Gesinnung gemäss« sein. Er kann aber nicht umhin, einen kleinen Tadel beizufügen, indem er meint, es wäre wohl zu wünschen gewesen, dass »nach vielem wohlmeinenden und treuen Anrathen« dieser Weg früher eingeschlagen worden wäre, womit »mancher schädliche Fehltritt« sich hätte vermeiden lassen. Auch hätte es nicht schaden können, wenn in dem Kommissionsdekret zur Gewinnung verschiedener »schwieriger Gemüther« den Fürsten und Ständen des Reichs »in Anbetracht ihrer zum höchsten Dienste bisher verwendeten Kosten und mit Geduld ertragenen Leidenschaften« etwas mehr Angenehmes zu erkennen gegeben worden wäre, da man unter gewissen angesehenen Reichsfürsten eine Art von Misstrauen und Unzufriedenheit bemerke, welche von bösen Folgen sein dürfte. Zu allem Glücke scheine aber das grosse Friedenswerk zwischen Oesterreich und Preussen dem Abschluss nahe zu sein, und nichts könnte so vielen widrigen Begebenheiten das erwünschte Ziel noch bei guter Zeit setzen, als wenn der allgemeine liebe Frieden nur bald ins Mittel trete. Dies könne Niemand mehr wünschen als der fränkische Kreis, welcher sich nach so vielen Kriegsdrangsalen mit einer Menge »ungezogener« Truppen gänzlich überschwemmt,*) dabei aller Hilfe entblösst und sich seinem Elende platterdings überlassen sehe.

Damit schliesst der letzte Brief des Bischofs an Widmann; die Sprache, die er hier führt, ist gar sehr verschieden von derjenigen, die wir aus den früheren Briefen Adam Friedrichs kennen. Der Bischof hat seine Würde wiedergefunden, die er während des Krieges namentlich dem Hause Habsburg und dessen Vertretern gegenüber oft genug vergass.

Dass Adam Friedrich, solange der Friede nicht definitiv

*) Der Bischof schrieb am 20. Dezember an den Bischof von Fulda (in Fasc. 11 Nr. 159): »Nunmehr stehet das ganze Reichskriegsheer, welches durch mehrere k. k. Regimenter verstärkt ist, in den fränkischen Kreislanden und zehret die wenigen Ueberbleibsel noch völlig auf, während das zahlreiche Corps Sachsen meine würzburgischen Lande bis auf den letzten Vorrath konsumiret.«

abgeschlossen bezw. in Regensburg ein Preussen genehmer Beschluss gefasst war, sich immer noch in Sorgen befand wegen seiner speziellen Angelegenheit mit dem Könige von Preussen, das zeigt sein Schreiben an Kurmainz vom 20. Dezember 1762*); andererseits stehe ich aber auch nicht an, in diesem Briefe nebenbei ein erfreuliches Zeichen des hochentwickelten Gerechtigkeitsgefühls des Bischofs zu erblicken. Er schrieb nämlich, das harte Verfahren, das die kaiserliche kombinirte Reichsarmee gegen Bayreuth einschlage (das auf Seite des Königs von Preussen stand), erwecke bei verschiedenen kurfürstlichen und fürstlichen Höfen neue Sorge, indem man nicht ohne Grund befürchte, der König von Preussen könnte zum Schutze des ihm verwandten Hauses eine bedeutende Truppenmacht anmarschieren lassen und so die benachbarten Kreisländer von Neuem in Gefahr bringen. Man sehe das, was in den Bayreuther Landen geschehe, als unzulässige Feindseligkeit an und als ein reichskonstitutionswidriges Verfahren, das von einem Stande gegen den anderen nicht gebilligt werden könne. Dieses Vorkommnis bilde mit ein Grund, weshalb sich verschiedene Höfe (genannt sind der kurbayerische und kurpfälzische) »partikulariter« mit Preussen verständigen wollten, weil der Kaiser doch nicht die Macht besitze, das Reich zu schützen.

Die Macht hätte er wohl besessen, aber der gute Wille fehlte. Oesterreich schützte die Reichsstände nicht, ja es war sogar darauf bedacht, sich bei Aufstellung der Friedensbedingungen aller Verpflichtungen seinen Verbündeten gegenüber zu entledigen. Zwar hatte der Kurfürst von Trier Ende Januar dem Fürstbischof von Würzburg-Bamberg geschrieben:**) » . . . . Freylich thut auf solche Weis (nämlich durch das Vorgehen der Reichsstände behufs Erlangung des Friedens) der Entschädigungspunkt ganz hinwegfallen, wer wird aber noch an diesen gedenken, wo die Stände nichts als den Frieden wünschen, die mächtigsten aber aus ihnen es noch wohlfeiler gethan und mit ihrer schon also niederträchtig vorgehabten Neutralität nicht allein ihre bisherigen Kosten verschmerzet, sondern dazu noch die ganze Reichsverfassung drangegeben hätten« — allein dieser Anschauung waren nicht alle Reichsstände, und, was die Haupt-

*) In der schon mehrfach erwähnten Korrespondenz.

**) In Fasc. 11 Nr. 159.

sache ist, das Haus Habsburg hätte vornehmer, edler und dankbarer handeln und nicht in solchen und ähnlichen Aeusserungen einen Anhalt suchen sollen, um sich einer Pflicht zu entziehen. Letzteres geschah in aller Form durch Annahme des Artikels 2 des Definitiv-Friedens-Traktats vom 15. Februar 1763, welcher lautet, » alle Feindseligkeiten, Verluste, Schäden und alles, was während der letzteren Kriegsunruhen beyderseits verübet worden, von welcher Eigenschaft es auch sein mag, soll so ein- als anderntheils sämmtlich nachgesehen und in eine ewige Vergessenheit gesetzet werden, dergestalten, dass davon niemals mehr eine Meldung geschehen, weder einige Schadloshaltung, unter was immer für einen Vorwand oder Namen begehret werden solle « Nach Artikel 19 hatte alles, was in diesem Punkte zwischen der Kaiserin und dem König verabredet wurde, auch zwischen den beiden Majestäten und allen Fürsten und Staaten des Reichs zu bestehen.*)

Bezeichnend für die »Rücksicht«, die man noch am Schlusse des Krieges auf den Fürstbischof nahm, ist die Tatsache, dass das Würzburgische Regiment, während sich alles um den Frieden bemühte, nach den österreichischen Niederlanden für das Erzhaus Oesterreich marschieren musste. Von dort kehrte es im Frühjahr in die Heimat zurück.

Zum Schlusse fasse ich die Ergebnisse meiner Forschung in folgende Sätze zusammen:

Fürstbischof Adam Friedrich hatte das Bündnis mit Oesterreich bis zum letzten Tage des Krieges treu gehalten und bis zuletzt auch die daraus für ihn und seine Lande entstandenen Konsequenzen getragen, ja noch mehr, er legte seinen Landen während des Krieges mehr als einmal freiwillig Lasten auf, die diese schwer bedrückten und sie im Zusammenhalt mit den von vorneherein eingegangenen Verpflichtungen an den Rand des

*) Thüna. Die Würzburg. Hilfstruppen im Dienste Oesterreichs. S. 238.

Ruins brachten. Aus den Landen des Fürstbischofs schöpften Freund und Feind viel von dem, was sie zu ihrem Unterhalt brauchten, und zwar nicht nur an Naturalien jeder Art, sondern sie holten auch, wie wir von den Preussen wissen, bares Geld, sowie Leute und Pferde für ihre Heere.*) Ein Glück für sie, dass des Bischofs Lande fruchtbar, seine Bewohner fleissig und genügsam waren und keine Missernte in den 7jährigen Krieg fiel.

Adam Friedrich hatte ein Spezial-Bündnis mit Oesterreich in der Subsidien-Konvention vom September 1756 abgeschlossen. In der Konvention selbst war diesem Bündnisse der alte würzburgisch-böhmische Vertrag vom Jahre 1366 zu grunde gelegt, und namentlich Adam Friedrich selbst ist es gewesen, der sich anfangs des Krieges bei jeder Gelegenheit auf diesen Vertrag berief, um sich seinen Widersachern gegenüber als für den Kriegsfall an die Krone Böhmen gebunden hinzustellen. Der Bischof gebrauchte aber damit nur einen Vorwand, um seine Hinneigung zum Hause Habsburg, die ja im Laufe des Krieges in Verbindung mit einer ungewöhnlichen Devotion oft genug zum Ausdruck kam, einigermassen zu verschleiern, wusste er doch, dass nicht wenige Reichsstände und selbst mehrere seiner fränkischen Mitstände schon vor dem Ausbruche des Krieges mehr zum Könige von Preussen als zu seiner grossen Gegnerin hinneigten. Wäre nicht schon durch den Vorgang, der sich mit dem Fürstbischof Friedrich Carl von Schönborn ereignete, die Berufung auf jenen alten Vertrag als nicht zweifellos begründet erschienen, so hätten sie die Aeusserungen des Fürstbischofs Adam Friedrich, die er dem Baron Rotenhan gegenüber getan: er werde sich gewiss »gross bedenken«, in Zukunft sich in solche weitausschauende Engagements einzulassen, als hinfällig kennzeichnen müssen. Der alte würzburgisch-böhmische Vertrag war

*) Bei der Auflösung des fränkischen Kreisverbandes im J. 1806 bestand noch eine Schuld Frankreichs an diesen Kreis für Lieferungen während des 7jährigen Krieges in der Höhe von 1,575,476 fl. Für mehrere im 18. Jahrh. zu verschiedenen Zeiten auf entgeltliche Requisition des deutschen Reichs und der zu seinem Vorteil gestellten Kriegsvölker gelieferte Bedürfnisse hatte der fränkische Kreis damals 4,989,669 fl. zu fordern. (Militärsache Nr. 1963. Kreis-Archiv Würzburg)

also nichts als ein Vorwand für den Abschluss der Subsidien-Konvention.

Beweggründe, die Adam Friedrich beim Abschluss der Subsidien-Konvention mit Oesterreich leiteten, waren ausserhalb seiner eigenen Person noch vorhanden in den regen und nahen Beziehungen, die seit Jahrhunderten zwischen Würzburg und dem Hause Habsburg bestanden und durch öfters eingegangene Allianz- und Subsidienverträge eine, wenn auch nur äusserliche, so doch ziemlich feste Gestalt annahmen. Für den Fürstbischof lag es daher nahe, dem Beispiele seiner Vorgänger folgend, ja man kann sagen, an einer schlimmen, aber lieben Gewohnheit festhaltend, auch diesmal wieder aus der Hingabe von Truppen an eine fremde Macht materielle Vorteile zu ziehen. Aber er hätte die ganze politische Konstellation berücksichtigen sollen, und diese musste ihn mindestens zur grössten Vorsicht und Zurückhaltung mahnen. Der Bischof hat unbestreitbar zu rasch gehandelt, als er sich in die Subsidien-Konvention mit Oesterreich einliess; er hätte sogar mit Aussicht auf Erfolg den Subsidien-Vertrag ablehnen können.

Ein Fehler war begangen, andere blieben nicht aus.

Freunde und Ratgeber hatte Adam Friedrich genug, aber man kann nicht sagen, dass sie für ihn ein Glück waren. Manche von ihnen erwiesen sich als Schmeichler, und gerade diesen lieh er gerne sein Ohr. Es gab Zeiten während des Krieges, wo der Bischof von seinen Schmeichlern förmlich umstrickt war, ja wo er unter dem fast greifbaren suggestiven Einflusse dieser Leute stand, so dass von ihm Alles zu erlangen war. In solchen Augenblicken liess er sich gegenüber Wien zu Zugeständnissen herbei, die über ein vernünftig zu forderndes wie zu gewährendes Mass hinausgingen. Das von seinen Freunden auf alle mögliche Weise genährte Bestreben, bei den kaiserlichen Majestäten in Wien nicht nur als ein stets bereitwilliger und vielvermögender Alliierter, sondern überhaupt als die sicherste Stütze des Hauses Habsburg im Zentrum des Reiches zu gelten, verleitete Adam Friedrich zur Ueberanstrengung seiner und seiner Lande Kräfte und Hilfsmittel. Er wähnte sich zu einer Stellung geschaffen, die er nach Lage der Dinge nicht ausfüllen konnte und nicht auszufüllen brauchte. Ehrgeiz und sein fremden Einflüssen

allzu leicht zugängliches Wesen waren mithin eine weitere Ursache seiner im 7jährigen Kriege gemachten üblen Erfahrungen.

Dass sich Fürstbischof Adam Friedrich, wie ich annehmen zu dürfen glaube, bei Abschluss der Konvention mit Oesterreich neben voller Schadloshaltung auch eine Belohnung in irgend welcher Form durch Oesterreich in Aussicht stellen liess, darin erblicke ich höchstens ein Motiv, das beim Eingang des Spezial-Bündnisses mitbestimmend war; belasten könnte der Umstand den Bischof nicht. Hätte er bei dem Risiko, das er übernahm, auch an einen Gewinn für sein Land gedacht, so wäre das nur verständlich, sogar natürlich gewesen. Einen Fehler kann ich nur darin sehen, dass er sich so lange der auf ihn eindringenden Einsicht von dem ungünstigen Stande der Sache Oesterreichs verschloss, der wieder eine notwendige Folge der Missstände im Heerwesen und, um ein Wort Adam Friedrichs selbst zu gebrauchen, des »in sich schon grösstentheils schwürigen Reichskörpers« war. Aber hiefür ist ein genügender Entschuldigungsgrund in seiner schon gekennzeichneten Charakterschwäche gegeben, d. h. in der Tatsache, dass er der Spielball in den Händen seiner Wiener Freunde war.

Der Fürstbischof machte während des 7jährigen Krieges Fehler; er hatte Schwächen, aber er zeigte auch gute Seiten. Seine unerschütterliche Bündnistreue gegenüber dem Hause Habsburg und das zähe Festhalten an den auch den anderen Mitständen gegenüber eingegangenen Pflichten, selbst zu Zeiten, wo sich andere nicht nur skrupellos davon losmachten, sondern es auch ungestraft tun konnten, verdienen alle Anerkennung, oft sogar Bewunderung. Dass die Vermutung, der Fürstbischof habe im Jahre 1758 Verbindungen mit Preussen gesucht, hinfällig ist, glaube ich nachgewiesen zu haben. Es sind gewiss keine Redensarten, wenn Adam Friedrich in Zeiten eigener schwerer Bedrängnis, wo ihm eine leichte Lockerung seiner bündnismässigen Fesseln Vorteile gebracht hätte, sich auf seine beschworenen Pflichten eines Reichs- und Kreisstandes berief, von denen er unter keinen Umständen abgehen werde. Nur einmal, als seiner Residenz Bamberg der Untergang drohte, liess er sich zu einem Zugeständnisse herbei, was aber in seiner Lage nicht nur keine Pflichtwidrigkeit, sondern Pflicht selbst gewesen ist. Die Ehre des

gesamten Reiches schwebte ihm in den schlimmsten Zeiten als das Palladium vor, das aus allen Verhandlungen zur Erlangung des dringend notwendigen Friedens rein und unbefleckt hervorgehen sollte.

Diese Bündnistreue des Bischofs und die hohe Auffassung seiner reichs- und kreisständigen Pflichten gewinnen noch an Wert, wenn man ihnen das tadelswürdige Verhalten des Hauses Habsburg und mancher seiner Mitstände gegenüberstellt. Adam Friedrich hat sich oft genug in bitteren Worten über die Nichterfüllung der bündnismässigen Pflichten seitens des Wiener Hofes beklagt, der stets forderte und auch erhielt, aber selten, und wenn einmal, nur Unzulängliches gab; er hatte aber auch Ursache, mit seinen engeren Mitständen unzufrieden zu sein, die das beschworene Wort »sozietätsmässige Hilfe«, sobald sie die Gebenden sein sollten, kaum dem Namen, geschweige denn der Bedeutung nach kannten. »Von allen Seiten erhielt ich trostlose Antworten, man lässt mich am Kreuze hängen, mich, einen bisher so treuen Adhärenten der gemeinen Sache«; in diesen wenigen Worten, die der Bischof in Tagen schwerster Not und Gefahr niederschrieb, liegt eine vernichtende Kritik des Verhaltens seiner Verbündeten.

Die Verdienste, die sich Adam Friedrich um das Assoziationswerk beim Ausbruch des Krieges erwarb, waren natürlich von Wien aus bald vergessen; dass die Erinnerung daran gar bis gegen Schluss des Krieges anhalten würde, konnte man nicht erwarten.

Die Gestalt Adam Friedrichs wächst, wenn wir sie an seinen Mitverbündeten messen. Sie erscheint uns nicht nur als die eines bündnistreuen Fürsten und geschickten Diplomaten, sondern auch als diejenige eines zielbewussten, weitausschauenden Regenten und fürsorglichen Landesvaters, wenn wir die Schöpfungen seiner weiteren Regierungszeit betrachten. Adam Friedrich stand unter dem vollen Bewusstsein, im 7jährigen Kriege Fehler begangen zu haben, aber er war von der besten Absicht und dem festen Willen beseelt, die Wunden wieder zu heilen, die der unselige Krieg mit durch seine Schuld seinen Landen und dessen Bewohnern geschlagen hatte. Durch kluge Verwaltung und weise Sparsamkeit schwand allmählich die während des

Krieges entstandene Schuldenlast*), durch Hebung von Handel und Gewerbe, Vermehrung und Verbesserung der Verkehrsmittel, Reorganisation des Münzwesens förderte er das materielle Wohl, durch bahnbrechende Verbesserungen im Volksschulunterricht das geistige Wohl seines Volkes. Er gab seinen Landen ein geschriebenes Recht (Bamberger Landrecht) und machte sich durch manche andere Einrichtungen sozialer Natur um seine Fürstbistümer verdient.

Einen Allianz- oder Subsidien-Vertrag mit Oesterreich oder einer anderen Macht zu schliessen, hatte Adam Friedrich während seiner ferneren Regierung (er starb 1779) keine Gelegenheit mehr. Der Bischof hatte das Haus Habsburg aus einem 7jährigen Bündnis, das ihn so teuer zu stehen kam, kennen gelernt, er wusste jetzt, welcher Verlass auf die selbst vertragsmässig eingegangenen Verpflichtungen dieses Hauses sei, gar nicht zu reden von unbeschworenen Versprechungen.

Adam Friedrich war im 7jährigen Kriege das Opfer der Politik des Hauses Habsburg, aber auch der Politik der geistlichen Fürsten geworden, die in jenem die Stütze ihrer bereits stark in's Wanken geratenen Throne erblickten. Wie manche unter ihnen, so erlebte auch er eine Enttäuschung. Um so eifriger suchte er dann seinen Landen das zu sein, was ein geistlicher Fürst durch seine engen Beziehungen zu den bekannten einflussreichen, vom Auslande her wirkenden Kräften nur schwer sein konnte: ein Fürst, der den Forderungen der Zeit, ihrem Bedürfnisse nach Bildung und Aufklärung**) Rechnung trug.

In Adam Friedrich Graf von Seinsheim zeigen sich die Anfänge eines Fürsten, der mit den alten, Land und Volk in geistigen Banden haltenden Traditionen zu brechen beginnt; und

---

*) Am 5. Februar 1763, also am Ende des Krieges, betrug der Schuldenstand des Fürstbistums Würzburg 983,546 fl. (darunter 817,133 fl. während des Krieges aufgenommener verzinslicher Kapitalien). Diesen Schulden standen an Forderungen (der beiden Bistümer an Frankreich, die Reichsoperationskasse, k. k. Kriegskasse, den fränkischen Kreis, das sächsische Korps) 893,352 fl. gegenüber. (Militär-Sache Nr. 13. Kreisarchiv Würzburg).

**) Adam Friedrich, der kunstverständige Schöpfer des heute noch im Rokokostil unverändert erhaltenen Veitshöchheimer Hofgartens, erbaute sogar einen Musentempel, den aber sein Nachfolger als für einen Fürstbischof unpassend wieder schloss. Er war auch einer der ersten deutschen Bischöfe, welche die Zahl der kirchlichen Feiertage verminderten.

ich müsste ihm eine geringe Fähigkeit für die Beurteilung einschneidender Vorgänge auf politischem wie kulturellem Gebiete zutrauen, wollte ich annehmen, er habe die Umwälzung, die auch seine Lande treffen musste, nicht vorausgesehen. In die Regierungszeit Adam Friedrichs leuchtet schon das Morgenrot einer neuen Zeit herein, und dass er für das, was kommen würde und kommen musste, ein Verständniss hatte, das dürfen wir ihm neben manch anderem zur Ehre anrechnen.

Anlage 1.

In dem **Promemoria,** welches Fürstbischof Adam Friedrich im Juni 1761 behufs Vorlage auf der in Aussicht genommenen Augsburger Friedenskonferenz in Wien überreichen liess, wurde beantragt:

1mo) dass in denen fränkischen nächst den fürstl. Würzburgischen Landen gelegenen gräflich Geyerischen Güter, welche gegen 8000 fl. eintragen und in diesem Saeculo durch Vermächtniss der letzten Grafen v. Geyer an den König von Preussen gekommen, von diesem aber dem verlebten Herrn Markgrafen zu Ansbach und dessen männlichen Deszendenz übertragen worden, dem Hochstift Würzburg auf den Fall zugestanden werden, dass der fürstl. Ansbachische Mannesstamm erlöscht, somit für jetzo in dem künftigen Frieden der König in Preussen sein Eigenthum an diesen Gütern an das Hochstift überlassen möchte.

2do) dass die gräfl. Limburgischen Güter, Eygnen und Lehen, deren Ertrag den Geyerischen gleichkommen mag, welche das fürstl. Haus Ansbach dermalen innehat, nach dessen Erlöschen an das fürstl. Hochstift Würzburg gelangen, sofort auf solche das Churhaus Brandenburg renunciren und Ihre kais. Maj. darüber die Belehnung ertheilen möchten.

3tio) dass das Amt Neustadt a. Aisch, dessen Ertrag auf $\frac{30}{m}$ fl. ansteigen dürfte, nach Erlöschen des fürstl. fränk. Brandenburg. Mannesstammes dem Hochstift Bamberg überlassen werden möge, sofort von diesem als ein Reichslehen getragen und in den Reichs-Präsentationen vertreten sein soll.

4to) Ist die Grafschaft Mannsfeld im Thüringischen, theils eigen, theils Magdeburg. und Halberstädtisches Lehen, annebst auch mit einigen sächs. Lehensstücken vermischet, — diese Grafschaft ist bekanntlich zu $\frac{3}{5}$ seit anno 1570 in Administration, welche beide hohe Churhäuser Sachs. und Brandenb. führen, ohne dass die creditores zu ihrer

Zahlung, noch der Fürst von Mannsfeld zu seinen Gütern und Rechten gelangen kann. Es ist auch weiter erfolget, dass diese Grafschaft von der ohnmittelbaren Reichsstandschaft ist verdrungen und damit dem Reich ein Glied entrissen worden. Es wäre also eine weitere Entschädigung für beide Hochstifter Bamberg und Würzburg darin zu verschaffen, und zugleich der Reichsdienst sammt dem Besten der Herrn Fürsten von Mannsfeld zu fördern, wenn S. M. der König in Preussen dahin vermöget würden, dass höchstdieselbe das Eigenthum der Grafschaft Mannsfeld an das Hochstift Bamberg überlasseten, dagegen dieser die chursächs. Lehen bey denen von diesem hohen Churhaus ohnehin bedürfenden baaren Mitteln mit Geld abzulösen, die Reichs-Prestanda zu entrichten, und zugleich mit dem Herrn Fürsten zu Mannsfeld und dessen Creditoren ein Abkommen zu treffen, wie auch mit dem Hochstift Würzburg sich auszugleichen erbötig ist.

5to) hat das Churhaus Braunschweig an das Churhaus Sachsen auf die Antheile der Grafschaft Henneberg ein Anlehen von einigen Millionen dargeschossen, wodann auf die davon abfallende Interesse dem Hochstift Würzburg die Entschädigung dessen widerfahren könnte, was dieses von der alliirten Armee erlitten hat.

6to) Werden Se. K. Maj. in Preussen ohnehin von selbsten nicht entstehen wollen, das aus der Stadt Bamberg entnommene Kirchen- und andere Silber auch sonstige pretiosa anwiederum zurückzugeben, und die in wehrendem Krieg erzwungene Schuldverschreibungen werden gleichfalls zurückgestellet, anbey auch durch das allgemeine Friedensgesetz entkräftet werden wollen.

Endesunterzeichneter fürstl. Bamberg. und Würzb. Gesandte schmeichlet sich der Hoffnung, dass ein hohes kayserl. auch kays. königl. Ministerium die Anträge für billig und thunlich, anbey auch solche dem allerhöchsten und dem Reichsdienst für wohl angemessen erleuchtest beurtheilen, somit um solche geltend zu machen dero vermögende officia geneigtest zu verwenden geruhen werden.

Anlage 2.

Schreiben der Kaiserin Maria Theresia
an den Fürstbischof von Würzburg und Bamberg.

Ehrwürdiger Fürst, Lieber Andächtiger. Nachdem der von Euer Andacht vor einigen Monaten anhero abgeschickter Dom-Capitular, Cellarius, Consitorial-Praesident, Reichstags-Gesandter, Mein würklicher Geheimer Rath, Freyherr v. Fechenbach, im Begriffe stehet, seine zurückreyse anzutretten; so kann Ich Mich nicht entbrechen, denselben mit dem wohl verdienten zeugnisse zu begleiten, dass er nicht nur seine aufgehabten Geschäfte mit seiner gewöhnlichen Geschicklichkeit verrichtet, sondern zugleich einen so verständigen und vernünftigen Betrag gezeiget, dass, gleichwie er durch beydes Meine vollkommene Zufriedenheit erworben, also auch hiedurch sich Euer Andacht Vertrauens in dessen Person und ferneren Wohlwollens allerdings würdig gemacht habe. Ich zweifle auch nicht, dass derselbe bey seiner Zurückkunft nicht ausser acht lassen werde, Euer Andacht Meine für einen um das Teutsche Vatterland so sehr verdienten Reichs-Fürsten hegende aufrichtige Gesinnung des mehreren zu erklären; Und Ich verbleibe Euer Andacht danebens mit Kayserlichen Hulden, Gnaden und allem guten vorderst wohlbeygethan.

Datum Wienn den 7ten Septembris a^{o} 1761

Maria Theresia (Eigenhändig).

Anlage 3.

Punktation

zu dem Neutralitäts-Vertrag, der ende des Jahrss 1762 zwischen dem Fürstbischof von Würzburg und dem Könige von Preussen abgeschlossen werden sollte. Die Punktation wurde am 11. Dezember zu Schleussingen zwischen dem bambergischen Obersthofmeister Baron v. Rotenhan und dem preussischen Generalmajor v. Kleist provisorisch vereinbart, aber nie signiert, erlangte also keine Rechtskraft.

1mo) Da Ihro des commandirenden Herrn General von Kleist hochwohlgeb. den Antrag gemachet, dass, wenn Ihro hochfürstl. Gnaden von Bamberg und Würzburg sich aus diesem Krieg ziehen und ihre Contingenter zurückrufen würden, Sie, der Herr General, alle Exactionen und Hostilitäten aufheben würden; und nun der Antrag hierauf von der Bambergischen Statthalterei unterm 27. November nach Würzburg ergangen, von daraus aber die Declaration unter dem 29. ejusdem alsogleich erfolget ist, versichert man sich diesseits, dass eben dieser 29. Nov. der dies decretionis wäre, an welchem alle Hostilitäten und contributiones-Erhebung cessiren müssten, mithin alles, was nach diesem Tage mit oder ohne Execution durch alle Arten von Anlagen sowohl von dem königl. Commissariat als denen Offizieren auf dem Land erhoben worden ist, wiederum zurück zu erwarten sey.

2do) Weilen nun dieser 29. als der Tag der geschlossenen Verabredung anzusehen ist, folgert von selbsten, dass alle Geisslen, geistl. und weltliche Beamten und Unterthanen, wie sie nur den Namen haben mögen, von beiden Ländern Bamberg und Würzburg entlassen und mit Pässen zu ihrer Nachhauskunft versehen werden möchten.

3tio) Gleiche Billigkeit werden des Herrn Generals Hochwohlgeb. erkennen, in Ansehung des abgenommenen

Viehes, wegen ausgehobenen Stückknechten und anderen dergl. nach der annoch nachzubringenden Verzeichniss, welche man dermalen allhier wegen Abgang der Pappiere nicht herstellen kann.

4to) Weilen Ihro hochf. Gnaden von Bamberg und Würzburg ihre Kreiscontingents-Mannschaft von der Reichs-Armee zurückrufen, werden Ihro k. Maj. von Preussen sich als eine Wirkung dero Grossmuth allergnädigst gefallen lassen, die verschiedentl. in die Kriegsgefangenschaft gefallene Bamberg. und Würzb. Contingents-Offiziers und Gemeine in höchsten Gnaden zu entlassen.

5to) Verhoffet man gleichfalls durch die Vermittlung allerhöchst gedacht Ihro königl. preuss. Maj. zu erhalten, dass von dero allyirten Truppen die Bamberg. und Würzburg. Landen von allen feindlichen Ueberziehungen und Streyfungen befreyet und entlediget bleiben, Ihro k. Maj. selbsten aber allergnädigst gemeinet seyn werden, während diesem Krieg die Bamberg. und Würzburg. Lande von allen Anlagen und so geld- als natural-Pressationen zu verschonen,

6to) Da noch ein- und andere Wechselbriefe und schriftl. Urkunden bey dem königl. preuss. Commissariat vorenthalten sind, werden sich diese als ohnkräftig und cassirter wieder zurückausgebetten.

7mo) Wollen solchemnach Ihro hochfürstl. Gnaden zu Bamberg und Würzburg sogleich nach signirter gegenwärtiger Punctation, nach dem an chur-Brandenburgisch. Comitial-Gesandten Freyherr von Plotho vormahls gemachten Antrag Ihro Creiscontingents-Mannschaft zurückrufen, und solche gegen Ihro königl. preuss. Maj. während diesem Krieg nicht mehr dienen lassen.

8vo) Da man aber dem Ruhm der siegreichen preuss. Waffen mehr angemessen findet, wann die sämmtl. Reichs-Armee von dem versammelten Reich zurückgerufen würde, als wann ein einselter Reichs-Stand hierzu den Anfang machet, werden des Herrn Generals Hochwohlgeboren gehorsam ersuchet, bey Ihro königl. preuss. Majestät die Einleithung dahin zu machen, dass allerhöchst dieselbe

sich allergnädigst begnügen mögten, wann von seithen Bamberg und Würzburg auf dem Reichstag die Stimmung geführet würde, dass die ganze Reichs-Armee als ein neutrales Reichscorps, welches gegen Ihro königl. preuss. Majestät nicht zu dienen hätte, avociren und lediglich zu des Reiches Sicherheit verwendet werde, bey welchen sodann mehr erwehnte Bamberg. und Würzburg. Contingenter zu verbleiben hätten.

Schleussingen, den 11. Dezbr. 1762.

Curriculum vitae.

Ich, Wilhelm Hofmann, bin geboren zu Ramsen, Bez.-Amt Kirchheimbolanden, Rheinpfalz, am 19. März 1862 als Sohn des damaligen k. Oberförsters, nunmehrigen in Neustadt a. H. in Pension lebenden Forstmeisters Friedr. Carl Hofmann, besuchte die Volksschule meines Geburtsortes, dann die Lateinschule in Grünstadt und das Realgymnasium in Speyer a. Rh., das ich 1882 mit dem Reifezeugnis verliess. Meine wissenschaftlichen Studien machte ich an den Universitäten Heidelberg und München; an letzterer hörte ich namentlich Vorlesungen über Geschichte, Litteratur und Finanzwissenschaft und besuchte auch die Seminarien der Herren Professoren Dr. v. Riezler und Dr. Grauert, die neben Herrn Geheimrat Professor Dr. v. Heigel meine Lehrer im Hauptfache, der Geschichte, waren. Herr Geheimrat v. Heigel ging mir bei Anfertigung meiner Arbeit mit wertvollen Ratschlägen an die Hand, wofür ich ihm an dieser Stelle meinen wärmsten Dank abstatte. In meinem Berufe Publizist, bin ich seit 1886 als Redakteur an politischen Tageszeitungen tätig und stehe seit zehn Jahren im Redaktionsverbande der »Augsburger Abendzeitung«.